



KATHOLISCHE UNIVERSITÄT
EICHSTÄTT-INGOLSTADT

ZFG

Zentralinstitut
für Ehe und Familie
in der Gesellschaft
Center for marriage
and family in society

13. Jahrgang | Oktober 2021 | ISSN 2363-7072

FAMILIEN-PRISMA

mit Jahresbericht des ZFG

-TRUST-



Themenschwerpunkt VERTRAUEN

www.ku.de/zfg

Impressum

Herausgeber: Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft (ZFG),
Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Marktplatz 4, 85072 Eichstätt,
Telefon: +49 (0)8421/93-21141, E-Mail: zfg@ku.de

Redaktion: Dr. Petra Hemmelmann, Alexandra Ressel, ZFG – Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZFG

Bildnachweis: Titelseite: istock/Xtock // S. 3 istock/Xtock // S.6 istock/LoveTheWind // S.7 istock/Filograph // S.11 Martin Hartmann // S.19 Frank Wießner // S.29 Susann Kunze // S.37 l. Anja Funcke, r. Sarah Henne // S.48 Hubert P. Klotzeck // S.56 Klenk/upd // S.60 Springer VS // S. 64 Klenk/upd // S.65 Springer VS // S. 70 Veronika Hecht // S.71 Dudenverlag // S. 73 Stefan Schieren // S.76 ZFG // S.77 Das Foto Ingolstadt // S.85 Veronika Hecht // S.88 Veronika Hecht // S.92 o. Stiegler Fotografie, u. KS/Doreen Bierdel // S.95 o. Stiegler Fotografie, u. KS/Doreen Bierdel // S.96 beide ZFG // S.97 ZFG // S.99 v.r.n.l. Das Foto Ingolstadt, Peter Wendl, Veronika Hecht, Petra Hemmelmann, Das Foto Ingolstadt, KS/Doreen Bierdel, Stiegler Fotografie, Das Foto Ingolstadt, Klenk/upd // S.101 l. Veronika Hecht, r. Das Foto Ingolstadt // S.104 v.l.n.r. Peter Wendl, KS/Doreen Bierdel, Stiegler Fotografie, Das Foto Ingolstadt

ISSN: 2363-7072

Herstellung und Druck: Kräck Mediengestaltung, Druck und Service, Weiheracker 11,
85072 Eichstätt

13. Jahrgang | Oktober 2021 | ISSN 2363-7072

FAMILIEN-PRISMA

mit Jahresbericht des ZFG

-TRUST-



Themenschwerpunkt **VERTRAUEN**

Liebe Leserin, lieber Leser,

die vergangenen Monate haben uns alle vor große Herausforderungen gestellt – COVID-19 wurde zu einem bestimmenden Faktor des gesellschaftlichen und privaten Lebens. Die Krisenzeit rückt einen der zentralen Grundpfeiler unseres Zusammenlebens in den Fokus: das Vertrauen. Wenn es um gravierende Eingriffe in die Freiheitsrechte des Einzelnen, in das Wirtschafts-, Gesundheits- und Bildungssystem geht, bedarf es eines grundsätzlichen Vertrauens der

Wie steht es um das Vertrauen in die Politik und deren Vertreter, in die Wissenschaft und die Gesundheitsexperten oder das Vertrauen in die Medien? Mittenunter ist von einer Erosion die Rede.

Bürgerinnen und Bürger in Institutionen und die Inhaberinnen und Inhaber politischer Ämter. Gerade in Krisenzeiten ist Vertrauen eine wichtige Ressource des demokratischen Verfassungsstaats. Gleichzeitig sind wir mehr denn je

darauf angewiesen, den Menschen in unserer Nähe zu vertrauen – dass sie das Virus ernst nehmen und sich verantwortungsvoll verhalten, um ihre Mitmenschen zu schützen.

Den Themenschwerpunkt „Vertrauen“ haben wir vor einem Jahr deswegen sehr bewusst gesetzt. Insbesondere beschäftigte uns, ob die Corona-Pandemie das hochrelevante Gut Vertrauen beeinträchtigt hat. Wie steht es um das Vertrauen in die Politik und deren Vertreter, das Vertrauen in die Wissenschaft und die Gesundheitsexperten oder das Vertrauen in die Medien? Mittenunter ist von einer Erosion des Vertrauens die Rede. Ob diese These

begründet ist, warum Vertrauensverlust ein Problem ist und wie Vertrauen (wieder) aufgebaut werden kann – damit beschäftigen wir uns in unserer aktuellen Ausgabe des Familien-Prisma. Wir blicken dabei zunächst allgemein auf das Thema Vertrauen, um dann den Fokus auf das Vertrauen von Familien während der Corona-Krise zu setzen.

Den Auftakt bildet ein Interview mit Philosophie-Professor Martin Hartmann von der Universität Luzern, der den Begriff Vertrauen, seine Dimensionen und seine Grenzen für uns einordnet. Für Hartmann ist Vertrauen so wichtig wie das Atmen zum Leben – privat wie gesamtgesellschaftlich. Gleichzeitig ist für ihn auch Misstrauen Teil einer lebendigen Demokratie. Was das im Kontext der Corona-Pandemie bedeutet, erläutert er ebenfalls im Gespräch.

Die philosophische Sichtweise Hartmanns wird im zweiten Beitrag durch Frank Wießner, Professor für Soziologie, um eine wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Perspektive ergänzt. Er betrachtet die Entstehung und Wirkung von Vertrauen mit Hilfe der Spieltheorie, konkret am bekannten Gefangenendilemma. Sein Schluss: Für die Wirtschaftswelt sind Verträge sinnvoller als Vertrauen – im privaten Bereich dagegen braucht es meist einen Vertrauensvorschuss.

Von der theoretischen zur anwendungsorientierten Perspektive geht es mit dem Aufsatz von Susann Kunze, Professorin für Kindheitspädagogik und zuvor langjährige Mitarbeiterin des ZFG. Sie untersuchte

das Belastungslevel von Familien in Zeiten der Corona-Pandemie mittels Daten aus dem Beziehungs- und Familienpanel pairfam. Sie zeigt auf, welche Faktoren das Familienklima besonders belasteten und leitet daraus Vorschläge zur Unterstützung von Eltern ab.

Während Kunze den Fokus auf die Eltern legt, stehen bei Anja Funcke und Sarah Menne von der Bertelsmann Stiftung Jugendliche im Mittelpunkt. Funcke und Menne präsentieren Ergebnisse der beiden Studien „Jugend und Corona“, die zeigen, wie sehr die Pandemie junge Menschen belastet – aber auch, dass Defizite in der Kinder- und Jugendpolitik schon vor Corona existierten, nur jetzt besonders augenfällig wurden. Die Forscherinnen plädieren dafür, junge Menschen stärker zu beteiligen und ernst zu nehmen, um ihr Vertrauen wiederzugewinnen.

Den Abschluss des Schwerpunkts bildet ein besonderes Format an der Schnittstelle professioneller Expertise und persönlicher Betroffenheit: Helen Zeidler, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fach VWL, gibt uns in ihrer Innenansicht einen Eindruck davon, was Eltern – wie sie selbst – in der Corona-Pandemie bewegte. In Zeidlers Fall führte das verlorene Vertrauen in die adäquate Berücksichtigung der Interessen von Familien dazu, dass sie zur Familien-Lobbyistin wurde und mit Gleichgesinnten die Initiative „Familien in der Krise“ gründete.

Sie finden in dieser Ausgabe wie gewohnt auch den Forschungs- und Jahresbericht des ZFG. Hier

stellen wir alle aktuell laufenden und zuletzt abgeschlossenen Arbeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZFG vor. Eine kleine Veränderung könnte Ihnen dabei auffallen: Das Layout hat sich etwas gewandelt, der Berichtsteil ist nun farblich hinterlegt, um ihn deutlicher vom fachwissenschaftlichen Teil der Zeitschrift abzusetzen. Wir wollen auch in Zukunft am zweiteiligen Konzept festhalten, allerdings den familienwissenschaftlichen Aspekt stärken. Für die kommende Ausgabe werden wir unser Heftkonzept daher etwas überarbeiten – selbstverständlich mit der gewohnten Qualität und Vielfalt an Perspektiven, Themen und Fachdisziplinen. Da dürfen Sie uns vertrauen!



Prof. Dr. Klaus Stüwe
Direktor des ZFG



INHALT

Themenschwerpunkt „VERTRAUEN“



11 **„Misstrauen ist Teil des grundsätzlichen Vertrauens in die Demokratie“**

Philosoph Martin Hartmann im Gespräch über Macht und Grenzen von Vertrauen

Martin Hartmann / Petra Hemmelmann

19 **Vertrauen ist gut...**

Ein interdisziplinärer Blick auf Entstehung und Wirkung von Vertrauen

Frank Wießner

29 **Das Belastungslevel von Familien in Corona-Zeiten unter besonderer Perspektive der Eltern**

Verantwortung der Gesellschaft und Unterstützungsmöglichkeiten für Familien

Susann Kunze

37 **Jugendalltag in der Pandemie: ausgebremst, belastet und nicht gehört!**

Beteiligung und Mitbestimmung von jungen Menschen als Weg aus der Krise

Anja Funcke / Sarah Menne

48 **Verlorenes Vertrauen und Corona als Brennglas**

Die Gründung der Initiative „Familien in der Krise“: eine Innenansicht

Helen Zeidler

AUS DEN FAMILIENWISSENSCHAFTEN

- 56 **Schöne neue Familie –
Elternsein in Deutschland**
Zusammenfassung des neunten
Familienberichts
Bernhard Sutor

REZENSIONEN

- 60 **Hammer, Stefanie/Hidalgo,
Oliver (Hrsg.): Religion,
Ethik und Politik**
Bernhard Sutor
- 65 **Tausendpfund, Markus/
Westle, Bettina (Hrsg.): Po-
litisches Wissen in Deutsch-
land**
Veronika Hecht
- 71 **Allmendinger, Jutta/Wetzel,
Jan: Die Vertrauensfrage**
Stefan Schieren



FORSCHUNG AM ZFG

- 77 **Familienbildungsprojekt
Schwandorf**
Lisa Hartmann
- 85 **Interaktion, Kommunikation
und Verhalten innerhalb der
Familie**
Veronika Hecht
- 88 **Zur Ehe berufen**
Veronika Hecht
- 92 **Corona – und nichts ist mehr
selbstverständlich**
Alexandra Ressel, Peggy Puhl-
Regler
- 95 **Die Kinderbuchreihe des ZFG
für Soldatenfamilien**
Peggy Puhl-Regler, Alexandra
Ressel

JAHRESBERICHT DES ZFG

- 99 Mitarbeiterinnen und
Mitarbeiter des ZFG
- 100 Vorträge und Aktivitä-
ten des ZFG Juli 2020
bis Juli 2021
- 101 Familienfreundliche KU
- 104 Projektmitarbeiterin-
nen und Projektmitar-
beiter KMBA-ZFG
- 105 Vorträge und Aktivi-
täten KMBA-ZFG Juli
2020 bis Juli 2021

Call for Papers

Das nächste Schwerpunktthema des Familien-Prisma 2022 lautet:

„Generationengerechtigkeit“

Hierfür laden wir Sie herzlich ein, Vorschläge für Beiträge bis 31.12.2021 an alexandra.ressel@ku.de zu senden. Die Exposés sollten eine Länge von 1-2 A4 Seiten haben. Die eingegangenen Beiträge werden von der Redaktion beraten. Bis spätestens Ende Januar 2022 ergehen die Einladungen, einen Aufsatz zu verfassen. Redaktionsschluss für die Zeitschrift Familien-Prisma, Ausgabe 2022, ist der 2. Mai 2022. Autorenhinweise für den Haupttext finden Sie auf www.ku.de/zfg unter „Publikationen“ und dann „Hinweise für Autorinnen und Autoren“.

THEMEN- SCHWERPUNKT

„Misstrauen ist Teil des Vertrauens in die Demokratie“

Philosoph Martin Hartmann im Gespräch über Macht und Grenzen von Vertrauen

Prof. Dr. Martin Hartmann
Professor für Philosophie



Prof. Dr. Martin Hartmann, geboren 1968 in Hamburg, ist Professor für Philosophie mit Schwerpunkt Praktische Philosophie an der Universität Luzern. Er beschäftigt sich insbesondere mit Politischer Philosophie und Sozialphilosophie. 2009 habilitierte er an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main mit der Arbeit „Eine Theorie des Vertrauens“. 2020 erschien sein Buch „Vertrauen – die unsichtbare Macht“.

Vertrauen ist zentrales Thema und Desiderat in Partnerschaften und Eltern-Kind-Beziehungen ebenso wie am Arbeitsplatz oder in der Politik – um nur ein paar wenige Kontexte zu nennen. Warum Vertrauen für uns Menschen so wichtig ist, damit beschäftigt sich der Philosoph Prof. Dr. Martin Hartmann schon seit vielen Jahren. Petra Hemmelmann von der Redaktion des Familien-Prisma hat daher mit ihm gesprochen – über die Macht, aber auch die Grenzen des Vertrauens.

Herr Professor Hartmann, Sie schreiben in Ihrem Buch „Vertrauen ist so wichtig wie das Atmen zum Leben“. Warum ist Vertrauen aus Ihrer Sicht so wichtig?

Hartmann: Weil viele unserer alltäglichen und nicht alltäglichen Praktiken vom Vertrauen zehren. Auf eine Art, die uns zwar nicht ständig bewusst ist, aber zumindest in Krisen bewusst wird. Wie mit der Luft,

die wir ein- und ausatmen, meistens ohne darüber nachzudenken. Aber wenn die Luft knapp wird oder die Qualität sich verschlechtert, dann bemerken wir, wie wichtig ausreichend saubere Luft ist. Was ebenfalls ähnlich zur Luft ist: Wichtig am Vertrauen sind seine Selbstverständlichkeit und seine Unsichtbarkeit. Es lebt, wenn es gesund ist, davon, dass es nicht permanent reflektiert wird. Das heißt nicht, dass es gedankenlos ist.

Aber wenn das Vertrauen intakt ist, dann ist es unaufdringlich. Es ist das Schöne am Vertrauen, dass man, wenn es da ist, ganz selbstverständlich bestimmte Dinge tun kann.

Wozu braucht es für mich als Individuum Vertrauen und wozu braucht es Vertrauen in einem größeren Kontext, für die Gesellschaft als Ganzes?

Hartmann: Im Privatleben sind es verschiedene Ebenen, auf denen wir vertrauen. Das fängt damit an, dass Sie Ihr Haus verlassen, ohne Angst, dass man Sie angreift oder sich die Erde unter Ihnen öffnet. Wenn man in einer sicheren Umgebung lebt, kann man auf die Zivilität der Mitmenschen und gewisse Grundfesten vertrauen. Das ist das allgemeinste Vertrauen. Dennoch gibt es Menschen, denen das fehlt. Menschen, die Krisen durchlaufen oder Gewalt erfahren haben, die in Kriegsgebieten leben oder Gegenden, die von Naturkatastrophen heimgesucht werden. In ihren alltäglichen Beziehungen finden Sie Vertrauen an vielen weiteren Stellen. Sie vertrauen Freundinnen und Freunden Geheimnisse an, Sie vertrauen Ihrem Partner Ihre Intimität und körperliche Integrität an. Auch der Handschlag ist ein Beispiel einer kulturellen Praxis, die sich im Laufe der Jahrhunderte als Vertrauenssignal zwischen den Menschen etabliert hat. In der römischen Antike war der Handschlag das Zeichen für Vertrauen, dafür, dass ich keine Waffen in der Hand führe und freundliche Absichten habe. Bei solchen alltäglichen Praktiken zehren wir vom Ver-

trauen, wir setzen es voraus. Und wenn alles gut läuft, denken wir selten oder nicht viel darüber nach.

Wenn Sie auf die gesamte Gesellschaft blicken, finden Sie Vertrauen immer da, wo Sie etwas, was Ihnen wichtig ist, anderen anvertrauen. Das kann in der Politik ein gewisses Maß an Entscheidungsmacht sein. Wenn wir jemandem in einer Hierarchie Macht geben, schenken wir Vertrauen, in der Annahme, dass derjenige mit der Macht verantwortungsvoll umgehen wird. Wir leben in vielen Kontexten in Hierarchien, haben ungleiche soziale Stellungen in der Gesellschaft – und im besten Fall vertrauen wir denjenigen, die wir „nach oben setzen“, dass sie für das Gemeinwohl tätig sind und nicht nur ihre eigenen Interessen durchsetzen. Das kann man übertragen auf alle Bereiche, in denen wir auf die Kooperation anderer angewiesen sind – und das ist fast überall, denken Sie nur an die Medizin oder das Bankwesen. Ich bin aber auch vorsichtig, den Begriff Vertrauen nicht zu überfrachten, weil für mich mit Vertrauen viel einher geht.

Sie unterscheiden in Ihren Arbeiten Vertrauen und Verlässlichkeit. Was steckt dahinter?

Hartmann: Wenn ich jemandem vertraue, dann spielen mehr Annahmen über die Motive des anderen hinein. Im Vertrauen unterstelle ich ein gewisses Wohlwollen mir gegenüber. Wenn Vertrauen verletzt wird, führt dies dazu, dass ich sehr enttäuscht und moralisch empört bin. Dagegen setze ich bei Verläss-

lichkeit zwar auch darauf, dass der andere macht, was er mir verspricht bzw. sein Amt von ihm verlangt, aber warum er das macht, ist mir nicht so wichtig wie beim Vertrauen. Fast alle unsere Markttransaktionen haben in diesem Sinne eine Dimension von Verlässlichkeit. Sie gehen in ein Geschäft, kaufen etwas und gehen davon aus, dass das reibungslos abläuft. Aber Sie verlangen von der Verkäuferin nicht, dass sie Sie mag. Also: Beim Vertrauen spielen mehr Annahmen über die Motive des anderen eine Rolle, es ist moralisch aufgeladener. Entsprechend ist die Enttäuschung beim Vertrauensbruch tiefer, als wenn jemand nicht verlässlich ist.

Im Bankenwesen sollte es also um Verlässlichkeit, nicht Vertrauen gehen. Gleichzeitig konnte man beispielsweise während der Finanzkrise schon den Eindruck gewinnen, dass viele Menschen das Agieren der Banken und ihrer Vertreter sehr persönlich genommen haben.

Hartmann: Das war teilweise auch gerechtfertigt, da die Banken selbst oft mit dem Bild des Vertrauens arbeiten, obwohl sie diesen Anspruch nicht erfüllen können. Gar nicht, weil da nur böartige Menschen arbeiten würden. Ich kenne sehr nette Banker, von denen ich nicht glaube, dass sie ihre Kunden übervorteilen, die aber auch sagen, dass sie Provision bekommen, wenn sie ihre eigenen Finanzprodukte verkaufen. Banken haben ein Profitinteresse, das System ist zunehmend anonymisiert, zwischenmenschliche Kontakte wer-

den unwichtiger. Es wäre sinnvoll, zu einem rationaleren Umgang mit Banken zu kommen. Statt Vertrauen braucht es Verlässlichkeit, in dem Sinne zum Beispiel, dass ich erwarten kann, dass man mir erklärt, was die Konsequenzen eines bestimmten Finanzprodukts sind – und das passiert leider oft nicht. Ein anderes Problem ist, dass wir Menschen dazu neigen, von einzelnen Erfahrungen sehr schnell auf das Gesamte zu schließen. Es gibt in vielen Bereichen wie dem Bankensektor vertrauenswürdige Personen. Aber: Zum einen können diese vielleicht aus systemischen Gründen diese Vertrauenswürdigkeit gar nicht leben, zum Beispiel wegen der Anonymisierung des Systems. Zum anderen ist es für uns sehr schwer, diese Menschen zu erkennen und angemessen einzuschätzen. Daher empfehle ich, weniger ein Vertrauensverhältnis im Bankenbereich anzustreben, sondern mehr Verlässlichkeit einzufordern. Es gibt Bereiche, wo wir nicht vertrauen müssen, damit das System funktioniert – und das ist so einer. Es wäre fahrlässig und psychologisch überfordernd, wenn wir in allen unseren alltäglichen und nichtalltäglichen Interaktionen aufgeladene Vertrauensverhältnisse hätten. Es kann auch entspannend sein – für beide Seiten – einmal nicht vertrauen zu müssen.

Verstehe ich Sie richtig: Vertrauen braucht eine Person als Gegenüber und einer Institution kann ich in die-

Beim Vertrauen spielen mehr Annahmen über die Motive des anderen eine Rolle, es ist moralisch aufgeladener. Entsprechend ist die Enttäuschung bei einem Vertrauensbruch tiefer.

sem Sinne nicht vertrauen – höchstens deren Vertretern?

Hartmann: Wir reden mittlerweile über Technikvertrauen, Institutionenvertrauen, Maschinenvertrauen. Ich beanspruche nicht, diese Sprache zu korrigieren, aber ich persönlich habe einen reichhaltigeren Vertrauensbegriff, den ich weiter an Personen hänge. Auch Institutionen erschließen sich nur über die Personen, mit denen ich zu tun habe. Der einzelne Mensch ist für uns der Kontaktpunkt. Daher ist es sinnvoll, das Vertrauen weiter an Personen zu orientieren. Aber ich schließe nicht aus, dass sich unsere Einstellungen langfristig modifizieren und wir emotional aufgeladene Beziehungen zu Maschinen aufnehmen. Wir als Menschen wandeln uns fortwährend und so wird sich auch unser Vertrauensbegriff wandeln. Manche haben heute schon ein affektives Verhältnis zu ihrem Smartphone. Warum soll man dann nicht irgendwann sagen: „Ich vertraue meinem Smartphone“?

Der Mensch scheint dazu zu neigen, Vertrauen zu schenken. Ist ihm das in die Wiege gelegt oder erlernt er das mit der Zeit?

Hartmann: Ich bin kein Vertreter von Urvertrauen im Sinne von angeborenem Vertrauen. Nehmen wir das Beispiel vom kleinen Säugling, den man hochschmeißt und der, wie oft gesagt wird, darauf „vertraut“, dass man ihn wieder auffängt. Da sage ich: Was soll er machen, er hat wenig Wahl. Es ist einfach Glück, dass es ihm in der Regel Spaß macht.

Wenn er einmal fallen gelassen wird, wird sich seine Reaktion verändern. Das heißt aber nicht, dass das Kind zuvor vertraut hat und dann nicht mehr. Sondern die Enttäuschung – in anderen Fällen die Gewalt – eröffnet überhaupt erst den Raum, in dem sie selbst stattfinden kann. Ich habe vorher gar nicht damit gerechnet, dass man mich fallen lassen kann – die Möglichkeit war nicht präsent. Erst wenn ich damit rechne und mich trotzdem hochwerfen lasse, kann man sagen, „ich vertraue“.

Ich interessiere mich für die Dynamik von Vertrauensverhältnissen und arbeite nicht mit einem hohen vertrauensvollen Ausgangspunkt. In theologischen Kontexten ist das Urvertrauen deutlich wichtiger. Jeder hat seine Geschichte mit Gott, seine Auseinandersetzung, sein Hadern. Der Ausgangspunkt ist aber die Existenz Gottes und damit ist für die Theologie das Gottesvertrauen etwas, das da ist – und vor diesem Hintergrund interessiert man sich dann für das konkrete Vertrauensverhältnis. Für mich dagegen ist immer die Geschichte interessant, wie Vertrauen entsteht und sich entwickelt.

Meist gilt Vertrauen als wünschenswert, Misstrauen als problematisch. Dabei ist kritisches Denken durchaus positiv konnotiert – und doch nichts anderes als Misstrauen, oder? Inwiefern ist es mitunter sinnvoll, zu misstrauen?

Hartmann: Man neigt in der Philosophie nicht dazu zu sagen, dass Misstrauen das Gegenteil von Vertrauen ist. Misstrauen und Vertrauen sind

beides engagierte Haltungen: Wenn Sie jemandem misstrauen, schauen Sie zumindest hin und interessieren sich für die Person. Das Gegenteil von Vertrauen ist eher Gleichgültigkeit; wenn etwas für mich nicht wertvoll, nicht wichtig ist. In dem Sinne ist Misstrauen eine wichtige Eigenschaft und ich gehe so weit, sie manchmal in das Vertrauen zu integrieren. Eine oft gehörte Aussage ist: Vertrauen ist langsam aufgebaut, aber schnell zerstört. Ich glaube das nicht. Nehmen Sie eine Freundschaft oder Liebesbeziehung: Wenn sie Ihnen wichtig ist, kämpfen Sie darum, auch wenn Ihr Vertrauen mal enttäuscht wird. Natürlich gibt es einen Punkt, an dem Sie sagen, das ist zu viel und Sie gehen. Aber wenn Sie das Gefühl haben, es hat einen Sinn, wenn Sie auf die Beziehung vertrauen, dann sind Konflikte nicht das Ende der Beziehung und auch nicht das Ende des Vertrauens. Weil sie auf die Beziehung vertrauen, streiten, hadern und kämpfen Sie. Im besten Fall gehen beide Seiten sogar bereichert aus der Auseinandersetzung heraus.

Es gibt Formen von Zweifel, die zur Liebe oder Freundschaft passen, die zu ihr gehören und zeigen, dass Ihnen die Beziehung wichtig ist. Im zwischenmenschlichen Kontext müssen wir Vertrauen viel mehr gemeinsam mit Misstrauen oder zumindest mit einem Befragen von Vertrauen denken. Das widerspricht auf den ersten Blick dem Luft-Bild vom Anfang – aber wir reden auch über Luftverschmutzung, weil wir sie beheben wollen und finden uns nicht einfach damit ab oder hören auf zu atmen. Ein Entweder-Oder, Vertrauen oder Misstrauen,

empfinde ich im zwischenmenschlichen Bereich als falsch – und auch im gesellschaftlichen Kontext. In Demokratien ist Misstrauen elementar und sollte sogar in ihnen institutionalisiert sein, beispielsweise über die Gewaltenteilung.

Ist Kritik an Politik und Parteien also weniger eine Gefahr für unsere Demokratie als vielmehr ein Zeichen, dass die Menschen sich mit ihr auseinandersetzen?

Hartmann: Ja, genau. Das wird mir auch zu schnell als dramatische Demokratiemüdigkeit gedeutet. Kritik und Zweifel als Ausdrucksform von Misstrauen sind Teil jeder lebendigen Demokratie. Misstrauen ist Teil des grundsätzlichen Vertrauens in die Demokratie. Demokratie lebt von Veränderung, von Auseinandersetzung, dem Wechsel von verlieren und gewinnen. Es gibt viele Momente, in denen man den Institutionen vertraut, dass man sein Misstrauen angemessen artikulieren kann. Wichtig ist ein stabiles Rahmenvertrauen, innerhalb dessen es viel Kritik gibt und geben muss. Schwierig wird es, wenn der Rahmen selbst angegriffen wird. Wenn zum Beispiel das US-Kapitol gestürmt wird, dann erleben wir eine Form von Misstrauen, die für eine Demokratie möglicherweise gefährlich wird. Trotzdem muss auch eine Demokratie Möglichkeiten bieten, den Rahmen, wenn der als fehlerhaft oder nicht ideal erkannt wird, kritisieren und ändern zu können.

Hannah Arendt nutzt das Bild „Denken ohne Geländer“: Manchmal erschreckt es einen, wenn keine

Vertrauen ist für mich eine Praxis und keine Einstellung, die ich einfach abfragen kann. Vertrauensumfragen sollte man einordnen und klarmachen, dass das gelebte Vertrauen komplexer ist.

Geländer da sind. Aber es kann im Politischen passieren, dass die Stabilität eines demokratischen Regimes nur in einem Selbst und der eigenen Bereitschaft liegt, es für so wichtig zu halten, dass man es weiter verteidigt, transformiert, an ihm arbeitet. Auch da ist die Frage entscheidend: „Wie wichtig ist mir das?“ – und alle Haltungen legitim außer die komplett destruktiven oder radikalen. Demokratien sind für mich nicht nur institutionelle Komplexe, sondern eine Lebensform, die sich in der alltäglichen Bereitschaft zeigt, sich als Demokrat zu verstehen mit all den Einstellungen, die das mit sich bringen sollte. Niedrige Vertrauenswerte in Umfragen empfinde ich als wenig hilfreiche Aussagen über die Qualität einer Demokratie. Vertrauen ist für mich eine Praxis und keine Einstellung, die ich einfach abfragen kann. Solche Vertrauensumfragen sollte man daher einordnen und sich klarmachen, dass das gelebte Vertrauen komplexer ist als das abgefragte Vertrauen.

Während der Corona-Pandemie sah man einerseits sehr oft Menschen in den Medien, die stark misstrauten, sogenannte „Querdenker“. Gleichzeitig funktionierten viele Anti-Corona-Maßnahmen wohl auch, weil die Mehrheit der Menschen den Empfehlungen von Wissenschaft und Politik folgte, also ein gewisses Vertrauen zeigten. Wie sehen Sie die Entwicklung des gesellschaftlichen Vertrauens während der Pandemie?

Hartmann: Ganz am Anfang war das Vertrauen sehr hoch. Ich vermutete, weil die Politik auf eine gewisse Art nah an uns heranrückte. Ich durfte plötzlich nur noch an bestimmte Orte, unter bestimmte Auflagen – auf paradoxe Weise hat das Politik direkt erfahrbar gemacht, was ein Vorteil war, um sie als vertrauenswürdig zu sehen. Später kamen dann die Konfliktlinien, die Pluralität in der Auffassung. Ich glaube, dass die „Querdenker“ – auch wenn man sie wahr- und ernstnehmen muss – überbewertet wurden mit Blick auf die Gesamtbevölkerung. Der Virologe Christian Drosten hat kürzlich auf die Frage, was er aus der Krise gelernt hat, gesagt: Wie die Medien damit umgehen. Wir haben hundert Experten, die einer Meinung sind, und einen, der anderer Meinung ist – und dann macht eine Zeitung ein Interview mit einem der hundert und mit dem anderen. Das repräsentiert ein völlig falsches Verhältnis. Das heißt nicht, dass der eine, der anderer Meinung ist, nichts sagen soll oder nicht seine Kritik äußern darf. Aber es wird fälschlicherweise der Eindruck vermittelt, es gebe ein Gleichgewicht der Meinungen und das ist ein gefährliches Verzerrungsphänomen – ähnlich bei den Querdenkenden. Ich habe den Eindruck, tatsächlich folgten und folgen sehr viele Leute den Corona-Sicherheitsvorgaben.

Warum werden manche Menschen zu „Querdenkern“ und andere nicht? Hat das etwas zu tun mit der Fähigkeit, vertrauen zu können?

Hartmann: Vielleicht mit einer gewissen Sehnsucht nach Vertrauen,

nach Orten des Vertrauens. Pauschal betrachtet schaffen Verschwörungstheorien eine Übersichtlichkeit, ein klares Bild von der Wirklichkeit. So ist die Wirklichkeit aber nicht. Sie ist vielfältig, in sich widersprüchlich und komplex – und das hält man nicht immer aus, das ist schwer. Vielleicht gibt es bei diesen Querdenkenden eine Sehnsucht nach Eindeutigkeit. Wenn ich sagen kann, „der ist schuld“ oder „der zieht die Strippen“, dann habe ich eine eindeutige Kausalität geschaffen und die Welt übersichtlich gemacht. Vielleicht artikuliert sich bei den Querdenkern eine Art Sehnsucht nach einer stabilen, überschaubaren Ordnung. Gleichzeitig ist sehr evident, dass die Welt nicht so ist. Entsprechend haben Querdenkende wahn-sinniges Misstrauen in die offiziellen Darstellungen, die sie „Mainstreammedien“ nennen, und suchen sich andere Quellen, denen sie vertrauen – eben die, die ihnen ein eindeutiges Weltbild vermitteln.

Was daran kompliziert ist: Wenn die Philosophie gefragt wird, „wem sollen wir vertrauen?“, dann sagt sie in der Regel, dem, der die Wahrheit sagt, der aufrichtig ist. Das erfasst die realen Verhältnisse aber nicht, denn offensichtlich haben zum Beispiel sehr viele Leute Donald Trump vertraut, der dauernd gelogen hat. Was heißt das jetzt?

Hartmann: Das heißt vielleicht, dass nicht so klar ist, was wahrhaftig ist. Die Kategorie Wahrheit ist schwer zu prüfen, wenn unsere Grundlagen verschieden sind. Wenn ich einem Querdenker etwas beweisen möchte

und dafür Zahlen aus den sogenannten Mainstreammedien nutze, dann wird er mir nicht glauben. Das macht es so schwierig, denke ich: Wir brauchen eine gemeinsame Wissens- und Erkenntnisbasis, um festzustellen: Was ist Wahrheit.

Sie haben Recht: Man sieht auch bei den aktuellen Impfkampagnen, dass das Vermitteln von Fakten nicht reicht, um Vertrauen zu erzeugen. Man muss offensichtlich mehr machen, mehr auf die Leute und ihre unterschiedlichen Wahrnehmungsmuster zugehen. In den Impfkampagnen sehen wir, wie aufwändig und schwierig das ist. Manche wird man trotz allen Bemühens gar nicht erreichen. Das heißt: Fakten und Wahrheiten an sich generieren nicht unbedingt Vertrauen. Es gibt offensichtlich bestimmte Wahrnehmungsmuster und Werte, die steuern, wem bzw. welchem Medium wir Glauben schenken oder nicht. Diese Steuerung ist offenbar so massiv, dass wir nicht von der Wahrheit oder Unwahrheit der vermittelten Information ausgehen und daran festmachen, ob wir vertrauen, sondern eher umgekehrt. Davon ausgehend wem wir Vertrauen schenken, erschließt sich uns eine Information als glaubwürdig oder nicht.

Den Trump-Wählern war vielleicht besonders wichtig, dass er gegen Abtreibung ist, oder vielleicht fanden sie es überzeugend, wie dreist er war. Für seine Wähler basierte das Vertrauen, das sie Trump geschenkt haben, wohl nicht auf Ehrlichkeit, sondern auf anderen Werten und Charakterzügen. Wir sehen: Es gibt keine Garantie, dass wir dem, der die Wahrheit sagt, Vertrauen schenken.

Wie kann Vertrauen wiederhergestellt werden?

Hartmann: Man kann versuchen, mit anderen Gemeinsamkeiten zu definieren und Empathie herzustellen. Also nicht mit den ganz Radikalen – da muss man sich irgendwo abgrenzen und sie im demokratischen Sinne bekämpfen. Aber wenn es um Freunde, Familie, Bekannte geht, die einem wichtig sind, kann man sagen: Erzähl mal, was bringt Dich dazu, den Impfstoff abzulehnen? Dann gibt es vielleicht manchmal Überschneidungen, wo man Verständnis haben kann oder sogar eine Angst teilt. Das ist wohl der einzige Weg: Miteinander sprechen und versuchen, so viele Gemeinsamkeiten wie möglich zu finden. Und wenn es keine Gemeinsamkeiten gibt, kann man zumindest versuchen, die eigene Position so darzustellen, dass der andere nachvollziehen kann, warum man anders denkt. Vielleicht kommen wir gerade nicht viel weiter.

Wenn wir über den Einzelnen hinausgehen: Was kann oder sollte aus Ihrer Sicht die Politik tun, um wieder mehr Vertrauen herzustellen?

Hartmann: Eine offene Fehlerkultur wäre wichtig. Nicht immer ist bei Fehlern Boshaftigkeit im Spiel,

sondern häufiger Inkompetenz, Unwissen oder die Konfrontation mit neuen Fakten und Problemen. Wenn wir auf das Beispiel der Maskenaffäre schauen: Da gab es kriminelle Energie, die muss bestraft werden. Aber viele waren auch einfach unvorbereitet – da passieren natürlich Fehler. Ich würde mir wünschen, dass Fehler in der Politik ehrlicher kommuniziert werden, aber dazu gehören zwei Seiten. Wir Bürger zeigen gerne mit dem Finger auf die Politik – aber sind wir wirklich bereit, wenn jemand einen Fehler gesteht, zu sagen: „In Ordnung, kann passieren“?

Darüber hinaus bin ich – prinzipieller gedacht – ein Freund von mehr direkten Partizipationsmöglichkeiten. Die sind hilfreich, um Bürgerinnen und Bürger mehr in bestimmte Themen hineinzuziehen. Weil sie mitentscheiden dürfen, informieren sie sich stärker. Natürlich liegen in der direkten Partizipation Gefahren wie die Anfälligkeit für Populismus. Aber die Auseinandersetzung mit den Themen ist sehr positiv zu sehen und erhöht die Bindung an das Gemeinwesen. Die Vertrauenswerte in der Schweiz sind meistens höher als in vielen anderen westlichen Demokratien und ich meine, dass das auch etwas mit den größeren Partizipationsmöglichkeiten zu tun hat.

Vertrauen ist gut...

Ein interdisziplinärer Blick auf Entstehung und Wirkung von Vertrauen

Prof. Dr. Frank Wießner

Professor für Soziologie



Prof. Dr. Frank Wießner ist seit 2014 Professor für Soziologie an der Fakultät für Soziale Arbeit der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Seine Forschungsschwerpunkte liegen vor allem auf dem Gebiet der Arbeitsmarktforschung, insbesondere der Evaluation von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, Gründungsförderung, Beschäftigungsförderung und Berufsforschung. Er ist regelmäßig Visiting Professor an der Staatlichen Universität für Wirtschaft und Finanzen Sankt Petersburg (UNECON), Russland.

„Vertrauen“ ist ein komplexer und facettenreicher Gegenstand. Als subjektive Überzeugung von der Richtigkeit, Wahrheit oder Redlichkeit kann sich individuelles Vertrauen konkret an andere Personen, an die Partnerin oder den Partner, die Familie oder auch Organisationen und Unternehmen richten, es kann aber auch eher abstrakt Institutionen gelten, wie dem Rechtssystem, den Medien oder dem Staat. Doch schon findet man sich in den Fängen einer tückischen Aporie: Wie soll man wissen, wem man vertrauen kann? Wem oder was soll man glauben? Wo ist umgekehrt Skepsis oder gar Vorsicht geboten? Die Alltagserfahrung zeigt: Allzu oft und manchmal auch allzu leicht werden wir Opfer unserer Vertrauensseligkeit, stolpern über Lockvogelangebote, gehen Betrügern auf den Leim, glauben „Fake News“ und sind vor allem enttäuscht, wenn sich das Vertrauen als missbraucht erweist. Vertrauen und Misstrauen finden sich praktisch in allen Lebensbereichen, manchmal sind sie sogar überlebenswichtig. Entsprechend breit ist das Spektrum sozialpsychologischer, politologischer, ökonomischer oder soziologischer Modelle, mit denen die Entstehung von Vertrauen im jeweiligen Kontext erklärt wird. Nachfolgend sollen einige Erkenntnisse aus den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, wo diese Thematik besonders intensiv beforscht wird, vorgestellt und auf zwischenmenschliche Beziehungen übertragen werden.

1. Staatstheorie und Philosophie machen den Anfang

Im Jahre 1516 veröffentlicht Thomas More den aufsehenerregenden philosophischen Dialog Utopia (Original: „De optimo rei publicae statu deque nova insula Utopia“), in dessen Rahmenhandlung der fiktive Seemann Raphael Hythlodæus einen Reisebericht über die Insel Utopia gibt. In diesem idealen Staat, bevölkert von einer idealen Gesellschaft, dominieren Ethik, Vernunft und Gerechtigkeit dermaßen, dass das Vertrauen in jedes einzelne Mitglied dieser Gesellschaft wie auch in deren Regierung außer Frage steht (vgl. More 1995). Der satirische Tonfall im Subtext ist ebenso unüberhörbar wie die verhaltene Kritik an den bestehenden Verhältnissen. Der Wunsch nach einer besseren Gesellschaft ist aber so stark, dass der Begriff Utopie sich bis heute als – meist unerreichbares – Ideal eingebürgert hat.

Ebenfalls eher staatstheoretischer als gesellschaftswissenschaftlicher Natur – die Disziplin Soziologie muss erst noch erfunden werden – sind die Überlegungen von Mores Landsmann Thomas Hobbes knapp einhalb Jahrhunderte später. Geprägt von der Erfahrung des englischen Bürgerkriegs im 17. Jahrhundert konstatiert er pessimistisch „...daß [sic] ohne eine einschränkende Macht der Zustand der Menschen ein solcher sei, wie er zuvor beschrieben wurde, nämlich ein Krieg aller gegen alle“ (1980: 115), dessen Folgen, neben dem offensichtlichen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Schaden „...ein tausendfaches

Elend; Furcht, gemordet zu werden, stündliche Gefahr, ein einsames, kümmerliches rohes und kurz dauerndes Leben“ sind (Hobbes 1980: 115f.). Damit wird ein klassisches Dilemma offenbar: Ohne Vertrauen kann sich keine Gesellschaft entwickeln, doch wer allzu leichtgläubig Vertrauen schenkt, muss schnell dran glauben. Als Ursache der Anomie identifiziert Hobbes neben Konkurrenz und Ruhm das Misstrauen und er hat auch eine Lösung parat: Alle Akteure übergeben einem mit absoluter Macht ausgestatteten, von Gott eingesetzten Souverän, nachfolgend Leviathan genannt, bedingungslos alle Macht, indem sie einen Vertrag zu dessen Gunsten abschließen, an den alle außer dem Leviathan selbst gebunden sind und gegen den die Untertanen kein Einspruchsrecht haben. Kurz: Ein vertrauensvolles und damit gedeihliches Miteinander in einer Gesellschaft bedarf Regeln und einer Institution, die über hinreichend Macht verfügt, diese Regeln auch durchzusetzen. Hobbes kann mithin als ein früher Vertragstheoretiker gelten und wird zugleich zu einem der prominentesten Vordenker des sog. Gesellschaftsvertrages, über den Rousseau (2019) ein weiteres Jahrhundert später ausführlich nachdenkt.

2. Ein Fall für die Gesellschaftswissenschaften

Die Vorüberlegungen zeigen, dass Menschen seit jeher über das Zusammenleben in einer Gesellschaft nachdenken, wobei Vertrauen ein integraler Baustein ist. Indes fehlt noch ein Name für die einschlägige Diszip-

lin. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gibt Auguste Comte diesem Nachdenken mit dem Begriff „Soziologie“ einen Namen und liefert damit eine Zuspitzung der damals aufkeimenden Idee, „...eine Wissenschaft der Gesellschaft zu begründen, die die Gesetze der sozialen Welt in derselben Weise erklären sollte, wie die Naturwissenschaften das Funktionieren der natürlichen Welt erklären“ (Giddens et al. 2009: 31f.), als eine „Art Oberwissenschaft“ (Esser 1993: S. 10), die sich die Methoden anderer Disziplinen, überwiegend der Naturwissenschaften zunutze macht und auf die menschliche Gesellschaft überträgt (vgl. Korte 2011: 36f.).

Der 1798 im postrevolutionären Frankreich geborene Comte grübelt über die Entwicklung von Gesellschaften und kommt zu dem Schluss, dass deren soziale Statik durch solidarische Beziehungen zwischen ihren Mitgliedern gekennzeichnet ist. Die soziale Kohäsion, die man aus soziologischer Perspektive im Kleinen wie im Großen betrachten, d.h. für ganze Gesellschaften wie auch für kleinere soziale Einheiten, etwa Familien, analysieren kann, ist auch ein Grundthema bei zwei Begründern der modernen Soziologie, Emile Durkheim und Ferdinand Tönnies. Im ausgehenden 19. Jahrhundert, geprägt von der Industrialisierung, dem Deutsch-Französischen Krieg und weiteren gesellschaftlichen Umwälzungen, räsonieren beide über gesellschaftliche Solidarität und beklagen „die Aushöhlung ursprünglicher Formen des ‚gemeinschaftlichen‘ Zusammenlebens und die Schwächung der ‚forces intermédiaires‘“ (Cahnman 1970: 190).

Aufgrund des unterschiedlichen intellektuellen Klimas, das damals in Frankreich und Deutschland herrschte, und auch der in den beiden Ländern unterschiedlich voranschreitenden Industrialisierung verwenden Durkheim und Tönnies die Begriffe „organische“ und „mechanische“ Solidarität quasi entgegengesetzt und auch mit unterschiedlicher Konnotation. Doch stellt als Gemeinsamkeit beider Überlegungen das Vertrauen zumindest implizit den „Kitt“ der Gesellschaft dar.

3. Der homo oeconomicus und das Vertrauen

Schon früh war also erkannt, was die Solidarität in einer Gesellschaft bzw. das Vertrauen zwischen ihren Mitgliedern unterminiert, egal wie groß die Gruppe ist: Der Egoismus, oder, etwas neutraler ausgedrückt, das durchaus menschliche Streben nach dem größten Nutzen oder eigenen Vorteil. Noch heute ist dieser homo oeconomicus als rationaler Entscheider ein zentrales Paradigma in den Wirtschaftswissenschaften.

Damit wird das Dilemma offensichtlich: Wer (zu sehr) auf andere Rücksicht nimmt, handelt am Ende womöglich gegen die eigenen Interessen. Daraus folgt: Man kann anderen Menschen nicht blind vertrauen. Es wäre sogar naiv zu erwarten, der Gegenüber würde auf einen Vorteil verzichten oder gar einen Nachteil in Kauf nehmen, nur um gefällig zu sein. Klar ist auch, dass dieses auf der Hut sein unweigerlich auf Gegenseitigkeit beruhen muss, will man am Ende nicht „der Dumme“ sein.

Die Spieltheorie liefert das mathematische Fundament, auf dem Entscheidungssituationen mit zwei oder mehr Beteiligten analysiert werden können. 1944 setzen John von Neumann und Oskar Morgenstern mit ihrer „Theory of Games and Economic Behavior“ (von Neumann & Morgenstern 1953) einen neuen Maßstab (verständlich und unterhaltsam nachzulesen bei Poundstone 1993). Das Paradebeispiel eines „nicht-kooperativen Spiels“ – so genannt, weil sich die als „Spieler“ bezeichneten Akteure nicht absprechen können – ist das auf Albert W. Tucker zurückgehende „Gefangenendilemma“ („Prisoner’s Dilemma“), das von Luce & Raiffa (1957: 94ff.) anschaulich geschildert wird: Zwei Ganoven werden gefasst, jedoch nicht auf frischer Tat ertappt. Für das eigentliche Verbrechen liegen also keine ausreichenden Beweise für eine Verurteilung vor. Nachzuweisen wäre lediglich illegaler Waffenbesitz, was nur eine kurze Haft rechtfertigen würde. Die beiden Verbrecher

sitzen in getrennten Zellen und können sich nicht absprechen. Der Inspektor, offenbar spieltheoretisch bewandert, bietet beiden in getrennten Verhören folgenden Deal an: Wer ein volles Geständnis ablegt, wird als Kronzeuge begnadigt, der Komplize, der durch das Geständnis belastet wird, bekommt die volle Strafe. Gehen beide auf das verlockende Angebot ein und gestehen, sind beide überführt und bekommen wegen ihres Geständnisses lediglich eine Haftminderung. Die individuell beste Lösung – Freilassung auf Kosten des Komplizen – liegt auf der Hand, wird aber ebenso offensichtlich durch die wechselseitige strategische Interdependenz, in der sich die beiden befinden, durchkreuzt. Abbildung 1 zeigt die strategische Situation im Überblick:

Im Basismodell haben die beiden Spieler also zwei Handlungsmöglichkeiten – zu gestehen oder zu schweigen – aus denen sich entsprechende Konsequenzen („Pay-

Abbildung 1: Gefangenendilemma

		Ganove 2	
		schweigen	gestehen
Ganove 1	schweigen	Ganove 1: 1 Jahr Haft Ganove 2: 1 Jahr Haft	Ganove 1: 10 Jahre Haft Ganove 2: frei
	gestehen	Ganove 1: frei Ganove 2: 10 Jahre Haft	Ganove 1: 5 Jahr Haft Ganove 2: 5 Jahr Haft

Quelle: Eigene Darstellung (in Anlehnung an Luce & Raiffa, 1957: 95)

offs“) ergeben. Allgemein spricht man von „Kooperation“ (Cooperation, C) und „Defektion“ (Defection, D), also freundlichem und ehrlichem beziehungsweise unfreundlichem und hinterhältigem Verhalten.

In verallgemeinerter Form sieht das Prisoner's Dilemma dann folgendermaßen aus:

Für die Payoffs ergibt sich, geordnet nach dem individuellen Nutzen, folgende Rangreihe: $T > R > P > S$

Abbildung 2: Verallgemeinertes Gefangenendilemma

		Spieler 2	
		C	D
Spieler 1	C	R / R	S / T
	D	T / S	P / P

Quelle: Eigene Darstellung (in Anlehnung an Axelrod, 1991: 7)

Payoffs:

T: Temptation („Versuchung“ zu defektieren)

R: Reward („Belohnung“ für kooperatives Verhalten)

P: Punishment („Strafe“ für Verrat, wenn der andere auch defektiert)

S: Sucker's Payoff (Die „Auszahlung“ für den gutgläubigen Trottel)

Der „Versuchung“ (T), sich selbst auf Kosten des anderen den größtmöglichen Nutzen zu verschaffen, steht die „Belohnung“ (R) für das kooperative (freundliche, ehrliche) Verhalten gegenüber. Man sieht: Die Ehrlichkeit hat also ihren „Preis“. Verhalten sich beide hinterhältig (Strategie „D“), bekommen beide die entsprechende „Strafe“. Noch schlimmer kommt es allerdings für den gutgläubigen Dummkopf, der naiv auf die Anständigkeit seines Gegenübers vertraut.

Die skizzierte Dilemma-Situation fand alsbald vor allem in den Wirtschaftswissenschaften Anwendung, was sich auch in etlichen Nobel-

preisen für einschlägige spieltheoretische Arbeiten niederschlägt. Besonders anschaulich ist „The Market for „Lemons“ von George Akerlof (1970). „Lemons“ ist in den USA die umgangssprachliche Bezeichnung für Gebrauchtwagen mit Mängeln, an deren Beispiel Akkerlof Qualität und Unsicherheit diskutiert. Mangels vollständiger Information kann sich der Käufer über die Güte der Ware nicht sicher sein. Zum Problem wird das, wenn die verfügbare statistische Information, etwa wie viele Mängel ein Gebrauchtwagen im Durchschnitt aufweist, nicht auf den jeweiligen Verkäufer, sondern

auf die gesamte Branche übertragen wird. Die Händler haben dann keinen Anreiz mehr, einen „guten Gebrauchten“ zu verkaufen, da ihnen ja ohnehin grundsätzlich misstraut wird. Die Folgen sind erstens eine allgemein schlechtere Qualität – weil diese von den Kunden aufgrund des Vorurteils weder erwartet noch honoriert wird – und ein schrumpfender Markt, weil man niemandem trauen kann (Käufersicht) bzw. Leistung oder Qualität sich nicht lohnt (Verkäufersicht). Kurz: Niemand hat einen Anreiz zu kooperativem Verhalten, weil es sich offensichtlich nicht lohnt.

Hierzulande hat man „Die Katze im Sack“ gekauft, wenn man einen versteckten Mangel oder eine unerwünschte Eigenschaft erst im Nachhinein bemerkt, was ja durchaus auch in Paarbeziehungen vorkommen kann. Doch warum sollte man sich übermäßig anstrengen oder auf den Anderen Rücksicht nehmen?

Allgemein ist ein Gefangenendilemma dadurch charakterisiert, dass die individuelle Rationalität, den eigenen Nutzen zu maximieren, zu einem kollektiv ineffizienten Ergebnis führt: Während beiderseitige Kooperation für beide Akteure klar erkennbar die bessere Alternative darstellt, lan-

den sie durch gegenseitige Defektion beim schlechteren Ergebnis. Wie ein genauerer Blick zeigt, liegt das Problem in der Ausbeutbarkeit der Akteure. Selbst, wenn der eine Akteur bereit wäre, auf den maximalen Pay-off zu verzichten, würde er dadurch

dem anderen erst recht einen Anreiz bieten, seinerseits auf das Maximum abzielen, was für Ersteren wiederum das schlechteste Resultat zur Folge hätte: Er würde also für seine Freundlichkeit auch noch „bestraft“ werden.

4. Auswege aus dem Gefangenendilemma

Gibt es einen Ausweg aus dem Gefangenendilemma, oder sind wir unserem Egoismus bzw. dem unserer Mitmenschen hoffnungslos ausgeliefert? Macht man sich unweigerlich zum Trottel, wenn man (zu viel) Vertrauen in die anderen setzt oder sich durch kooperatives, freundliches Verhalten rücksichtsvoll verhalten will? Muss man eigene Interessen immer auf Kosten anderer durchsetzen, um als rational zu gelten?

Die Situation ist vertrackt, aber nicht hoffnungslos, zeigt doch die Alltagserfahrung, dass Menschen immer wieder „irgendwie“ kooperieren, zusammenhalten oder gar selbstlos agieren. Daraus folgt: Offenbar sind Regulierungs- oder Kooperationsmechanismen möglich, die für alle Beteiligten eine vorteilhafte Lösung schaffen können.

So können soziale Kooperationsnormen ein bestimmtes Verhalten mehr oder weniger bindend vorschreiben. Zu sozialen Normen zählen beispielsweise Berufsethos, Begriffe von Ehre oder Tradition, oder auch der Grundsatz, dass Versprechen eingehalten werden und das Wort gilt. Dieser Kooperationsmechanismus wirkt vor allem im zwischenmenschlichen Bereich, ist

Die Situation ist vertrackt, aber nicht hoffnungslos, zeigt doch die Alltagserfahrung, dass Menschen immer wieder „irgendwie“ kooperieren, zusammenhalten oder gar selbstlos agieren.

aber auch in der Geschäftswelt von Bedeutung, wo der Ehrbare Kaufmann noch immer als Leitbild gilt (vgl. Ouchi 1980). Oder, Fake News zum Trotz: Im Qualitätsjournalismus ist Wahrhaftigkeit nach wie vor oberste Prämisse. Zugleich zeigen diese Beispiele, dass auf Verstöße gegen soziale Normen entsprechend eine soziale Sanktion erfolgt, etwa der Ausschluss aus einer Gemeinschaft oder soziale Ächtung. In Familien und Paarbeziehungen führen schwere Verletzungen von Vertrauen oder auch übermäßiger Egoismus oft zur Trennung; mitunter erfolgt eine zusätzliche Stigmatisierung von außen. Die Sanktionsinstanz ist also die Gesellschaft selbst oder eine gesellschaftliche Gruppierung. Allerdings muss das unerwünschte Verhalten überhaupt erst entdeckt werden. Darüber hinaus folgt die soziale Strafe nicht zwingend, sondern nur, wenn ausreichende Empörung entsprechend mobilisiert. Auch werden soziale Sanktionen nicht immer nach gleichem Maß vollzogen, meist haben die Akteure Spielräume hinsichtlich der Norm (vgl. Coleman 2010: 311ff.). Je nach Person, Situation, Betroffenen oder Geschädigten wird das Fehlverhalten im Einzelfall durchaus uneinheitlich geahndet.

Formale Normen, d.h. Gesetze, bilden die Grundlage der sogenannten „Vertragslösung“ (vgl. z.B. Williamson 2005). Hier sind sowohl wechselseitige Rechte und Pflichten der Akteure („Vertragsparteien“) als auch Verstöße („Vertragsverletzungen“) und deren Konsequenzen (Sanktionen) eindeutig kodifiziert. Dies gilt für Paarbeziehungen und

geschäftliche Beziehungen gleichermaßen. Im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) nimmt das Buch 4 „Familienrecht“ viel Platz ein – diese Fülle an Regelungen unterstreicht die Bedeutung des Regulierungsmechanismus auch im Privaten. Und natürlich gibt es mindestens ebenso viele einschlägige Rechtsnormen, die das Wirtschaftsleben regeln. Mit der geballten Wucht der Paragraphen entwickelt die Vertragslösung mehr Regulierungsmacht als eine mitunter „dehnbare“ soziale Norm, doch hat das auch seinen Preis: Es bedarf einer dritten Partei wie etwa des Justizsystems, um das sogenannte „Durchsetzungsproblem“ zu lösen. In der Praxis braucht man eine Judikative, um über Verstoß und Sanktion zu entscheiden, sowie eine Exekutive, um die Sanktion zu vollziehen, was wiederum Transaktionskosten (vgl. Coase 1937) verursacht. Vertragslösungen erweisen sich deshalb mitunter als umständlich und teuer: So endet eine Ehescheidung oft für beide Partner im finanziellen Desaster. Die lückenlose Parkraumüberwachung oder die umfassende Kontrolle von Schwarzfahrern in öffentlichen Verkehrsmitteln verursacht weit mehr Aufwand, als sie „Ertrag“ einbringt. Ein Arbeitgeber kann nicht ständig kontrollieren, ob die Beschäftigten kontinuierlich die vertraglich zugesicherte Arbeitsleistung erbringen. Letzteres wird vor allem in der Prinzipal-Agent-Theorie

Tatsächlich sind sich Vertrag und Vertrauen näher als es auf den ersten Blick scheinen mag: Sie haben die gleiche Funktionsweise und basieren auf Regeln, deren Einhaltung kontrolliert wird.

(vgl. Jensen & Meckling 1976) thematisiert.

Auch besteht, wie schon bei den sozialen Normen, das Informationsproblem: Wird ein Vertragsverstoß nicht entdeckt, bleibt er unsanktioniert. Um das unerwünschte Verhalten wirkungsvoll zu verhindern, muss es zudem mit einer Sanktion bewehrt sein, die deutlich höher ausfällt als der Vorteil, den die Defektion gegenüber der Kooperation verschaffen könnte. Eine Grundvoraussetzung ist weiterhin, dass rationale Akteure einen Vertrag überhaupt nur abschließen, wenn sie sich dadurch nicht schon vorab schlechter stellen, also sich beispielsweise zu einer Leistung ohne entsprechende Gegenleistung verpflichten. Tatsächlich sind sich Vertrag und Vertrauen näher als es auf den ersten Blick erscheinen mag:

Um das unerwünschte Verhalten zu verhindern, muss es mit einer Sanktion bewehrt sein, die deutlich höher ausfällt als der Vorteil, den die Defektion gegenüber der Kooperation verschaffen könnte.

Sie haben die gleiche Funktionsweise, basieren auf Regeln, deren Einhaltung kontrolliert und Nicht-Einhaltung sanktioniert wird. Bei sozialen Normen geschieht dies jedoch informell. Damit wird zugleich der Nutzen von

Vertrauen deutlich: Vertrauen kann die Transaktionskosten auf zweierlei Art erheblich reduzieren: Als persönliches oder soziales Vertrauen (vgl. Ouchi 1980, 1979) oder als Vertrauen in Hierarchien, d.h. Verträge und Gesetze. Die Vorhersehbarkeit der Reaktion eines Kooperationspartners kann sogar zu einem effizienteren Ergebnis als die reine „Marktlösung“ führen.

Gemeinsam ist den sozialen und formalen Normen als Kooperationsmechanismen, dass sie ex ante wirken, die Bedingungen, Erwartungen und Konsequenzen also beiden Seiten bereits vorab klar sein müssen, um den gewünschten Effekt zu realisieren. Auch dies ist keineswegs selbstverständlich, wie etwa interkulturelle Missverständnisse illustrieren. Im Gegensatz zur exogenen Vertragslösung sind soziale Normen jedoch endogener Natur, die Akteure können also zumindest ein Stück weit selbst entscheiden, inwieweit sie sich diesen unterwerfen wollen.

Reputation wirkt ebenfalls exogen, allerdings ex post, als Kooperationsmechanismus. Rein technisch handelt es sich dabei um eine Regulierung durch Dritte, jedoch ohne dass dabei Rechte übertragen werden müssen. Auch ist eine spezifizierte Strafe nicht unbedingt erforderlich. Oft reicht es als Anreiz für ehrliches Verhalten schon aus, dass ein schlechter Ruf künftige Beziehungen zu Dritten erheblich beeinträchtigen kann (schon zu finden bei Hobbes 1980: 80).

Reputation entsteht allerdings nicht von selbst, sondern erwächst aus Erfahrung bzw. aus dem beobachteten Verhalten des Gegenübers. „Man trifft sich immer zweimal im Leben“ heißt es, und tatsächlich kommt es häufig vor, dass Akteure immer wieder miteinander zu tun haben, sei es bei einer geschäftlichen Beziehung oder im täglichen Miteinander in einer Partnerschaft. In der Spieltheorie wird dies als „Mehrrundenspiel“ oder Iteration bezeichnet. Trifft man sich nur einmal und nie

wieder, ist der Anreiz, sich unfair zu verhalten, tatsächlich sehr groß. Dies ändert sich, wenn eine dauerhafte oder zumindest länger anhaltende Beziehung von beiden Akteuren angestrebt wird. Hier erweist sich die Kooperation durchaus als clevere Strategie, weil so eben beide Seiten höhere Payoffs realisieren können. Umgekehrt kann sich die Gegenseite für Fehlverhalten in der „nächsten Runde“ revanchieren. Intuitiv formuliert wirft die Zukunft dann einen Schatten voraus. Die Spieltheorie bezeichnet diese Strategie als „Tit for Tat“, also „Wie Du mir, so ich Dir“ (sehr lesenswert hierzu Axelrod 1991). Die inhärente Abwärtsspirale der Payoffs bei wechselseitiger Defektion ist auch für den spieltheoretischen Laien sofort ersichtlich, die „goldene Zukunft“ bei stabiler Kooperation aber ebenso.

Als letzter Ausweg aus dem Gefangenendilemma bleibt noch der Altruismus, also Uneigennützigkeit, das Gegenteil von Egoismus. Dieses Verhalten beruht vor allem auf enger sozialer Nähe und einer emotionalen Verbindung und kommt entsprechend vor allem in der Familie zum Tragen. Die Erfahrung zeigt, dass die Selbstlosigkeit auch innerhalb der Familie im Laufe der Zeit (Iteration) sowohl zu- als auch abnehmen kann. Allerdings ist schwer zu erklären, unter welchen Umständen und gegenüber wem sich eine Person altruistisch verhält. Konstant – und damit zumindest ein Stück weit berechenbar – ist altruistisches Verhalten wohl kaum. Vorbehaltlos darauf bauen sollte man vorsichtshalber nicht. Umgekehrt ist die Selbstlo-

sigkeit zu überdenken, wenn sie von der Gegenseite keine Würdigung und keine Revanche erfährt.

5. Gute Aussichten?

Der kurze Streifzug durch die Welt der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zeigt: Menschen müssen nicht schlecht sein – man kann sich aber auch nicht ohne Weiteres darauf verlassen, dass sie gut sind. Die Binsenweisheit „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ gehört ins Geschäftsleben, hier sichert ein gesundes Misstrauen vielleicht sogar das wirtschaftliche Überleben. Im Bereich privater Beziehungen ist das wohl eher kontraproduktiv. Zu viel Kontrolle oder Misstrauen zersetzt die Vertrauensbasis. Wo die Vertragslösung sinnvoll ist, wie in der Wirtschaft, braucht es nicht viel Vertrauen. Wo man einen Vertrag kaum durchsetzen kann wie in der Familie, ist Vertrauen unabdingbar.

Geht man davon aus, dass eine Paarbeziehung auf Dauer angelegt sein soll, ist der Vertrauensvorschuss eine gute Strategie, damit der Partner die Chance hat, ebenfalls darauf zu reagieren: „Tit for Tat“ in positiver Wendung optimiert dann den beiderseitigen „Gewinn“ aus der Beziehung und wirkt dauerhaft stabilisierend. Ein wenig die Augen offenzuhalten kann trotzdem nicht schaden. Denn, wie es in einem Satz heißt, der Thomas More zugeschrieben wird: „If honour were profitable, everybody would be honourable.“

Literaturangaben

- Akerlof, George Arthur:** The Market for „Lemons“: Quality Uncertainty and the Market Mechanism, in: *The Quarterly Journal of Economics*, 84, 3 (1970), S. 488–500.
- Axelrod, Robert:** *Die Evolution der Kooperation*. München 1991.
- Cahnman, Werner J.:** Tönnies und Durkheim: Eine dokumentarische Gegenüberstellung, in: *ASRP: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie*, 56, 2 (1970), S. 189–208.
- Coase, Ronald H.:** The Nature of the Firm, in: *Economica*, 16, 4 (1937), S. 386–405.
- Coleman, James S.:** *Grundlagen der Sozialtheorie*. Bd. 1: Handlungen und Handlungssysteme. München 2010.
- Esser, Hartmut** (1993). *Soziologie. Allgemeine Grundlagen*. Frankfurt a. M. 1993.
- Giddens, Anthony/Fleck, Christian/Egger De-Campo, Marianne:** *Soziologie*. Graz 2009.
- Hobbes, Thomas:** *Leviathan*. Leipzig 1980.
- Jensen, Michael/Meckling, William:** Theory of the firm. Managerial behavior, agency costs, and ownership structure, in: *Journal of Financial Economics*, 3, 4 (1976), S. 305–360.
- Korte, Hermann:** *Einführung in die Geschichte der Soziologie*. Wiesbaden 2011.
- Luce, R. Duncan/Raiffa, Howard:** *Games and Decisions. Introduction and Critical Survey*. Mineola/NY 1957.
- More, Thomas:** *Utopia. Latin Text and English Translation*. Cambridge 1995.
- von Neumann, John/Morgenstern, Oskar:** *Theory of Games and Economic Behavior*. Princeton/NJ 1953.
- Ouchi, William G.:** A Conceptual Framework for the Design of Organizational Control Mechanisms, in: *Management Science*, 25, 9 (1979), S. 833–848.
- Ouchi, William G.:** Markets, Bureaucracies, and Clans, in: *Administrative Science Quarterly*, 25, 1 (1980), S. 129–141.
- Rousseau, Jean-Jacques:** *The social contract and other later political writings*. Cambridge 2019.
- Williamson, Oliver:** The Economics of Governance. In: *American Economic Review*, 95, 2 (2005), S. 1–18.

Das Belastungslevel von Familien in Corona-Zeiten unter besonderer Perspektive der Eltern

Verantwortung der Gesellschaft und Unterstützungsmöglichkeiten für Familien

Prof. Dr. Susann Kunze
Professorin für Kindheitspädagogik



Prof. Dr. Susann Kunze ist seit August 2020 Professorin für Kindheitspädagogik an der IU Internationale Hochschule, Erfurt. Von 2010 bis 2015 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZFG an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen die kindliche Kompetenzentwicklung innerhalb der Lebenswelten des Kindes, die Stärkung von Familien und die Gesundheitsförderung von Kindern unter der besonderen Berücksichtigung der damit verbundenen sozialpolitischen Herausforderungen.

In diesem Beitrag wird untersucht, wie zentrale durch die COVID-19-Pandemie entstandene Belastungsfaktoren für Eltern das Familienklima beeinflussen. Zudem geht er auf innerfamiliäre und persönliche Schutzfaktoren ein, welche Eltern dabei unterstützen, weiterhin ihrer Elternverantwortung gerecht zu werden und das Familienklima zu stärken. Das verwendete Untersuchungsinstrument bildet der COVID-19-Survey des pairfam Familien- und Beziehungspanels. Aus den Untersuchungsergebnissen werden Unterstützungsmöglichkeiten für Eltern abgeleitet.

Die COVID-19-Pandemie beeinflusst seit über eineinhalb Jahren das individuelle und gesellschaftliche Leben. Dazu gehören nicht nur die Maskenpflicht, die Kontaktverfolgung oder die Hygieneregeln. Das gesellschaftliche Leben in Deutschland kam durch Einschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens mal mehr

oder weniger ausgeprägt zum Erliegen und veränderte den Alltag der Menschen grundlegend. Geschlossene Kindertageseinrichtungen und Schulen sowie die Ausweitung des Homeoffice stellten Familien vor besondere Herausforderungen. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen versuchten Eltern ihre beruflichen

Verantwortlichkeiten mit denen des Familienlebens zu vereinbaren. Es galt, die Kinderbetreuung neu zu organisieren und überwiegend ohne Unterstützung von außen selbst zu übernehmen. Homeschooling, Kinderbetreuung und Homeoffice sollten parallel erfolgen.

Welche Folgen diese gesellschaftlichen Herausforderungen für die Heranwachsenden mit sich bringen,

Die vorliegende Studie vermittelt einen Eindruck zum Belastungserleben der Familien und wie Eltern und damit auch Familien sich selbst stärken können und damit ihr Familienklima nicht gefährden.

zeigen erste Studienergebnisse auf. Eine deutschlandweite Studie ermittelte ein erhöhtes Einsamkeitsempfinden der Kinder und Jugendlichen, einen gestiegenen Medienkonsum der Heranwachsenden und bei einem Fünftel der Familien ein belastetes Familienklima (vgl. Lang-

meyer et al. 2020). Die repräsentative COPSY-Studie erfasste in ihrer Befragung zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland einen Anstieg von Depressionen, Ängsten und psychosomatischen Beschwerden der Kinder und Jugendlichen während der COVID-19-Pandemie (vgl. Kaman et al. 2021; Ravens-Sieberer et al. 2020; Ravens-Sieberer et al. 2021a; Ravens-Sieberer et al. 2021b). Ferner identifizierte sie einen zugenommenen Medienkonsum, ein reduziertes Bewegungsverhalten und eine ungesündere Ernährung der Kinder und Jugendlichen im Vergleich zu ihrem Gesundheitsverhalten vor der Pandemie. Zudem ermittelte sie ein erhöhtes Belastungserleben der Eltern durch die beruflichen Veränderungen

(vgl. Ravens-Sieberer et al. 2021b). Internationale Studien belegen im Zuge der Pandemie und ihrer Folgen ebenfalls ein erhöhtes Belastungserleben der Eltern bis hin zu totaler Erschöpfung (vgl. u.a. Marchetti et al. 2020; Patrick et al. 2020).

Diese empirisch erfassten Faktoren gefährden das Familienklima und die kindliche Entwicklung. Die vorliegende Studie vermittelt einen weiteren Eindruck zum Belastungserleben der Familien und wie Eltern und damit auch Familien sich selbst stärken können und damit ihr Familienklima nicht gefährden. Ausgangspunkt für die Ermittlung möglicher stärkender Elemente von Familien bilden Ergebnisse aus der Armutsforschung, Aspekte der Systemtheorie sowie Erkenntnisse der Stress- und Resilienzforschung.

Hypothesen

Die aufgeführten Studien geben Anlass zu der Vermutung, dass die durch die Pandemie hervorgerufenen veränderten Lebensumstände und Einschränkungen das Familienklima belasten. Sie vermitteln eingeengte Handlungsspielräume und Entfaltungsmöglichkeiten, erschwerte längerfristige Planungen, eingeschränkte Zeitstrukturen und Verwirklichungschancen, Isolation und eine Kluft zwischen Anforderungen und Handlungsspielräumen. Die Forschung zu Armut und ihren Folgen belegt unter solch gearteten Lebensumständen eine Gefahr der sozialen Erschöpfung (vgl. Weiß 2020). *Im Zuge dessen wirken sich die Veränderungen der Bildungs- und Be-*

treuungssituation der Kinder und die Änderungen der eigenen beruflichen Lage negativ auf das Familienklima aus (Hypothese 1; Untersuchungsblöcke I und II).

Bereits vor einer möglichen Symptomentwicklung können Infizierte mit COVID-19 andere Personen infizieren (vgl. RKI 2021). Während die Epidemiologen ihre Erkenntnisse über das Virus nahezu täglich erweitern, stieg das Infektionsgeschehen während der ersten Welle nicht nur in Deutschland sprunghaft an. Angesichts der mit dem Virus verbundenen Risiken für die Gesundheit und das öffentliche Gesundheitswesen, schränkte die deutsche Bundesregierung das öffentliche Leben ein. In der Folge dieser beiden miteinander verbundenen Faktoren wurden die Selbstwirksamkeit und Resilienz der Menschen auf die Probe gestellt. Sie erlebten eine Phase der Unsicherheit im gesundheitlichen und wirtschaftlichen Bereich, deren Ende nicht absehbar war. Im Zuge dessen werden die damit verbundenen Sorgen als mögliche Risikofaktoren in die Untersuchung aufgenommen. *Die unklare Lage im gesundheitlichen und wirtschaftlichen Bereich und die damit verbundenen Sorgen können sich auf das Familienklima negativ auswirken (Hypothese 2; Untersuchungsblock III).*

Zudem sollen auch innerfamiliäre und persönliche Schutzfaktoren ermittelt werden, welche das Belastungsniveau reduzieren können, sodass das Familienklima unbeschadet bleibt oder sich sogar während der

COVID-19-Krise verbessern kann. Auf Basis der Systemtheorie interagieren die unterschiedlichen Subsysteme eines Familiensystems miteinander, beeinflussen sich gegenseitig und wirken sich auch auf die einzelnen Familienmitglieder und das Gesamtsystem aus (vgl. Kunze 2020). Entsprechend kann eine hohe Partnerschaftsqualität als ein Schutzfaktor zur Reduktion des Belastungsniveaus und als eine innerfamiliäre Ressource für die Familie und das Familienklima fungieren. Im Zuge dessen wird auf Paarebene die Beziehungsqualität als innerfamiliäre Ressource erfasst. *Die Beziehungsqualität bildet einen innerfamiliären Schutzfaktor für das Familienklima (Hypothese 3; Untersuchungsblock IV).*

Auf individueller Ebene werden die Resilienz und die selbst eingeschätzte Elternkompetenz in die Untersuchung aufgenommen. Es wird ermittelt, wie Eltern den Herausforderungen und Belastungen konstruktiv begegnen können, um die eigene Familie auch innerhalb einer belastenden Pandemie zu stärken. Nach Richard R. Lazarus entsteht Stress durch die Einschätzung einer Situation und ihrer Bedrohungslage, die Bewertung der eigenen Ressourcen und das im Zuge dessen nachfolgende Verhalten (vgl. Lazarus und Folkman 1984). Unter anderem Selbstwirksamkeitsüberzeugungen, Bewältigungskompetenzen, Problemlösekompetenzen und eine ge-

Nach Richard R. Lazarus entsteht Stress durch die Einschätzung einer Situation und ihrer Bedrohungslage, die Bewertung der eigenen Ressourcen und das im Zuge dessen nachfolgende Verhalten.

lingende Selbststeuerung fördern die Widerstandskraft und erleichtern die Bewältigung von Krisen (vgl. Fröhlich-Gildhoff und Rönnau-Böse 2017, 2019). Hier schließt neben der allgemeinen Resilienz auch eine auf die Elternrolle bezogene Kompetenz an, die selbst eingeschätzte Elternkompetenz, welche eine auf die Familie und Elternfunktion bezogene Selbstwirksamkeitsüberzeugung und gelingende Selbststeuerung bildet. Die Resilienz und die selbst eingeschätzte Elternkompetenz werden entsprechend als persönliche Ressourcen erfasst. *Die Resilienz und die selbst eingeschätzte Elternkompetenz bilden Schutzfaktoren für das Familienklima (Hypothese 4, Untersuchungsblock V).*

Stichprobe

Die Untersuchung erfolgte mithilfe der Daten der Zusatzuntersuchung im pairfam-Beziehungs- und Familienpanel, welche im Jahr 2020 durchgeführt wurde.¹ Für ausgewählte soziodemografische Merkmale wur-

de die elften Erhebungswelle herangezogen. Die 512 Respondenten bilden Kernfamilien, in welchen zum Untersuchungszeitraum mindestens ein Kind entweder eine frühpädagogische Bildungs- und Betreuungseinrichtung oder eine Schule besucht hat. Die Befragten sind durchschnittlich 41 Jahre alt (range = 27-49). 57,6 Prozent der Befragten sind Mütter, 42,4 Prozent Väter. 97,9 Prozent der Befragten besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit. 44,5 Prozent der Respondenten sind vollzeitbeschäftigt, 35 Prozent teilzeitbeschäftigt. Die Partner der Respondenten sind ebenfalls zum größten Teil vollzeit- (59 Prozent) oder teilzeitbeschäftigt (22,5 Prozent). Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen betrug in der elften Welle 4741 Euro. Insgesamt kann die Stichprobe als Mittelschichtprobe klassifiziert werden.

Zwei Drittel der Befragten arbeiteten vollständig und 43,4 Prozent teilweise im Homeoffice. Auch die Partner wechselten zum größten Teil ins Homeoffice (vollständig: 32,7 Prozent; teilweise: 38,4 Prozent). Damit zeigt sich eine erhebliche Betroffenheit der Familien von den Auswirkungen der Pandemie auf die elterliche Arbeitssituation. Auch die Schulen (51,4 Prozent) und Kindertageseinrichtungen (41,8 Prozent) waren zum Untersuchungszeitraum mindestens teilweise geschlossen.

Statistisches Vorgehen

Mehrere Variablen bilden die einzelnen Untersuchungsfelder ab, welche zu Indizes zusammengefasst wer-

¹ Diese Arbeit nutzt Daten des Beziehungs- und Familienpanels pairfam, welches von Josef Brüderl, Sonja Drobnič, Karsten Hank, Franz Neyer und Sabine Walper geleitet wird. Die Studie wird als Langfristvorhaben durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert. Die Analysen basieren auf den Daten der ersten elf Erhebungswellen des Beziehungs- und Familienpanels pairfam, Release 11.0 und des COVID-19 Survey (Brüderl et al. 2020; Walper et al. 2020). Eine ausführliche Darstellung der Studie findet sich bei Huinink et al. (2011).

den. Darunter fallen die Indizes Ausmaß des belasteten Familienklimas, Sorgen, Beziehungsqualität, Resilienz und Kompetenzgefühl in der Elternrolle. Die Hypothesen werden mithilfe der linearen hierarchischen Regressionsanalyse überprüft, in welcher das Ausmaß des belasteten Familienklimas vorhergesagt wird.

Ergebnisse

Die Hypothesen nehmen an, dass sich die Veränderungen durch die COVID-19-Pandemie und die damit verbundenen staatlichen Maßnahmen und individuellen Sorgen negativ auf das Familienklima auswirken. Dabei können innerfamiliäre und persönliche Schutzfaktoren dem erfolgreich entgegenwirken, so dass Eltern ihrer Erziehungsverant-

wortung und ihrer Verantwortung für das Familienklima adäquat gerecht werden können. Bei 63,9 Prozent der Familien kam es im Zuge der Pandemie zu einer Verschlechterung des Familienklimas.

Insgesamt können die Prädiktoren 44,1 Prozent der Varianz des belasteten Familienklimas aufklären. Das bedeutet, dass die untersuchten Blöcke (Tabelle 1) einen bedeutsamen Einfluss auf das Familienklima haben. Tabelle 1 zeigt auf, dass, mit Ausnahme der soziodemografischen Merkmale (Block VI), jeder Block (I-V) einen eigenständigen Anteil zur Varianzaufklärung beiträgt und sich damit auf das Familienklima auswirkt. Die Untersuchungsblöcke im Einzelnen waren: I: geschlossene Schule/Kindertageseinrichtungen; II: Homeoffice; III: Sorgen um die

Tabelle 1: Ergebnisse der OLS-Regression zum Ausmaß des belasteten Familienklimas

		Ausmaß eines belasteten Familienklimas			
Block		β - Werte	T- Werte	Korr. R ²	ΔR^2
I	Geschlossene Schulen	.032	.774		
	Geschlossene Kindertageseinrichtungen	.133***	3.568	.032	
II	Kinderbetreuung zuhause ohne Homeoffice	.048	1.348		
	Kinderbetreuung zuhause mit Homeoffice	.071*	2.000	.043	.011
III	Ausmaß an Sorgen	.145***	4.135	.140	.097
IV	Beziehungsqualität	-.084*	-2.387	.182	.042
V	Resilienz	-.480***	-13.133		
	Kompetenzgefühl in der Elternrolle	-.156***	-4.259	.443	.261
VI	Anzahl der Kinder	.033	.845		
	Haushaltseinkommen	-.018	-.543		
	Geschlecht	-.012	-3.351	.441	-.002

Regressionskoeffizienten (β) des letzten Schrittes und aus der hierarchischen Regression (R², ΔR^2)

Anmerkung: β =standardisierte Regressionskoeffizienten; korr. R²=korrigierter Determinationskoeffizient; ΔR^2 =Zunahme der aufgeklärten Varianz (korrigiertes R²); Signifikanzniveau:

***p<0.001, **p<0.01, *p<0.05, N=512;

Quelle: pairfam (COVID-19 survey; Welle 11); eigene Berechnungen.

wirtschaftsrechtliche und gesundheitliche Situation; IV: innerfamiliäre Ressourcen; V: persönliche Ressourcen; VI: soziodemografische Merkmale.

Die geschlossenen Kindertageseinrichtungen belasteten das Familienklima deutlich mehr als die geschlossenen Schulen. Zusammen können sie jedoch nur 3,2 Prozent der Varianz des Familienklimas auf-

klären. Auch die Kinderbetreuung zuhause – ohne und mit Homeoffice – erklärt das Ausmaß eines belasteten Familienklimas immerhin in einem geringen Maße ($\Delta R^2 = .011$). Insgesamt kann aufgezeigt werden, dass die Doppelbelastung von Homeoffice und Kinderbetreuung

eine Herausforderung für die Familie darstellt und das Familienklima entsprechend belastet. Im Zuge dessen kann die erste Hypothese partiell angenommen werden, da geschlossene Kindertageseinrichtungen und die gleichzeitige Herausforderung, Kinderbetreuung zusammen mit dem Homeoffice zu organisieren, das Familienklima signifikant verschlechtern. Das Ausmaß an Sorgen kann das Familienklima signifikant belasten ($\Delta R^2 = .097$), womit die zweite Hypothese uneingeschränkt angenommen werden kann. Damit kann ein Einfluss der durch die Pandemie bedingten gesellschaftlichen Veränderungen und psychischen Belastungen auf das Familienklima ermittelt werden, wobei die individuellen psychischen

Belastungen gravierender auf das Familienklima wirken als die gesellschaftlichen Veränderungen.

Die Beziehungsqualität erweist sich als stabilisierende und fördernde innerfamiliäre Ressource für das Familienklima. Die innerfamiliären Ressourcen klären zusätzlich 4,2 Prozent der Varianz der Veränderungen des Familienklimas auf. Einen deutlichen Sprung erfährt die Varianzaufklärung der Veränderung des Familienklimas durch die persönlichen Ressourcen der Respondenten auf 44,3 Prozent. Das bedeutet, dass sich zwei entscheidende Ressourcen für das Familienklima offenbaren: Resilienz und Kompetenzgefühle in der Elternrolle ermöglichen es also, dass das Familienklima sich im Vergleich zur Zeit vor der Pandemie nicht verschlechtert. Unter den soziodemografischen Merkmalen kann dagegen kein einflussgebender Faktor für eine Veränderung des Familienklimas ermittelt werden ($\Delta R^2 = -.002$).

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse vermitteln, dass die Herausforderungen durch die Schließungen von Kindertageseinrichtungen und Schulen sowie die Umorganisationen des gemeinsamen Alltags und der beruflichen Tätigkeiten sehr wohl eine Belastung für die Familien bilden. Dem sind Familien jedoch nicht schutzlos ausgeliefert. Eine Investition in die Beziehungsqualität und persönlichen Kompetenzen und Ressourcen verschafft den Eltern die Möglichkeit,

Eine Investition in die Beziehungsqualität und persönlichen Kompetenzen und Ressourcen verschafft den Eltern die Möglichkeit, diese Herausforderung zu meistern und ihr Familienklima zu schützen.

diese Herausforderung zu meistern und ihr Familienklima zu schützen.

Im Zuge dessen steht die Gesellschaft neben der Herausforderung der erfolgreichen Bekämpfung der Pandemie auch vor der Aufgabe, die Familien und ihre einzelnen Mitglieder zu stärken. Bereits letztes Jahr hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf der Grundlage einer repräsentativen Befragung einige familienpolitische Empfehlungen ausgesprochen, welche von einem Ausbau einer weniger krisenanfälligen Betreuungsinfrastruktur, von krisenfesten Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bis hin zu zielgenauen Leistungen und einer Ausweitung der Informationspolitik für Familien reichen (vgl. BMFSFJ 2020: S. 12). Weitere Handlungsfelder betreffen die Betreuungs- und Bildungseinrichtungen sowie die Stärkung der Familien.

Die Dringlichkeit von Maßnahmen für die Heranwachsenden haben bereits die einleitend aufgezeigten Studien zur psychischen Belastungssituation der Kinder und Jugendlichen aufgezeigt. Der aufsuchende Kontakt zu den Heranwachsenden und ihren Familien durch die (Fachkräfte der) Schulen und Kindertageseinrichtungen kann hier mildernd wirken und psychische Belastungen der Kinder und Jugendlichen reduzieren (vgl. Langmeyer et al. 2020: 25f.). Daneben gilt es auch die Eltern zu stärken, um sich gegenseitig verstärkende negative systemische Mechanismen zu vermeiden. Eine Ausweitung und

Intensivierung von (Online-)Angeboten der Familien- und Elternbildung bietet hier ein mögliches politisches Instrument, um sich dieser gesamtgesellschaftlichen Verantwortung zu stellen. Thematisch sollten diese Angebote darauf ausgerichtet sein, die Resilienz, die Erziehungskompetenzen und die Beziehungsgefüge innerhalb der Familien zu stärken. Dies gilt sowohl für die Beziehungen zu den Kindern als auch für die Paarbeziehung.

Literaturangaben

- BMFSFJ:** Familien in der Corona-Zeit: Herausforderungen, Erfahrungen und Bedarfe. Ergebnisse einer repräsentativen Elternbefragung im April und Mai 2020. Berlin 2020.
- Brüderl, Josef/Drobnič, Sonja/Hank, Karsten/Neyer, Franz. J./Walper, Sabine/Alt, Philipp et al.:** Beziehungs- und Familienpanel (pairfam). GESIS Datenarchiv. Köln 2020.
- Fröhlich-Gildhoff, Klaus/Rönnau-Böse, Maike:** Resilienz- und Gesundheitsförderung, in: Petermann, Franz und Wiedebusch, Silvia (Hrsg.), Praxishandbuch Kindergarten. Entwicklung von Kindern verstehen und fördern. Göttingen 2017, S. 363–381.
- Fröhlich-Gildhoff, Klaus/ Rönnau-Böse, Maike:** Resilienz. München 2019.
- Huinink, Johannes/Brüderl, Josef/Nauck, Bernhard/Walper, Sabine/Castiglioni, Laura/Feldhaus, Michael:** Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics (pairfam): Conceptual framework and design, in: Zeitschrift für Familienforschung – Journal of Family Research 23 (2011), S. 77–101.
- Kaman, Anne/Otto, Christiane/Adedeji, Adekunle/Devine, Janine/Erhart, Michael/Napp, Ann-Kathrin et al.:** Belastungserleben und

- psychische Auffälligkeiten von Kindern und Jugendlichen in Hamburg während der COVID-19-Pandemie, in: *Nervenheilkunde* 40/05 (2021), S. 319–326.
- Kunze, Susann:** Stieffamilien. Beziehungsqualität und kindliche Kompetenzentwicklung. Wiesbaden 2020.
- Langmeyer, Alexandra/Guglhör-Rudan, Angelika/Naab, Thorsten/Urlen, Marc/Winklhofer, Ursula** (2020): Kindsein in Zeiten von Corona. Erste Ergebnisse zum veränderten Alltag und zum Wohlbefinden von Kindern. Deutsches Jugendinstitut. München.
- Lazarus, Richard S./Folkman, Susan:** Stress, appraisal, and coping. New York 1984.
- Marchetti, Daniela/Fontanesi, Lilybeth/Mazza, Cristina/Di Giandomenico, Serena/Roma, Paolo/Verrocchio, Maria Cristina:** Parenting-Related Exhaustion During the Italian COVID-19 Lockdown, in: *Journal of pediatric psychology* 45/10 (2020), S. 1114–1123.
- Patrick, Stephen W./Henkhaus, Laura E./Zickfoose, Joseph S./Lovell, Kim/Halvorson, Alesse/Loch, Sarah et al.:** Well-being of Parents and Children During the COVID-19 Pandemic: A National Survey, in: *Pediatrics* 146/4 (2020), e2020016824.
- Ravens-Sieberer, Ulrike/Kaman, Anne/Otto, Christiane/Adedeji, Adekunle/Devine, Janine/Erhart, Michael et al.:** Mental Health and Quality of Life in Children and Adolescents During the COVID-19 Pandemic-Results of the Copsy Study, in: *Deutsches Ärzteblatt international* 117, 48/2020, S. 828–829.
- Ravens-Sieberer, Ulrike/Kaman, Anne/Erhart, Michael/Devine, Janine/Schlack, Robert/Otto, Christiane:** Impact of the COVID-19 pandemic on quality of life and mental health in children and adolescents in Germany, in: *European child & adolescent psychiatry*, 1/2021, <https://doi.org/10.1007/s00787-021-01726-5>.
- Ravens-Sieberer, Ulrike/Kaman, Anne/Otto, Christiane/Adedeji, Adekunle/Napp, Ann-Kathrin/Becker, Marcia et al.:** Seelische Gesundheit und psychische Belastungen von Kindern und Jugendlichen in der ersten Welle der COVID-19-Pandemie – Ergebnisse der Copsy-Studie, in: *Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz*, 3/2021.
- RKI** (2021): Epidemiologischer Steckbrief zu SARS-CoV-2 und COVID-19. www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html;jsessionid=D1289676895B71D4EAA6FCE65665DC8C.internet111?nn=13490888 [Stand: 2021-07-30].
- Walper, Sabine/Sawatzki, Barbara/Alt, Philipp/Reim, Julia/Schmiedeberg, Claudia/Thönissen, Carolin/Wetzel, Martin:** The pairfam COVID-19 survey. GESIS Datenarchiv. Köln 2021.
- Weiß, Hans:** Kinder in Armut und sozialer Benachteiligung. Konsequenzen für inklusive Kindertagesstätten, in: Anke König und Ulrich Heimlich (Hrsg.), *Inklusion in Kindertageseinrichtungen. Eine Frühpädagogik der Vielfalt*. Stuttgart 2020, S. 90–117.

Jugendalltag in der Pandemie: ausgebremst, belastet und nicht gehört!

Beteiligung und Mitbestimmung von jungen Menschen als Weg aus der Krise

Anja Funcke, Sarah Menne
Mitarbeiterinnen Bertelsmann Stiftung

Antje Funcke ist Diplom-Volkswirtin und ist seit 2008 in der Bertelsmann Stiftung beschäftigt. Sie ist Senior Expert Familie und Bildung und verantwortet aktuell das Projekt „Familie und Bildung: Politik vom Kind aus denken“. Arbeitsschwerpunkte sind Kinderarmut, Familienpolitik, Bildungsungleichheit sowie die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Zuvor hat sie in der Bertelsmann Stiftung das Projekt „Folgekosten unzureichender Bildung“ geleitet.

Sarah Menne hat Internationale Volkswirtschaftslehre an der Universität Erlangen-Nürnberg studiert und dort zu Bildungsverlierern geforscht. Seit 2010 arbeitet sie bei der Bertelsmann Stiftung zu familien- und bildungspolitischen Fragestellungen, insbesondere Kinderarmut und ungleiche Bildungschancen. Aktuell verantwortet sie als Senior Project Manager das Projekt „Familie und Bildung: Politik vom Kind aus denken“.



Die Corona-Pandemie belastet junge Menschen sehr. Das zeigen die beiden Studien „Jugend und Corona“ deutlich. Die Krise offenbart zudem schon lange bestehende Defizite und Handlungsbedarfe in der Kinder- und Jugendpolitik. Diese müssen jetzt angegangen werden. Vor allem muss es auch gelingen, das Vertrauen der Jugendlichen wieder zu gewinnen. Sie selbst zu befragen, anzuhören, ernst zu nehmen und zu beteiligen, sind dabei zentrale Schritte. Denn junge Menschen wollen unsere Gesellschaft mitgestalten und Verantwortung übernehmen. Das ist auch ihr gutes Recht, das wir endlich einlösen sollten.

Das Leben junger Menschen steht schon seit eineinhalb Jahren auf dem Kopf und es droht im Zuge einer vierten Corona-Welle noch einmal ausgebremst zu werden. Corona ist damit im Leben junger Menschen kein kurzes Intermezzo mehr. Vielmehr ist ein großer Teil ihres Lebens über eine lange Zeit weggebrochen bzw. musste neu organisiert und bewältigt werden. Schule, Studium und Ausbildung laufen ganz oder zu großen Teilen online ab. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene müssen sich selbst strukturieren, organisieren und motivieren. Die digitale Ausstattung ist nach wie vor oft unzureichend und der Umgang damit häufig noch nicht durchgehend gut und hilfreich. Der gewohnte Tagesrhythmus ist oft nicht mehr da. Und ganz viel von dem, was Jugend und das Leben in diesem Alter ausmacht, ist schlicht über lange Phasen ganz weggefallen: mit Freunden Spaß haben, feiern, sich ausprobieren, von Zuhause ausziehen, reisen, sich austoben und überhaupt Pläne für die Zukunft schmieden.

Die Jugendphase ist ganz maßgeblich durch Übergänge geprägt – von der Schule ins Praktikum, ins Ausland, in Ausbildung, Studium oder den ersten Job. Besonders diese Übergangssituationen hat die Corona-Krise in vielen Fällen enorm schwierig gemacht und auch Träume zerplatzen lassen. Manche dieser Träume lassen sich nicht einfach nachholen. Die Abifeier? – Gibt es nur einmal. Das Auslandssemester? – Ist oft an feste Zeiten im Studienplan gebunden. In solchen Fällen heißt es: Aufgeschoben ist aufgehoben.

Einen Einblick, was das mit jungen Menschen gemacht hat, wie sie sich fühlen und welche Sorgen sie umtreiben, geben die beiden Online-Befragungen „Jugend und Corona“ (JuCo). Forscher:innen der Universitäten Hildesheim und Frankfurt am Main haben die Erhebungen im April und November 2020 durchgeführt (vgl. Andresen et al. 2021). Gefragt wurden junge Menschen zwischen 15 und 30 Jahren. Insgesamt 12.500 Jugendliche haben die Fragebögen ausgefüllt. Ihr durchschnittliches Alter lag bei 19 Jahren. Zudem haben sie rund 2.000 Kommentare abgegeben, in denen sie ihre eigene Sicht auf die Corona-Zeit zum Ausdruck bringen – einige davon finden sich in diesem Artikel als Zitate.

Im Folgenden werden zunächst zentrale Befunde aus den JuCo-Studien zusammenfasst und im Anschluss Ableitungen vorgenommen, was jetzt zu tun ist, damit junge Menschen trotz Corona gut aufwachsen können, die Folgen der Pandemie meistern und faire Chancen für ihre Zukunft haben. Grundlage dafür sind u. a. die Aussagen und Anmerkungen des 11-köpfigen JugendExpert:innenTeams von „Fragt uns 2.0 – Corona-Edition“ zu den JuCo-Studien.

„Ich habe das Gefühl, seit der Pandemie psychisch instabiler geworden zu sein.“

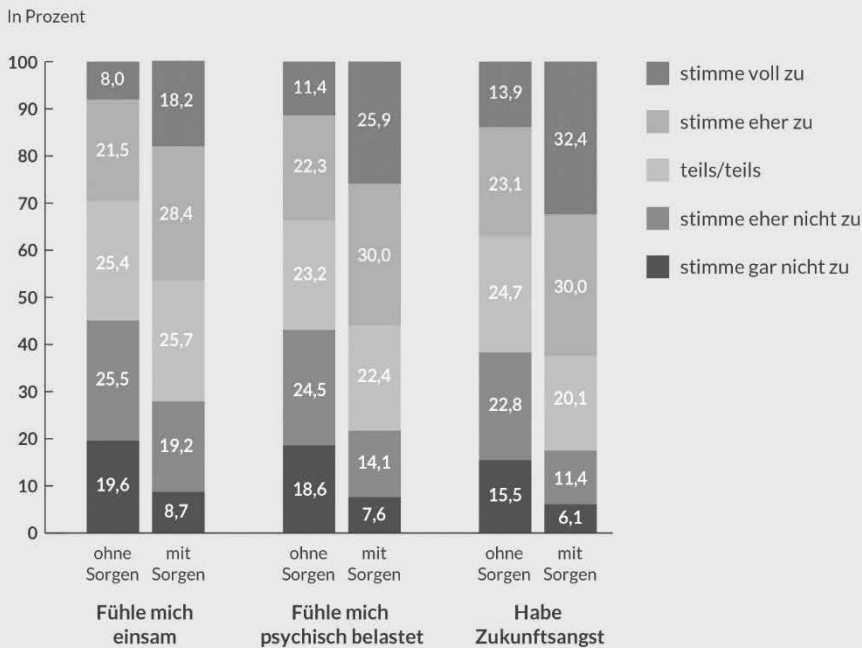
Die Corona-Pandemie hat sich nicht nur durch massive Einschränkungen in der Schule und anderen Bildungseinrichtungen in das Alltagsleben von jungen Menschen eingeschrie-

ben. Auch Freizeitaktivitäten und das Treffen mit Freund:innen waren massiv eingeschränkt. Haben vor der Krise rund 30 Prozent der Befragten an Sportangeboten teilgenommen, waren es im November 2020 nur noch 8,4 Prozent, die diese vor Ort, digital oder hybrid wahrgenommen haben. In den Bereichen Musik, Kultur, Jugendarbeit und Umwelt haben sich die Aktiven überall annähernd halbiert. Orte zum „Abhängen“ fehlten, an denen die Jugendlichen mit anderen Gleichaltrigen entspannen und gemeinsame Zeit verbringen können. 45 Prozent der Jugendlichen, die keinen Ort zum „Chillen“ haben, geben gleichzeitig an, sich

nicht wohlfühlen. Und wenig überraschend verbringen seit dem Ausbruch der Pandemie deutlich mehr junge Menschen Zeit online. Knapp 70 Prozent stimmen zu, dass sie in ihrer Freizeit mehr Zeit online verbringen als vor der Pandemie.

In der JuCo II-Befragung im November 2020 haben 64 Prozent der 15- bis 30-Jährigen angegeben, sich teilweise bis deutlich psychisch belastet zu fühlen. 61 Prozent stimmen voll bzw. zum Teil zu, dass sie sich einsam fühlen. Mehr als zwei Drittel (68,7%) haben Angst um ihre Zukunft. Vertiefende Analysen zeigen, dass sich junge Frauen dabei häufiger psychisch belastet fühlen als

ABBILDUNG 1 Einsamkeit, psychische Belastung und Zukunftsängste im Vergleich bei jungen Menschen mit und ohne finanziellen Sorgen (JuCo II)



Quelle: Andresen et al.: Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2021.

junge Männer. Zudem sind junge Menschen, die sich um ihre finanzielle Situation sorgen, nochmal stärker belastet als Jugendliche, die keine materiellen Sorgen äußern. Sie fühlen sich noch häufiger einsam, psychisch belastet und mit 82,5 Prozent äußert ein sehr hoher Anteil von ihnen Zukunftsängste (siehe Abbildung 1).

Dabei haben bei JuCo II 34 Prozent der Befragten angegeben, seit der Pandemie größere finanzielle Sorgen zu haben – vor Corona war es ein Viertel. Diese Ergebnisse deuten zum einen darauf hin, dass die soziale Ungleichheit in der Corona-Pandemie zugenommen hat – auch bei jungen Menschen. Zum anderen bestätigen die Befunde einmal mehr das aus der Armutsforschung bekannte Zusammenwirken von finanziellen Belastungen und psychischen Beeinträchtigungen. In einer beengten Wohnung ohne Rückzugsort, mit schlechtem Internet, fehlendem oder veraltetem Laptop ist die Krise ungleich schwerer zu ertragen. Bei 47 Prozent der Kinder im SGB II-Bezug ist die Wohnsituation beengt, bei 24 Prozent fehlt der PC mit Internetzugang (vgl. Bertelsmann Stiftung 2020). Beim Distanzlernen ist man da schnell außen vor. Orte zum Abhängen mit Freund:innen fehlen noch häufiger. Einsamkeit, Ängste und das Gefühl ohnmächtig zu sein, nehmen zu. Auch die Sorge um verpasste Chancen in der Bildungsteilnahme, um den Verlust des Nebenjobs und nicht gelingende Übergänge in eine Ausbildung, ein Studium oder ein Praktikum belasten diese jungen Menschen in besonders hohem Maße und tragen zu Zukunftsängsten bei.

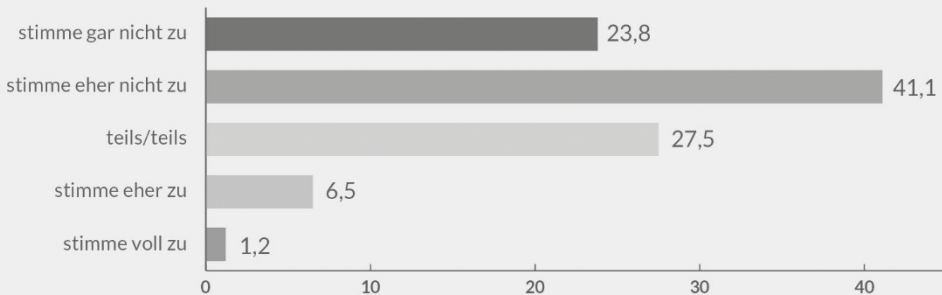
„Jugendliche werden nicht angehört und falsch porträtiert.“

Neben der hohen Belastung durch die Corona-Krise zeigen die Ergebnisse der beiden JuCo-Studien vor allem klar auf, dass sich junge Menschen nicht ausreichend von der Politik gehört fühlen. Dieser Eindruck hat sich zwischen der ersten und der zweiten Erhebung noch verschärft: In der Befragung im November haben 65 Prozent der Jugendlichen der Aussage zugestimmt, dass ihre Sorgen von der Politik nicht gehört werden – im April waren es mit 45 Prozent noch weniger als die Hälfte. Nur rund 8 Prozent finden im November, dass ihre Sorgen wahrgenommen werden (siehe Abbildung 2). Vertiefende Auswertungen weisen auch hier darauf hin, dass sich junge Menschen, die über weniger materielle Ressourcen verfügen, noch weniger durch politische Verantwortliche gesehen fühlen. Junge Menschen, die benachteiligt sind, in Armut aufwachsen, Beeinträchtigungen haben oder in schwierigen Bedingungen leben (wie junge Wohnungslose, Care-Leaver:innen oder Bewohner:innen betreuter Wohnformen) haben es in unserer Gesellschaft ungleich schwerer. In der Corona-Krise wurde zwar immer wieder über benachteiligte Kinder und Jugendliche geredet. Die Vielfalt von Benachteiligungs- und Problemlagen wurde aber kaum wahrgenommen (vgl. Andresen u. a. 2020).

Obwohl es immer öfter von Seiten der Politik hieß, dass Kinder und Jugendliche bei politischen Abwägungen und Entscheidungen an erster Stelle stehen sollen, sind diese

ABBILDUNG 2 Die Sorgen von jungen Menschen werden in der Politik gehört (JuCo II)

In gültige Prozent



Quelle: Andresen et al.: Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2021.

| BertelsmannSt

Versprechen so nicht eingehalten worden. Im November 2020 gaben entsprechend 58,3 Prozent der Befragten an, gar nicht bzw. eher nicht davon auszugehen, dass ihre Situation für Politiker:innen eine Rolle spielt.

Vielmehr fühlen sich junge Menschen im öffentlichen Diskurs auf Stereotype reduziert: Entweder tauchen sie in der medialen Darstellung als Regelbrecher:innen auf, die „Corona-Partys“ feiern. Dabei halten sich die allermeisten von ihnen an die Regeln und unterstützen sie. 61 Prozent der Befragten halten die ergriffenen Maßnahmen für völlig richtig. Ihr solidarisches Verhalten der älteren Generation gegenüber wird aber kaum gesehen bzw. wertgeschätzt. Oder sie werden fast ausschließlich auf ihre Rolle als Schüler:innen bzw. Lernende reduziert, die in erster Linie funktionieren sollen. Nach ihren Sorgen, Ängsten und Bedürfnissen werden sie nicht gefragt. Vielmehr wird vorschnell von der „Generation Corona“ gesprochen – ein weiteres Stereotyp.

„Wir werden nie gefragt, ob bzw. was für Lösungsideen wir haben oder was wir für das Beste halten oder was wir uns wünschen.“

Kinder- und Jugendbefragungen vor Corona haben bereits gezeigt, dass junge Menschen mit den Beteiligungsmöglichkeiten in unserer Gesellschaft nicht zufrieden sind, mangelnde Mitgestaltung beklagen und z. B. in der Schule mit zunehmendem Alter immer weniger den Eindruck haben, wirklich anerkannt, gehört und beteiligt zu werden (vgl. Andresen/Möller 2019; Simonson/Vogel 2017; Kantar Public 2019).

Die Ergebnisse der JuCo-Studien zeigen nun, dass dieses Gefühl in der Corona-Pandemie noch einmal gewachsen ist. Ganz offensichtlich haben sich bestehende Strukturen und Möglichkeiten der Beteiligung, die es vor Corona gab, nicht als krisenfest erwiesen. Junge Menschen hatten in der Pandemie kaum Gelegenheit, selbst Stellung zu den Coro-

na-Maßnahmen zu beziehen, die ihr Leben massiv verändern, oder auch eigene Lösungsvorschläge und Ideen einzubringen.

Die Aussage „Ich habe mich noch nie so ohnmächtig gefühlt“ aus den Kommentaren der JuCo-Befragung fasst sehr gut zusammen, was diese fehlenden Möglichkeiten der Ein-

Natürlich ist die Corona-Pandemie eine riesige Belastung für die Gesellschaft insgesamt. Sie kann aber tatsächlich auch den „Blick für die Welt öffnen“, wie es ein junger Mensch formuliert hat.

flussnahme und das Gefühl, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden wird, bei jungen Menschen bewirken. Die in den Medien und politischen Statements immer wieder auftauchenden Schlagworte einer „Generation Corona“ oder gar einer „verlorenen Ge-

neration“ verstärken diesen Eindruck der Macht- und Ausweglosigkeit noch. Auch Zukunftsängste werden dadurch befördert. Dabei sind die Folgen der Corona-Pandemie für die junge Generation keineswegs unabänderlich. Vielmehr liegt es an den Weichenstellungen, die heute getroffen werden, welche Konsequenzen die Corona-Pandemie langfristig haben wird. Und eine „Generation Corona“ darf es nicht geben – dafür haben wir Sorge zu tragen!

„Corona hat meinen Blick für die Welt geöffnet.“

Natürlich ist die Corona-Pandemie eine riesige Belastung für die Gesellschaft insgesamt. Sie kann aber tatsächlich auch den „Blick für die Welt öffnen“, wie es ein junger Mensch formuliert hat. Denn die Krise zeigt, wie eng unsere Welt vernetzt ist und

fördert die zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen und Probleme deutlich zu Tage, die unsere Gesellschaft nun dringend angehen sollte – hier und überall auf der Welt. Und diese Herausforderungen liegen nicht nur in wichtigen Bereichen wie Pflege und Gesundheitswesen oder der Digitalisierung, sondern gerade auch in der Kinder-, Jugend- und Bildungspolitik. Corona hat uns klar vor Augen geführt, dass unser Bildungssystem vielfach veraltet, unterfinanziert und nicht gut für die Zukunft gerüstet ist. Auch das Thema ungleicher Bildungs- und Teilhabechancen ist durch die Krise noch einmal mehr in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt worden. Diese Themen müssen nun ins Zentrum der Politik gestellt werden.

Junge Menschen sind Teil unserer Gesellschaft, sie sind die Zukunft und es geht um ihre Zukunft. Kinder und Jugendliche müssen nun an erster Stelle stehen. Wir sollten unseren Blick für ihre Welten weiten. Sie sind es, die die Folgen der Entscheidungen, die jetzt getroffen werden, in der Zukunft wesentlich tragen müssen. Zentral ist, dass junge Menschen dabei gehört und beteiligt werden. Es ist wichtig, ihre Sorgen – genau wie die anderer Bevölkerungsgruppen – ernst zu nehmen. Sie wollen nicht bevormundet und übergangen werden. Sie sind Expert:innen ihrer eigenen Lebenswelten und haben eigene Ideen, die sie einbringen wollen. Sie vertrauen auf Erwachsene, dass sie ihnen diese Möglichkeiten der Beteiligung und Mitgestaltung einräumen. Dieses Vertrauen darf nicht weiter verspielt werden.

„Lasst die Expert:innen ran.“

Eine grundlegende Voraussetzung für gelingende Beteiligung von jungen Menschen ist eine Änderung der Haltung bei vielen Erwachsenen. Manche Erwachsene begegnen Kindern und Jugendlichen abwertend, sie hören ihnen nicht richtig zu und trauen jungen Menschen auch nur wenig zu. Sie setzen ihr eigenes Wissen und ihre Erfahrungen über die Perspektive und das Wissen von Kindern und Jugendlichen. Sie unterstellen jungen Menschen vorschnell, dass sie nicht verstanden, worum es ginge und sie mangels Lebenserfahrung den Ernst der Lage nicht erkennen könnten. Andere Erwachsene sehen die Probleme von Kindern und Jugendlichen und wollen diese für sie lösen. Aber auch das ist eine Form der Bevormundung, die – wenn sie auch gut gemeint ist – nicht dem entspricht, was Kinder und Jugendliche sich wünschen (vgl. JugendExpert:innenTeam JuCo 2021).

Beteiligung setzt eine Haltung von Erwachsenen voraus, die die Expertise von Kindern und Jugendlichen anerkennt und wertschätzt. Erwachsene müssen Begegnungen auf Augenhöhe mit jungen Menschen ermöglichen, ihnen zuhören und zur Seite stehen. Sie sollen nicht für sie denken, gerne aber mit ihnen. Erst auf dieser Grundlage können vertrauensvolle Beziehungen aufgebaut werden, die die Basis für Wertschätzung, gegenseitige Anerkennung und Beteiligung darstellen.

Beteiligung und die dafür notwendige Haltung sind dabei keine

netten „Bonbons“ in guten Zeiten oder kleine Zugeständnisse, um Demokratie oder Mitbestimmung in kleinen Bereichen zu „üben“ (vgl. JugendExpert:innenTeam JuCo 2021). Sie müssen überall gelebt werden, um sich gerade bei schwierigen Themen und in Krisenzeiten zu bewähren. Es ist daher höchste Zeit, Möglichkeiten einer breiten Kinder- und Jugendbeteiligung auf allen Ebenen zu schaffen, mit den notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen auszustatten und diese auch strukturell und krisenfest zu verankern. Das betrifft Kitas, Schulen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Universitäten, Ausbildungsbetriebe, Vereine, Kommunen, Bundesländer und die Bundespolitik. Alibi-Angebote, bei denen die Farbe des Klassenzimmers, das Schulfest oder die Fassade des Jugendzentrums mitausgewählt oder -gestaltet werden können, kennen junge Menschen zu Genüge. Das reicht aber nicht aus. Entscheidungsträger:innen müssen in den direkten Austausch mit jungen Menschen gehen, sie aktiv und auf Augenhöhe informieren und ihnen Mitgestaltung und Verantwortungsübernahme ermöglichen. Ziel muss es dabei sein, über die Krise hinaus zu denken und bestehende Strukturen der Beteiligung auszubauen, zu verbessern bzw. neue zu schaffen.

„Fragt uns!“

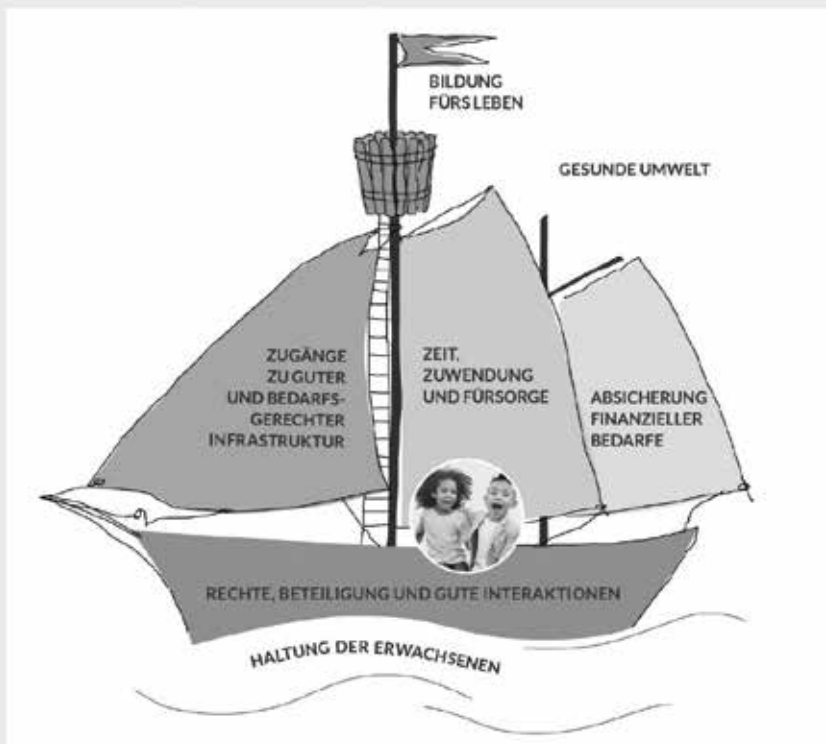
Zu einer breit angelegten Beteiligung von jungen Menschen gehört auch, dass wir mehr darüber wissen, wie es Kindern und Jugendlichen

in Deutschland geht und was sie brauchen. Es gibt bereits sehr gute Kinder- und Jugendbefragungen in Deutschland, wie die World Vision Kinderstudien, die Shell-Jugendstudien, das LBS-Kinderbarometer o.ä. Es fehlt aber eine systematische, umfängliche und regelmäßige Erhebung. Notwendig ist daher eine repräsentative und auf Dauer angelegte Bedarfserhebung für und mit Kindern und Jugendlichen.

Eine solche Bedarfserhebung muss erfassen, wie Kinder und Jugendliche

ihr Leben aktuell sehen und wahrnehmen, was aus ihrer Sicht gut läuft, sie glücklich macht und ein gutes Leben ausmacht. Aber auch Probleme, fehlende Handlungsspielräume oder schwierige Rahmenbedingungen müssen erfragt werden, damit Veränderungs- und Verbesserungswünsche sichtbar werden. Dabei ist es wichtig, dass die Bedarfserhebung möglichst alle Lebensbereiche und Bedarfe von Kindern und Jugendlichen umfasst, die in dem folgenden Boot (Abb. 3) dargestellt werden.

ABBILDUNG 3 **Das brauchen Kinder und Jugendliche**



Quelle: Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Die Bedarfserhebung schafft eine Grundlage, um die Sichtweisen von Kindern und Jugendlichen bei der Gestaltung von Politik und Gesellschaft systematisch berücksichtigen zu können. Denn die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen unterscheiden sich von Erwachsenenperspektiven und ohne Kinder und Jugendliche selbst regelmäßig und systematisch zu befragen, kann keine gute, empirisch basierte Politik für junge Menschen entwickelt werden.

Eine solche Bedarfserhebung muss von der Politik gewollt, finanziert und umgesetzt werden. Ihre Entwicklung erfordert Zeit und einen längeren Atem. Gerade die Coronapandemie sollte nun Anlass sein, Methoden zu erproben und erste Schritte hin zu einer Bedarfserhebung zu machen. Sie wäre gerade jetzt ein wichtiger Schritt, um das Recht von jungen Menschen auf Gehör und Beteiligung einzulösen. Kinder und Jugendliche könnten dabei gefragt werden, was sie in und nach der Pandemie brauchen. Maßnahmen zum Nachteilsausgleich könnten entwickelt und regelmäßig auf ihre Wirksamkeit überprüft werden.

Im Sinne echter und nachhaltiger Beteiligung muss bei der Bedarfserhebung von Anfang an sichergestellt werden, dass die Ergebnisse in politische Steuerungsprozesse einfließen. Wie für alle Ansätze wirksamer Beteiligung junger Menschen gilt das oben beschriebene: Politische Entscheidungsträger:innen müssen bereit sein, ihre Haltung gegenüber Jugendlichen zu reflektieren, ihnen zu vertrauen und etwas zuzutrauen, sie als Expert:innen ernst zu neh-

men und mit ihnen zu verhandeln. Damit geht eine Machtverschiebung zugunsten von jungen Menschen einher. Insbesondere in einer immer älter werdenden Gesellschaft haben junge Menschen das Recht diese einzufordern. Denn nochmal: Es sind die Jugendlichen von heute, die mit den Weichenstellungen, die im Jetzt getroffen werden, in Zukunft leben werden.

„Mit alten Rezepten löst man keine neuen Herausforderungen“

Strukturelle Herausforderungen wie Bildungsungleichheit und Kinderarmut, vor denen wir als Gesellschaft schon lange stehen, müssen jetzt endlich angegangen werden, damit die Folgen der Pandemie nicht zu noch mehr Ungerechtigkeit führen. Konzepte gegen Armut wie eine Kindergrundsicherung, z. B. in Form des von uns vorgeschlagenen Teilhabegelds (vgl. Werding/Pehle 2019), liegen auf dem Tisch. Sie sollten breit diskutiert, konkretisiert und zeitnah umgesetzt werden. Das erfordert ein Umdenken und einen Systemwechsel in der Familien- und Sozialpolitik. Die Krise sollte hier den letzten Ausschlag geben, solche neuen Wege nun zu beschreiten.

Aufgabe der Kinder- und Jugendpolitik ist es, allen jungen Menschen gutes Aufwachsen, Gesundheit und eine faire Chance auf Bildung und Teilhabe zu eröffnen. Daher muss gerade jetzt ein Hauptaugenmerk auf benachteiligte Kinder und Jugendliche gelegt werden. Ausreichende Ressourcen für ihre Unterstützung, notwendige Förderung, Therapien

oder Begleitung sind sicher zu stellen. Es braucht eine gute Beteiligung in individuellen Hilfeplangesprächen. Aber auch in allen anderen Beteiligungsformaten und der oben genannten Bedarfserhebung müssen benachteiligte junge Menschen berücksichtigt und ihre Bedarfe und Sorgen sichtbar gemacht werden.

Die junge Generation hat Verantwortung übernommen: Sie hat in der Pandemie ihre Solidarität allen älteren Generationen gegenüber bewiesen. Jetzt ist es an uns, auch solidarisch zu sein.

Auch Reformvorschläge zum Um- und Ausbau des Bildungssystems von der Kita über die Schulen bis hin zum Ausbildungssystem und dem Studium müssen dringend angegangen werden. Junge Menschen brauchen „Bildung fürs Leben“, die ihnen hilft,

sich die Kompetenzen anzueignen, die sie für das 21. Jahrhundert brauchen. Sie fordern Schulen, die sie begleiten, nicht bewerten bzw. unter Druck setzen und die auch soziale Lern- und Lebensorte für sie sind. Sie wünschen sich Lehrer:innen, die ihr Wohlbefinden im Blick behalten, die sie einbeziehen und ernst nehmen (vgl. JugendExpert:innenTeam JuCo 2021).

Die Corona-Pandemie und das Distanzlernen haben gezeigt, was für Bildung, das Wohlbefinden und den Schutz junger Menschen wichtig ist: Soziale Begegnungen, Beziehungsarbeit und Erwachsene, die für Kinder und Jugendliche ansprechbar sind. Ausreichendes und sehr gut qualifiziertes Personal ist daher die Grundvoraussetzung für gelingende Bildungsprozesse. Notwendig ist eine Ausbildungsoffensive, um mehr Pädagog:innen zu gewinnen.

Darüber hinaus braucht es einen verstärkten Fokus auf Fort- und Weiterbildung. Neue, auf das einzelne Kind zugeschnittene, individuelle und inklusive Unterrichtsformen müssen den Schulalltag so verändern, dass Lernen nachhaltig wird. Auch Möglichkeiten und Chancen der Digitalisierung sollten dabei selbstverständlich ausgelotet und genutzt werden, dabei sollten natürlich auch Kinder und Jugendliche zu ihrer Meinung befragt werden (vgl. Dräger 2021).

Kinder und Jugendliche sind verschieden, sie bringen unterschiedliche Voraussetzungen und Umfeldler und damit auch Anforderungen mit. Von inklusivem Unterricht könnten alle profitieren. Das erfordert multiprofessionelle Teams aus Lehrer:innen, Sonderpädagog:innen, Schulpsycholog:innen, Erzieher:innen und Sozialarbeiter:innen, die jedes einzelne Kind – ob hochbegabt, arm, mit Beeinträchtigungen oder schwierigen Situationen Zuhause – im Blick haben. Das setzt ein kultur- und armutssensibles Reflektieren und Handeln in diesen Teams voraus.

Auch die Chancen, die der Ausbau des Ganztags für das Bildungssystem mit sich bringt, sollten genutzt werden. Ganztagschule könnte bedeuten, dass unterschiedliche Formen des Lernens über den Tag verteilt werden. Schüler:innen müssen dabei in die Gestaltung der Ganztagschule einbezogen werden. Was brauchen sie, was wünschen sie sich, wenn Schule mitunter noch mehr Raum und Zeit als ohnehin schon in ihrem Leben einnimmt? Klassische Unterrichtszeiten könnten sich mit selbstbestimmten Phasen des Erholens, Spielens,

Sport und vielfältigen sozio-kulturellen Aktivitäten abwechseln. Die Übergänge zwischen schulischen und außerschulischen Bildungsangeboten würden dann fließender werden.

„Mit dem Virus kann man nicht verhandeln, mit uns schon.“

Das geben uns die Jugendlichen aus dem JugendExpert:innenTeam in „Fragt uns 2.0 – Corona-Edition“ mit auf den Weg. Wir sollten sie beim Wort nehmen und sie endlich selbst fragen, was sie brauchen, um durch die aktuell herausfordernde Zeit zu kommen, aber auch wie sie in Zukunft leben wollen und was ihnen Sorgen bereitet. Die junge Generation hat bereits Verantwortung übernommen und ist in Vorleistung gegangen: Sie hat in der Pandemie ihre Solidarität allen älteren Generationen gegenüber bewiesen. Jetzt ist es an uns, auch solidarisch zu sein und ein Zukunftsprogramm für und mit jungen Menschen auf den Weg zu bringen, das ihnen trotz Corona gutes Aufwachsen, Bildung und Teilhabe ermöglicht. Darauf haben Kinder und Jugendliche ein Recht und sie vertrauen darauf, dass wir es endlich einlösen. Dieses Vertrauen sollten wir nicht enttäuschen.

Literaturangaben

- Andresen, Sabine/Heyer, Lea/Lips, Anna/Rusack, Tanja/Schröder, Wolfgang/Thomas, Severine/Wilmes, Johanna:** Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie. Erfahrungen. Sorgen. Bedarfe. Gütersloh 2021. www.bertelsmann-stiftung.de/junge-menschen-corona [Stand: 2021-08-09].
- Andresen, Sabine/Lips, Anna/Rusack, Tanja/Schröder, Wolfgang/Thomas, Severine/Wilmes, Johanna Wilmes:** Nachteile von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausgleichen. Politische Überlegungen im Anschluss an die Studien JuCo und KiCo. Hildesheim 2020.
- Andresen, Sabine/Möller, Renate:** Children's Worlds+ (Gesamtauswertung). Eine Studie zu Bedarfen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Gütersloh 2019. www.bertelsmann-stiftung.de/cwplus-gesamtauswertung [Stand: 2021-08-09].
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.):** Factsheet Kinderarmut in Deutschland. Gütersloh 2020. www.bertelsmann-stiftung.de/factsheet-kinderarmut [Stand: 2021-08-09].
- Dräger, Jörg:** Schluss mit dem Dachsbau-Prinzip! 2021. www.jmwiarda.de/2021/02/22/schluss-mit-dem-dachsbau-prinzip/ [Stand: 2021-08-09].
- JugendExpert:innenTeam JuCo:** „Fragt uns 2.0“ Corona-Edition – Anmerkungen von jugendlichen Expert:innen zum Leben von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie. Gütersloh 2021. www.bertelsmann-stiftung.de/fragt-uns-corona [Stand: 2021-08-09].
- Kantar Public:** Generation Z. Eine Studie von Kantar, Public Division, im Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (BPA). Berlin 2019.
- Simonson, Julia/Vogel, Claudia:** Politische Partizipation: Unterschriftenaktionen, Demonstrationen, Bürgerinitiativen und politische Ämter, in: Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Wiesbaden 2017, S. 199-216.
- Werding, Martin/Pehle, Sebastian:** Das Teilhabegeld für Kinder und Jugendliche. Gestaltungsoptionen und Modellvarianten. Gütersloh 2019. www.bertelsmann-stiftung.de/teilhabegeld-modellrechnungen [Stand: 2021-08-09].

Verlorenes Vertrauen und Corona als Brennglas

Die Gründung der Initiative „Familien in der Krise“: eine Innenansicht

Helen Zeidler

Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich VWL



Helen Zeidler (33) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für VWL, insbesondere Mikroökonomie an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Sie lebt mit ihrem Partner, der ebenfalls als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig ist, und ihren zwei Kindern (1 und 3 Jahre alt) in Augsburg. Beide arbeiten voll und sind auf eine gute Ganztagsbetreuung für ihre Kinder angewiesen. Für ihr ehrenamtliches Engagement im Rahmen der Initiative „Familien in der Krise“ erhielt Zeidler 2020 den Transferpreis der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.

Die Wissenschaftlerin und Mutter Helen Zeidler hat während der Corona-Pandemie gemeinsam mit Eltern unterschiedlichster Professionen ehrenamtlich die Initiative „Familien in der Krise“ mitgegründet. Was sie dazu bewegt hat, erzählt Sie hier in einer Innenansicht.

Ich habe mir während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 jeden Tag die mediale Berichterstattung angehört und war fassungslos. Die Bedürfnisse von Kindern und deren Familien spielten darin überhaupt keine Rolle; die damalige Bundesfamilienministerin Franziska Giffey war nicht einmal Teil des Corona-Krisenstabs der Regierung. Es wurde nach dem ersten Lockdown vieles wieder erlaubt: Baumarkt, Fitnessstudio, Biergarten; Büros waren ohnehin nie geschlossen. Schule (in Präsenz) und

KiTa jedoch sollten für den allergrößten Teil der Kinder in Bayern für fast vier Monate im ersten Lockdown und auch in den folgenden Lockdowns nicht möglich sein. Und auch in Nicht-Lockdown-Zeiten waren KiTas und Schulen 2020 und 2021 nicht wie gewohnt geöffnet. Wurde eine Schwellen-Inzidenz überschritten, wurden Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zuverlässig als erstes in ihrem Betrieb eingeschränkt. Kinder wurden – zu Unrecht – als Super-Spreader von SARS-CoV-2

stigmatisiert und waren zeitweise unerwünscht im öffentlichen Raum. Die Begründung: Da (vor allem) kleinere Kinder nicht gut Abstands- und Hygieneregeln einhalten können, können sie am gesellschaftlichen Leben nicht mehr teilhaben.

Ich empfinde diese Argumentation als moralisch verwerflich, denn sie spricht Kindern ihr Recht ab, Kind sein zu dürfen. Nicht nur wir Eltern, vielmehr die ganze Gesellschaft profitiert von unseren Kindern: Ohne unsere Kinder und die Kinder nachfolgender Generationen gibt es keinerlei Existenz-Perspektive für diese Gesellschaft. Kinder sind also nicht nur systemrelevant, sie sind zukunftsrelevant für dieses Land. Ihr gesundes und kindgerechtes Aufwachsen sollte somit das allerhöchste Gut sein. Erwachsene müssen sich so stark wie möglich einschränken, damit Kinder so frei wie möglich – auch in Pandemiezeiten – aufwachsen können.

Um die Folgen des Lockdowns für Kinder und Jugendliche aufzuarbeiten, führt die Kinderkommission des Bundestages (KiKo) seit September 2020 eine Reihe von Expert:innen-Gesprächen. Claudia Kittel, Leiterin der Monitoring-Stelle zur UN-Kinderrechtskonvention beim Deutschen Institut für Menschenrechte, betonte in der Sitzung am 9. September 2020: Kinderrechte hätten zu Beginn der Pandemie zunächst „überhaupt keine Rolle gespielt. Kinder waren offenbar nicht systemrelevant.“ Im Bericht der KiKo heißt es weiter: „In ihren Bericht an den UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes werde sie [Kittel, Anm. HZ] schreiben, dass es in Deutschland nicht gelungen sei,

die völkerrechtlich verbrieften Beteiligungsrechte der Kinder zu gewährleisten.“ Der Kindheitswissenschaftler Michael Klundt sagte in derselben Sitzung, dass Bund und Länder ihrer Pflicht zum Schutz und zur Fürsorge von 13 Millionen Kindern in Deutschland nicht nachgekommen seien und Kinder „wie Objekte“ behandelt haben. Aus dem Schutz für Kinder sei sogar ein „Schutz vor Kindern“ gemacht worden.

Die Pandemie über KiTa- und Schulschließungen „besiegen“: Dies ist ein augenscheinlich einfacher Weg, denn Kinder und Familien haben keine große Lobby in diesem Land; und KiTa- und Schulschließungen kosten direkt erstmal nichts. Gleichzeitig ist es ein Weg mit extrem negativen und langfristigen Konsequenzen: Erste Studien zeigen bereits die enormen physischen und psychischen Belastungen, denen Kinder und Jugendliche ausgesetzt sind und an denen sie leiden. So nahmen der Copsy Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf zu Folge psychische Auffälligkeiten und depressive Symptome zu, leiden Kinder an Bewegungsmangel und Übergewicht und klagten mehr über psychosomatische Beschwerden wie Kopfweg und Bauchschmerzen. Besonders betroffen sind Kinder aus benachteiligten Verhältnissen (vgl. Ravens-Sieberer et al. 2021). Gleichzeitig nahm 2020 die Gewalt gegen Kinder um zehn Prozent massiv zu (vgl. BKA 2021). Schulen und Kitas

Erste Studien zeigen bereits die enormen physischen und psychischen Belastungen, denen Kinder und Jugendliche ausgesetzt sind. Besonders betroffen sind Kinder aus benachteiligten Verhältnissen.

fielen als Meldeinstanzen bei Anzeichen und Warnsignalen weg, Kontakte zu Sozialarbeiter:innen brachen teilweise ganz ab.

Die Organisation des Distanzunterrichts lief selbst 2021 nicht gut. So gaben in einer repräsentativen Studie des Ifo-Instituts 39 Prozent der Eltern an, dass ihre Kinder nur maximal einmal pro Woche Videounterricht hatten. Der Schulalltag für diese Kinder war somit fast ausschließlich geprägt vom eigenständigen Erarbeiten des Unterrichtsstoffes zu Hause. Nun ist der Zusammenhang zwischen Bildung und späterem Einkommen gut erforscht:

So erhöht jedes Schuljahr zusätzlichen Lernens das spätere Lebenseinkommen um ca. 10 Prozent (vgl. Wößmann 2020). Zusätzliche Bildungsjahre gehen zudem mit geringerer Arbeitslosigkeit einher.

Auch werden von Corona-bedingten Schulschließungen vor allem Schüler:innen aus benachteiligten Verhältnissen betroffen sein. Denn Deutschland ist nach wie vor auch aufgrund seines Bildungssystems ein Land, in dem der sozioökonomische Status der Kinder stark abhängt vom Status der Eltern. Ein entscheidender Kanal dabei ist die Schulwahl: Kinder aus besseren Verhältnissen besuchen bessere Schulen (vgl. OECD 2018: 269). Und es ist davon auszugehen, dass bessere Schulen auch besser mit Krisensituationen umgehen können. Das Schließen von Bildungseinrichtungen ist also extrem teuer – mit nicht absehbaren negativen Folgen für diese Gesellschaft.

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Schließung von Schulen und KiTas nur das letzte Mittel sein darf und Maßnahmen zur Pandemie-Eindämmung zuerst bei Erwachsenen ansetzen müssen.

Zusammen mit Mitstreiter:innen habe ich im Frühjahr 2020 die Initiative „Familien in der Krise“ gegründet, um mich für Kinder und Familien in Corona-Zeiten (und darüber hinaus) zu engagieren. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass eine Schließung von Schulen und KiTas nur das allerletzte Mittel sein darf, Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie zuerst bei Erwachsenen ansetzen müssen und Infektionsschutz unbedingt kindgerecht sein muss. Uns verbindet das Ziel aus Deutschland endlich ein kinder- und familienfreundliches Land zu machen, in dem die Interessen der Kleinsten genauso viel wiegen wie die Interessen anderer, wahlberechtigter Gesellschaftsgruppen. Wir haben zunächst damit begonnen, Engagierte auf Bundesland-Ebene zu organisieren und über die sozialen Medien weitere Mitstreiter:innen zu finden. Wir haben Corona-konforme Demos durchgeführt, auf denen wir als Familien mit unseren Kindern zusammen mit Politiker:innen aller demokratischen Parteien und unter Berichterstattung der Medien auf dieses Thema aufmerksam gemacht haben. Dafür haben wir uns durch sehr viel Arbeit Kontakte zu Medien und Politiker:innen aufgebaut. Wir haben uns mit Expert:innen aus den unterschiedlichsten wissenschaftlichen Bereichen vernetzt und ausgetauscht, offene Briefe und Stellungnahmen gemeinsam verfasst, haben eigene Forderungen für einen kindgerechten und kinderorientierten Umgang in und mit der Pandemie formuliert und alles auf einer Website gebündelt. Bald wurden wir selbst von Medien kontak-

tiert und um Stellungnahmen und Einschätzungen gebeten. Wir wurden eingeladen von Politiker:innen auf Bundes- und Landesebene, von Bildungsminister:innen, von Talkshows und Nachrichtenformaten. Unserem Selbstverständnis nach sind wir eine Initiative von Familien für Familien, denn wir sind die Expert:innen für unsere eigenen Familien-Situationen. Als solche wurden wir auch bei der Kinderkommission des Deutschen Bundestags angehört. Alle Mitstreiter:innen haben ihre Fähigkeiten in diese Initiative eingebracht – ob als Pädagog:in, Wissenschaftler:in oder Lehrer:in. Wir arbeiten überparteilich und stehen im Kontakt mit allen demokratischen Parteien. Da das Arbeitspensum extrem hoch war, haben wir die Kräfte mittlerweile gebündelt und uns mit der Initiative „Kinder brauchen Kinder“ zu dem Verein „Initiative Familie“ zusammengeschlossen.¹

Und für den gibt es auch „nach Corona“ viel zu tun. Mein Vertrauen in die deutsche Familien- und Bildungspolitik ist nämlich bereits vor der Pandemie erheblich erschüttert gewesen. Zur Freude über die Familiengründung mischten sich erhebliche Ängste. Denn ab diesem Zeitpunkt begannen die vielen Kämpfe um teils sehr knappe Ressourcen: Seien es Hebammen und Kreissaalplätze in einer chronisch unterfinan-

zierten und teils handlungsunfähig gesparten Gesundheitsversorgung oder KiTa-Plätze.

Im Jahr 2020 fehlten allein für die unter Dreijährigen in Deutschland 342.300 KiTa-Plätze. Neben einer steigenden Nachfrage durch Eltern ist ein Hauptgrund für diesen Mangel, dass es nicht genügend Erzieher:innen und Kinderpfleger:innen gibt. Wenn man sich die Konditionen für den Beruf einmal anschaut, ahnt man, warum²: Erst seit 2016 wird in Bayern in einem Modellversuch überhaupt eine Erzieher:innen-Ausbildung angeboten, in der die Praxis in die theoretische Ausbildung integriert ist und die somit von Anfang an vergütet

ist. Die bis heute klassische vollzeitschulische Erzieher:innen-Ausbildung dauert drei Jahre und wird erst im dritten Jahr mit 1400 Euro brutto monatlich bei 30-40 Stunden Wochenarbeitszeit vergütet. Um dafür zugelassen zu werden, müssen die Bewerber:innen entweder einen mittleren Schulabschluss und eine abgeschlossene pädagogische Erstausbildung besitzen oder die Fachhochschulreife haben. Bei der Ausbildung handelt es sich um eine Aufstiegsfortbildung, die einem Meisterabschluss gleichgestellt und daher auch wie ein Bachelorabschluss an einer Hochschule zu bewerten ist. Nach der Ausbildung starten Erzieher:innen mit einem Gehalt von ca. 1.800 Euro netto, wenn sie Vollzeit in Steuerklasse 1 arbeiten.

Da das Arbeitspensum extrem hoch war, haben wir unsere Kräfte mittlerweile gebündelt und uns mit der Initiative „Kinder brauchen Kinder“ zu dem Verein „Initiative Familie“ zusammengeschlossen.

¹ Mehr Informationen dazu unter <https://www.initiativefamilien.de/>

² Die Informationen sind den Portalen erzieherin-ausbildung.de, ausbildung.de und vom STMAS entnommen.

In bundesweit sehr vielen Kommunen ist die Betreuungssituation weder gut noch kindgerecht. So stand für 74 Prozent der KiTa-Kinder in Deutschland nicht genügend Fachpersonal zur Verfügung.

Da verwundert es nicht, dass in Bayern nur 49 Prozent des KiTa-Personals als Erzieher:innen ausgebildet sind. Dieser Anteil, so die Bertelsmann Stiftung, die in einem Ländermonitoring diese Qualitätsindikatoren 2020 veröffentlicht hat, ist in keinem anderen Bundesland geringer. Auch 65 Prozent der KiTa-Gruppen sind in Bayern zu groß: Im

Durchschnitt kommen 3,7 Krippen-Kinder zwischen 1 und 3 Jahren auf eine einzige Fachkraft. Im Kindergarten liegt der gesetzlich vorgeschriebene Schlüssel bei 11 Kindern zu 1 Erzieher:in. Bayern ist dabei keinesfalls die Ausnahme, sondern eher die Regel: In bundesweit sehr vielen Kommunen ist die Betreuungssituation weder gut noch kindgerecht. So stand für 74 Prozent der KiTa-Kinder in Deutschland nicht genügend Fachpersonal zur Verfügung. Das vorhandene Fachpersonal ist natürlich auch mal im Urlaub oder krank oder in Weiterbildung oder muss zusätzlich administrative Aufgaben bewältigen. Deswegen ist die reale Personalsituation vor Ort oft noch angespannter.

Laut der Bertelsmann Stiftung können viele KiTas in Deutschland ihren Bildungsauftrag nicht oder nur eingeschränkt umsetzen. Natürlich gibt es, zumindest in größeren Städten, auch Angebote von privaten Einrichtungen, die eine qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung (auch mit den gerade genannten Widrigkeiten) anbieten. Doch die muss sich eine

Familie erstmal leisten können. Pro Kind zahlt man nicht selten 600 Euro oder mehr. Natürlich kann man auch Glück haben und einen KiTa-Platz in einer günstigeren und trotzdem guten Einrichtung erhalten. Mit Glück und somit dem Zufall kann und will ich mich als Elternteil im Jahr 2021 jedoch nicht mehr zufriedengeben.

Wenn meine Kinder das Schulalter erreichen, geht der Kampf wohl in eine nächste Runde. Denn auch im Schulsystem herrscht ein unglaublicher Mangel an Lehrer:innen, vor allem für die MINT-Fächer. Folge des Lehrer:innen-Mangels sind Unterrichtsausfälle und eine sinkende Bildungsqualität. Auch hier hat die Corona-Pandemie wie ein Brennglas gewirkt und verdeutlicht: Viele Schulen sind unglaublich schlecht mit modernen Arbeitsmitteln wie Internet und Computer ausgestattet, Klassen sind zu groß, Lehrpläne zu voll und verstaubt, Lehrer:innen werden nicht systematisch und ausreichend weitergebildet, eine individuelle Förderung von Schüler:innen ist im System nicht vorgesehen. Es hängt wiederum von einzelnen Schulen und Lehrer:innen ab, ob der (digitale) Unterricht funktioniert oder nicht. Und es hing zu stark vom Hintergrund der Eltern ab, ob Kinder in den vergangenen eineinhalb Jahre etwas gelernt haben oder nicht.

Viele Familien sind mit der Familien- und Bildungspolitik seit Beginn der Corona-Pandemie zunehmend unzufrieden. Viele Familien waren dies auch schon vor Corona. Doch was muss geschehen, damit Familien wieder vertrauen schöpfen können in dieses System? Vorschläge, welche

Maßnahmen Pandemie-bedingt getroffen werden sollten, und wie kindgerechter Infektionsschutz aussehen kann, können Sie beispielsweise auf der Webseite der „Initiative Familien“ nachlesen (vgl. Initiative Familien 2021). Mittelfristig kann Vertrauen meiner Meinung nach nur mit einer Neuausrichtung der Bildungs- und Betreuungspolitik in Deutschland zurückgewonnen werden. Dazu gehört vor allem und unbedingt, dass die Bildungs- und Familienpolitik ins Zentrum allen Handelns rückt. Ohne unsere Kinder und Kindeskindern gibt es keinerlei Existenz-Perspektive für diese Gesellschaft – diese Erkenntnis muss sich endlich in politischen Prioritäten widerspiegeln. Ausdruck einer Prioritätensetzung sind: Ressourcen. Und zwar jede Menge davon: Geld für mehr Personal, bessere Standards, bessere Ausstattung. Die Lufthansa allein bekommt ein 9 Milliarden-Corona-Rettungspaket, das Corona-Aufholpaket der Bildungsministerin für alle Kinder in Deutschland umfasst 2 Milliarden.

In den letzten Jahren wurden Fortschritte gemacht, aber diese Schritte kamen zu langsam und waren nicht ausreichend. Die Politik des Löcherstopfens kam immer ein paar Schritte zu spät, hatte keine Vision und setzte Reformen nur halbherzig um (Beispiel DigitalPakt Schule und Gute-KiTa-Gesetz). Wir brauchen weniger Länderhoheiten und weniger Bürokratie, damit Innovationen im Schulbetrieb flexibler und schneller umgesetzt werden können. Zudem müsste die Lehrer:innen-Ausbildung grundsätzlich neu gedacht werden. Wir brauchen eine Vision: Wie wün-

schen wir uns Bildung im 21. Jahrhundert?

Die Corona-Pandemie hat die Schwachstellen im System aufgedeckt. Nun sollte man diese ungewollte Offenbarung als riesige Chance begreifen und endlich massiv in strukturelle Veränderungen investieren. Qualitativ schlechte oder keine Bildung wird für zukünftige Generationen in jedem Fall teurer sein als heutige Investitionen. Dabei gibt es sehr vereinzelt bereits Schulen, die bestehende Strukturen aufgehoben und neu interpretiert haben: Lehrer:innen werden zu Lernbegleiter:innen, die Schüler:innen kein Wissen im klassischem Sinne vermitteln, sondern sie unterstützen, sich Kompetenzen und Wissen selbst anzueignen (vgl. ZDF 2021). Diese Schulen sollten nicht länger Leuchtturm-Projekte bleiben. Die Gehälter des pädagogischen Personals in KiTas und Horten müssen so massiv erhöht werden, dass es attraktiv wird, sich für diesen Beruf zu entscheiden. Auch hier wird uns ein Nicht-Handeln zukünftig viel mehr kosten als jetzt massiv zu investieren.

Ich bin zudem eine Verfechterin des Familienwahlrechts, damit Kinder und Familien mehr Einfluss in einer alternden Gesellschaft erhalten. Auch eine Absenkung des Wahlalters auf 16 oder sogar 14 Jahre sehe ich als eine sehr effektive Maßnahme, um Bildungs- und Familienpolitik ins Zentrum zu rücken und endlich einen politischen Wettbewerb um die Stim-

Die Corona-Pandemie hat die Schwachstellen im System aufgedeckt. Nun sollte man diese ungewollte Offenbarung als riesige Chance begreifen und endlich massiv in strukturelle Veränderungen investieren.

men von Kindern, Jugendlichen und Familien zu entfachen. Zuletzt und unbedingt braucht es mehr Diversität in der Politik. Hätte die Corona-Politik auch so ausgesehen, wenn mehr Frauen mit (kleinen) Kindern in politischen Ämtern vertreten wären? Dafür muss der Einstieg in politisches Engagement niedrigschwelliger erfolgen. Einige Kommunen machen es vor und gründen Bürger:innen-Räte, in denen Bürger:innen ihre Ideen vorstellen und mit Politiker:innen diskutieren. Solche Konzepte sollten flächendeckend etabliert werden.

Literaturangaben

Bertelsmann Stiftung: Schlechte Rahmenbedingungen erschweren die Bildungsarbeit der Kitas. Pressemitteilung vom 25.8.2020. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2020/august/schlechte-rahmenbedingungen-erschweren-die-bildungsarbeit-der-kitas>.

Bundeskriminalamt (BKA): Vorstellung der Zahlen kindlicher Gewaltopfer – Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik 2020. Pressemitteilung vom 26.5.2021. https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilun-

[gen/2021/Presse2021/210526_pmkindgewaltopfer.html](https://www.bka.de/DE/Presse/2021/Presse2021/210526_pmkindgewaltopfer.html).

Initiative Familien: Kinder und Familien in der Corona Pandemie. <https://www.initiativefamilien.de/unsere-themen/kinder-und-familien-in-der-corona-pandemie/>

OECD: A Broken Social Elevator? How to Promote Social Mobility. Paris 2018. <https://doi.org/10.1787/9789264301085-en>.

Ravens-Sieberer, Ulrike/Kaman, Anne/Erhart, Michael/Devine, Janine/Hölling, Heike/Schlack, Robert/Löffler, Constanze/Hurrelmann, Klaus/Otto, Christiane: Quality of Life and Mental Health in Children and Adolescents during the First Year of the COVID-19 Pandemic: Results of a Two-Wave Nationwide Population-Based Study, in: SSRN vom 10.3.2021. <https://ssrn.com/abstract=3798710>.

Wößmann, Ludger: Folgekosten ausbleibenden Lernens: Was wir über die Corona-bedingten Schulschließungen aus der Forschung lernen können, in: Ifo Schnelldienst, 73, 6 (2020), S. 38-44. <https://www.ifo.de/en/publikationen/2020/article-journal/follow-costs-not-learning-what-we-can-learn-research-coronavirus>.

ZDF/plan b: Zwischen Wald und WLAN. Revolution im Klassenzimmer. Dokumentation vom 21.1.2021. <https://www.zdf.de/gesellschaft/plan-b/plan-b-zwischen-wald-und-wlan-100.html>

AUS DEN FAMILIEN- WISSENSCHAFTEN

Schöne neue Familie – Elternsein in Deutschland

Zusammenfassung des neunten Familienberichts

Prof. em. Dr. Bernhard Sutor
Ehrendirektor des ZFG



Prof. em. Dr. Bernhard Sutor erhielt 1978 den Ruf auf den Lehrstuhl für Didaktik der Politischen Bildung und Sozialkunde an der Geschichts- und Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Katholischen Universität Eichstätt. 1985 wurde sein Lehrstuhl um Sozialethik erweitert. 2005 bis 2008 leitete Sutor ebenfalls an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt das Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft (ZFG). Ehrenamtlich engagierte er sich in verschiedenen Gremien und Institutionen des kirchlichen Lebens, wie beispielsweise von 1986 bis 1994 als Eichstätter Diözesanratsvorsitzender und von 1993 bis 2001 als Vorsitzender des Landeskomitees der Katholiken in Bayern.

Der neunte Familienbericht der Bundesregierung stellt die Eltern in den Mittelpunkt. Er beruht auf Befragungen, auf deren Grundlage die Sachverständigenkommission eine Vielfalt von Empfehlungen vorgelegt hat. Der hier vorliegende Text fasst diese zusammen. Er setzt die Schwerpunkte: Ausreichend Zeit für Familie, unbürokratische Geldleistungen, gute Infrastruktur von Hilfseinrichtungen; all das mit dem Ziel, für beide Partner eine existenzsichernde Erwerbsarbeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. So umschreibt Familienministerin Giffey

im Vorwort zugleich die derzeitige Familienpolitik.

Im Bericht werden die Maßnahmen, die die Kommission unter diesen Prämissen für nötig hält, in acht Kapiteln dargestellt und begründet. In einem neunten in Empfehlungen zusammengefasst. Es würde zu weit führen, die Aussagen der Teilkapitel zu referieren. Ich beschränke mich auf die wichtigsten Empfehlungen, die im Text unter sieben Schwerpunkten formuliert werden.

Erstens zur Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität von Familien: Förderung der Erwerbstätigkeit; Zeit für Mütter; eine Kindergrundsiche-

rung; die familienbezogene Infrastruktur ausbauen.

Zweitens zur Stärkung egalitärer Arbeitsteilung: das Ehegattensplitting abbauen; das Elterngeld weiterentwickeln und dynamisieren; Homeoffice familienfreundlich gestalten.

Drittens zur Förderung von Bildungsgerechtigkeit: Ganztagsangebote und Ganztagschulen ausbauen; multiprofessionelle Teams an Schulen einsetzen, entsprechend Fachkräfte ausbilden.

Viertens zur Stärkung von Verantwortungspartnerschaften in Familien: Familienbildung stärken und in der Jugendhilfe verankern; Kitas, Schulen und Eltern zur Kooperation in Bildung und Beratung in Familienzentren zusammenführen; die bestehenden frühen Hilfen zu Netzwerken auf spätere Familienphasen ausdehnen.

Fünftens zur Stärkung der Teilhabe in der Migrationsgesellschaft: Familiennachzug für Migranten erleichtern; Sprach- und Integrationskurse sowie bezahlte Berufspraktika ausbauen; mehrsprachige Fachkräfte in begleitender Elternarbeit einsetzen.

Sechstens zur Erleichterung der vielfältigen Formen von Familiengründung und Familienleben im Recht: den rechtlichen Rahmen für faktische Lebensgemeinschaften mit Kindern schaffen einschließlich gemeinsamen Sorgerechts: geteilte Betreuung nach Trennung und Scheidung ermöglichen, ein diskriminierungsfreies Reproduktionsmediengesetz einschließlich Leihmutterschaft erlassen und soziale Elternschaft rechtlich absichern.

Siebtens zur Stärkung der Wissensbasis für eine sozialinvestive Familienpolitik: Forschung stärken über Familienrecht und Familienhilfe einschließlich der Qualifikation entsprechender Fachkräfte; die Vielfalt der Familienformen statistisch erfassen.

Meine ausführliche Auflistung der Empfehlungen zeigt: die Fachwissenschaftler, drei Soziologen, zwei Wirtschaftswissenschaftler, eine Rechtswissenschaftlerin, eine Pädagogin, haben an alles gedacht. Man darf fragen: Wo bleiben andere Aspekte und Frageweisen; wo bleibt z. B. so etwas wie Sozialethik oder gar Theologie? Der Mainstream heutiger Familienwissenschaft und Familienpolitik kennt deren Fragen nicht mehr. Familie wird zum Objekt der Untersuchung von Defiziten und gut gemeinter Betreuung, die im Erfolgsfall durchaus zu mehr Eigenverantwortung von Eltern und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben führen mag. Aber man muss doch fragen, ob der Gesamtansatz stimmt. Dazu einige kritische Fragen:

Zunächst stellt sich natürlich die Frage nach der Finanzierung der vielen Maßnahmen, noch drängender nach dem Fachpersonal, das dann nötig, aber nicht vorhanden ist. Fachkräfte fehlen heute und künftig noch stärker auf allen Gebieten. Man setzt starke Anreize, möglichst alle Eltern in Erwerbsarbeit zu bringen, braucht dann aber mehr und mehr Personal und Einrichtungen zum Ersatz dessen, was die herkömmliche Familie aus sich leistete. Das vor

Zunächst stellt sich die Frage nach der Finanzierung, noch drängender nach dem Fachpersonal, das nötig, aber nicht vorhanden ist. Fachkräfte fehlen heute und künftig noch stärker auf allen Gebieten.

noch nicht allzu langer Zeit propagierte Ziel der Wahlfreiheit zwischen Familien- und Erwerbsarbeit gilt nicht mehr. Es hätte eine andere Ausrichtung und Ausstattung der Transferzahlungen an Familien und der Rentenversicherung erfordert. Die Politik ging andere Wege, mit ökonomisch-soziologischen Begründungen. Wie haltbar sind sie?

Aus dem Bericht selbst geht hervor, dass in 2019 immerhin noch 70 Prozent der Eltern mit minderjährigen Kindern Ehepaare sind, also der tradierten Form der Ehegattenfamilie

Wenn man von den Prämissen des Berichts ausgeht, sind Empfehlungen durchweg einsichtig; wobei man es doch als Mangel empfindet, dass die Adressaten kaum in die Pflicht genommen werden.

folgen. Der Bericht setzt den Akzent aber auf Diversität und Vielfalt und will sie offensichtlich gezielt gefördert sehen. Stellenweise hat man den Eindruck, er lasse sich von der Parole leiten: anything goes. Was ist eigentlich von dem in Art. 6 Grundgesetz normierten Schutz der Institution Ehe geworden? Der Rest, den es davon noch gibt, das Ehegattensplitting, soll nach dem Willen der Kommission verschwinden, weil es „falsche Anreize“ gegen Erwerbsarbeit der Frau setze. Aber für jedes Wirtschaftsunternehmen, das von zwei Personen geführt wird, gilt im Steuerrecht die Splittingregel.

Wenn man von den Prämissen des Berichts ausgeht, sind Empfehlungen durchweg einsichtig; wobei man es allerdings doch als Mangel empfindet, dass die Adressaten der empfohlenen Maßnahmen kaum in die Pflicht genommen werden.

Beispiel: Wenn man in egalitärem Denken alle Formen von Partner- und Elternschaft rechtlich und sozial gleichbehandelt sehen möchte, dann wäre konsequenterweise auch von allen zu fordern, ihre Verbindung in eine vorgegebene rechtliche Form zu bringen. Eine der Prämissen, ohne denen die Kommission ihre Forderungen begründet, lautet, Elternschaft habe eine „Intensivierung“ erfahren: die Normen für Pflege, Erziehung und Förderung der Kinder seien anspruchsvoller geworden. Das ist wohl so, aber die Kommission verwendet keinen Gedanken an die Frage, ob Ansprüche und Erwartungen von Eltern an und für ihre Kinder denn durchweg vernünftig bzw. berechtigt sind. Manche Lehrer könnten dazu mehr sagen als Familiensoziologen. Lehrer müssen auch normativ denken. Soziologen brauchen das nicht. Einem Familienbericht tut das aber nicht durchweg gut. Insgesamt darf man feststellen, wenn man sich in der heutigen Welt über neue Grenzen hinaus umschaute, dass wir unsere Defizite doch auf einem sehr hohen Niveau analysieren und beklagen. Von draußen könnte man sagen: Deren Sorgen möchten wir haben?

Abschließend kann ich als Angehöriger einer aussterbenden Generation die Bemerkung nicht unterdrücken, dass ich nach der Lektüre des Berichts fast nicht mehr verstehe, wie aus uns Kriegs- und Nachkriegskindern unter der damaligen Situation von Familien überhaupt ordentliche Menschen haben werden können.

REZENSIONEN

Religion, Ethik und Politik

Auf der Suche nach der guten Ordnung

Sammelbände, die aus Tagungen hervorgegangen sind, muss man mit vorsichtiger Skepsis betrachten. Sind es relativ beliebige Vorträge, zwischen zwei Buchdeckel gepresst, oder folgen sie einer verbindenden Thematik? Wird Bekanntes wiederholt oder erfährt man Neues über eine leitende Forschungsfrage? Für den hier vorzustellenden Band gilt in beiden Fragen das Letztere. Hervorgegangen aus einer Tagung der Katholischen Akademie Berlin, gehört er in die verdienstvolle Schriftenreihe „Politik und Religion“ eines Arbeitskreises von Politikwissenschaftlern der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft, die im Verlag Springer VS seit mehr als zwei Jahrzehnten erscheint. Kennzeichnend für den Arbeitskreis und damit auch für diese Publikation ist, dass sie nicht einem kurzschlüssigen Konzept von „laizistischem Staat“ der säkularisierten Gesellschaft folgen, vielmehr nach der öffentlichen und politischen Wirksamkeit von Religionen und Religionsgemeinschaften in der Politik fragen. Das ist ein durchaus offenes Programm zur Erforschung eines komplexen Feldes, wie



Hammer, Stefanie/Hidalgo, Oliver (Hrsg.): Religion, Ethik und Politik. Auf der Suche nach der guten Ordnung. Wiesbaden 2020.

Springer VS

die gesamte Reihe und auch dieser Band es demonstrieren.

Die Leitfrage dieses Bandes lautet, ob und wie in heutiger profaner Gesellschaft und ihrer Politik Religion, positiv oder auch negativ, Bedeutung habe für die Suche nach der „guten Ordnung“. Mit dem klassischen Konzept einer „guten Ordnung“ setzen sich die Autoren ausdrücklich ab von einer langen, mit Machiavelli beginnenden Denktradition, die Politik auf wertfreie In-

teressenkonflikte und Machtspiele reduzierte. Das widerspricht aber nach der Überzeugung der Autoren der *condicio humana*. Keine Wissenschaft kann erklären, keine Macht kann verfügen, dass religiöse und/oder moralische Überzeugungen im öffentlichen Streit um eine gemeinsame Ordnung nicht am Diskurs teilnehmen dürften. Nur müssen sie sich im säkularen Staat der pluralistischen Gesellschaft den gemeinsamen Regeln und Institutionen einordnen. Deshalb gehen unsere Autoren von einem Verhältnis komplementärer Spannungen zwischen den Sphären Politik, Religion und Moral aus, in welchen es die zentrale Aufgabe des Rechts ist, ein kohärentes Normengefüge zu sichern, und der Politik, diese Kohärenz positiv zu ermöglichen und zu gestalten. Daraus ergibt sich eine Vielfalt von Fragen, Problemen, Konflikten.

Dem hohen Anspruch des Vorhabens entspricht das hohe wissenschaftliche Niveau der Beiträge. Alle Autoren geben Rechenschaft von den tragenden Konzepten, von der Leitfrage, von der Methode ihrer Untersuchungen, auch von ihrer Bezugsliteratur. So werden Forschungsstand und Kontext für den Leser immer erkennbar.

Nach einer Einführung der Herausgeber enthält ein Teil I drei Beiträge zum Thema „Religion und gute Politik“. Teil II bringt fünf Beiträge über „Religion in der säkularen Demokratie“. Teil III diskutiert in sechs Beiträgen „Empirische Anwendungsfälle und praktische Streitfrage“. Selbstverständlich können die Beiträge hier nicht im Detail referiert werden. Ich

beschränke mich darauf, in einer zugegeben subjektiven Auswahl einige Akzente zu setzen und mir besonders Bemerkenswertes hervorzuheben.

In Teil I begründet der Theologe Michael Seewald die These, Religion unterziehe die Werte, Strukturen und Institutionen einer konkreten Ordnung notwendigerweise einer „transzendenten Zweitwertung“. Diese kritische Perspektive ist ambivalent; sie kann auf die politische Ordnung stabilisierend, aber auch destabilisierend wirken. Der politische

Philosoph Bruno Godefroy entfaltet eine erhellende Unterscheidung der im gesamten Problemfeld häufig verwendeten Konzepte Zivilreligion, politische Religion, politische Theologie; wobei er mit letzterer nicht die berühmt-berüchtigte Version von Carl Schmitt meint, sondern die von ihm positiv bewertete „neue, emanzipatorische Theologie“ von Johann Baptist Metz und Jürgen Moltmann. Über die Wertungen der drei Verhältnisbestimmungen von Religion und Politik in diesen Konzepten lässt sich mit dem Autor streiten. Aber seine Unterscheidungen sind für das Verständnis der Gesamtproblematik hilfreich. Der Sozialethiker Bernhard Laux befasst sich mit dem „Status des Guten“ in Religion und Politik; wobei er in der Titelfrage „Des Guten zu viel?“ schon andeutet, dass ihm an Grenzziehungen zwischen religiös-moralischen Wertungen und rationaler, auf Recht zielender

Alle Autoren geben Rechenschaft von den tragenden Konzepten, der Leitfrage, der Methode ihrer Untersuchungen, auch von ihrer Bezugsliteratur. So werden Forschungsstand und Kontext erkennbar.

Politik viel liegt. Dennoch ist er mit Wolfgang Böckenförde der Überzeugung, dass in Religion und Moral „vorpolitische Ressourcen“ politischer Ordnung liegen.

In Teil II wird das Böckenförde-Diktum von dem Politikwissenschaftler Oliver Lembcke von dem Missver-

ständnis abgegrenzt, es sei Böckenförde um eine spezifisch-christliche Fundierung des freiheitlichen Verfassungsstaates gegangen. Vielmehr wollte er damals Christen überzeugen von der Vereinbarkeit dieser säkularisierten Ordnung mit dem christlichen

Glauben. In diesem Sinn grenzt Lembcke das freiheitliche „Ethos der Gesetzmäßigkeit“ ab einerseits von christlicher Vereinnahmung, andererseits von heute beobachtbarem populistischem Missbrauch.

Besondere Aufmerksamkeit verdient der Beitrag der Politikwissenschaftlerin Eva Buddeberg „Kritik der Vernunft und das Erbe der Religionen“, eine Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas. Dieser hat in den letzten Jahren mehrfach den möglichen positiven Beitrag religiöser Überzeugungen für eine gemeinsame vernünftige Begründung der freiheitlichen Demokratie gewürdigt, weil die Defizite einer reinen Vernunftmoral durchaus sieht. Er fordert jedoch, Gläubige müssten dazu ihre Glaubenswahrheiten in den gemeinsamen vernunftorientierten öffentlichen Diskurs „übersetzen“. Buddeberg stellt dazu eine Reihe kritischer Fragen, so nach dem Religionsver-

ständnis von Habermas und nach einem genaueren Verständnis solcher Übersetzung als einer kooperativen Aufgabe zwischen Gläubigen und Nichtgläubigen. Ich würde hinzufügen, dass z. B. in der seit dem 19. Jahrhundert entwickelten Christlichen Soziallehre solche Übersetzung durchaus geleistet wurde, mit nachweisbaren politischen Wirkungen in der Entwicklung des modernen Sozialstaates.

Ein anderes Beispielfeld dafür stellt der Politikwissenschaftler Mariano Barbato dar, indem er „Potenziale des ökologischen Denkens der Päpste“ aus deren einschlägigen Texten erarbeitet. In einer anderen Perspektive, nämlich im Blick auf Divergenzen zwischen Kirchen und Politik in der frühen Bundesrepublik Deutschland, legt der Doktorand der Politikwissenschaft Fabian Poetke an den Beispielen Bildungs- und Verteidigungspolitik dar, wie beide Seiten hier durch geschicktes Agieren zu „kooperativer religionspolitischer governance“ fanden, was erheblich zur Stabilisierung der jungen deutschen Demokratie beitrug. Freilich hätte der Beitrag an Realitätsgehalt noch gewonnen, wenn er kritische Positionen gegenüber dieser Kooperation stärker in seiner Darstellung berücksichtigt hätte. Religion behält eben immer auch ein kritisches Potenzial gegenüber Staat und Politik.

Der Teil III enthält sechs Beiträge über empirisch erforschte Anwendungsfälle und politische Streitfragen. Die beiden ersten stellen historisch zurückliegende Beispiele dar: Die Ehescheidungsdebatte im

Besondere Aufmerksamkeit verdient der Beitrag der Politikwissenschaftlerin Eva Buddeberg „Kritik der Vernunft und das Erbe der Religionen“, eine Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas.

vormärzlichen Preußen 1833-1854 und das Verhältnis von Politik, Ethik und Religion in der chilenischen Militärdiktatur. Ein weiterer Beitrag thematisiert die katholische Kirche als „Vetospiele“ in der Moralpolitik, indem er über die Messung kirchlichen Einflusses auf europäische Policyregelungen berichtet.

Ich möchte hier nur noch auf die drei weiteren Aufsätze näher eingehen. Karl Gabriel, Vertreter der Christlichen Sozialwissenschaften in Münster, und Hans-Richard Reuter, Kollege Gabriels in Münster, referieren Untersuchungen über die „Religiöse Dimension der Semantiken des deutschen Wohlfahrtsstaates“. Der Beitrag stellt zunächst die Methode der „Wissenssoziologischen Diskursanalyse“ mit der einschlägigen Literatur vor und referiert dann über sozialpolitische Leitbegriffe im Diskurs religiöser Akteure. Die in der Entwicklung des Sozialstaates dessen Institutionen und Werte beeinflussten; danach in einem zweiten Teil über die „religiöse Tiefengrammatik“ des Sozialen in der Entwicklung des Sozialstaates seit dem 19. Jahrhundert. Ich verhehle als Sozialethiker nicht, dass ich die gewohnte hermeneutisch-historische Methode vorziehen würde. In die soziologisch-strukturelle Sprache der Autoren muss man sich erst einlesen, und die Querschnittsanalysen führen auch zu Wiederholungen. Aber ich bestreite nicht, dass dieser methodische Zugriff empirisch gut gesicherte Erkenntnisse liefert, nämlich: Die zentralen Leitbegriffe des deutschen Wohlfahrtsstaates sind erheblich geprägt durch religiös-konfessionelle

Akteure. Konkurrenz und Koalitionen zwischen den beiden christlichen Konfessionen haben zu dessen Entwicklung im Wechsel der politischen Regime Konsens ebenso wie Bedeutungsverschiebungen bewirkt.

Von vergleichbarer Bedeutung für das Verhältnis von Religion/Kirchen und Politik/Staat in Deutschland ist der nächstfolgende Beitrag des Rechtssoziologen Thomas Gawron über die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts in religionsverfassungsrechtlichen Fragen. Er liefert einen Gesamtüberblick zur Thematik, indem er alle bisherigen Entscheidungen des Gerichts zu diesen Fragen auflistet und dazu Beschwerdeführer, Beschwerdegegenstand, Beschwerdeakteure und Verantwortliche für die Ausföhrung (Implementation) benennt. Gegenstand der Untersuchung sind nicht die Grundfragen des jeweiligen Rechtsstreits. Vielmehr liefert der Autor eine rechtssoziologische Untersuchung, die vor allem ausgewählte Beispiele nach den Dimensionen Mobilisierung, Entscheidung und Implementation befragt. Es geht dabei ebenso um die Großkirchen wie um kirchliche Krankenhausträger, Wirtschaftsverbände, Weltanschauungsgruppen und Anwaltskanzleien. Damit wird ein Geflecht von Rechtsbeziehungen und Auslegungstreitigkeiten sichtbar, das in den gemeinhin diskutierten Grundsatfragen gar nicht erfasst wird. Bemerkenswert ist auch die Zunah-

Der Sammelband bietet wissenschaftliche Kost für alle, die über ein Grundwissen hinaus in der Komplexität der Beziehungen zwischen Religion/Kirchen und Politik/Staat Orientierung suchen.

me von Klagen von Muslimen bzw. muslimischen Vereinen vor dem Verfassungsgericht.

Die deutsche Islampolitik ist Gegenstand des letzten Beitrags. Hanna Fülling, Mitarbeiterin der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, diskutiert diese Politik unter dem Aspekt politischer Ethik. Sie bedient sich dabei des Konzepts der Identität, um die Verbindung von Religion und Integration zu erfassen. Dazu referiert sie ausführlich sozialpsychologische Identitätskonzepte und religionstheoretische Forschungen zur Identitätsbildung. Diese dienen ihr dann zur Begründung einer Islampolitik, die die Identitätsarbeit religiöser Muslime konstruktiv unterstützt, gerade um deren Integration in unsere Gesellschaft zu fördern. Den wichtigsten Weg dazu sieht sie in einem bekenntnishaften islamischen Religionsunterricht, der im Rahmen des deutschen Bildungswesens einen

reflektierten muslimischen Glauben ermöglichen und so Integration fördern soll. Die Autorin setzt also auf einen rational aufgeklärten Islam, der sich von Fundamentalismus und politischem Islamismus deutlich abgrenzt und fähig ist, sich in die westlich-pluralistische und liberale Gesellschaft zu integrieren. Dieses Ziel sollte nach Überzeugung der Autorin eine Islampolitik verfolgen, die die muslimische Religion anerkennt und im Rahmen ihrer Möglichkeiten fördert. Fragt sich, wieweit Islamverbände bei uns bereit sind, sich dafür zu öffnen.

Um ein Fazit zu ziehen: Eine besondere Stärke des Sammelbandes ist die Verbindung von Theorie und Empirie. Er bietet wissenschaftlich anspruchsvolle Kost für alle, die über ein vages Grundwissen hinaus in der Komplexität der Beziehungen zwischen Religion/Kirchen und Politik/Staat zuverlässige Orientierung suchen.

Prof. em. Dr. Bernhard Sutor Ehrendirektor des ZFG

Prof. em. Dr. Bernhard Sutor erhielt 1978 den Ruf auf den Lehrstuhl für Didaktik der Politischen Bildung und Sozialkunde an der Geschichts- und Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Katholischen Universität Eichstätt. 1985 wurde sein Lehrstuhl um Sozialethik erweitert. 2005 bis 2008 leitete Sutor ebenfalls an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt das Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft (ZFG). Ehrenamtlich engagierte er sich in verschiedenen Gremien und Institutionen des kirchlichen Lebens, wie beispielsweise von 1986 bis 1994 als Eichstätter Diözesanratsvorsitzender und von 1993 bis 2001 als Vorsitzender des Landeskomitees der Katholiken in Bayern.



Politisches Wissen in Deutschland

Empirische Analysen mit dem ALLBUS 2018

„Was und wie viel wissen die Menschen in Deutschland über Politik? Wie ähnlich oder unterschiedlich sind die Wissensstände in verschiedenen Bevölkerungsteilen? Was sind hinderliche und was förderliche Faktoren für den Wissenserwerb? Und: Was sind Folgen der politischen Wissensniveaus für Einstellungen gegenüber Politik und Demokratie?“ (S. 1). Diesen Fragen geht der Sammelband „Politisches Wissen in Deutschland. Empirische Analysen mit dem ALLBUS 2018“ nach. Die Herausgebenden Markus Tausendpfund und Bettina Westle präsentieren eine Auswahl an empirischen Analysen zum politi-

schischen Wissen in Deutschland, die mit Daten aus der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 2018 entstanden sind. In diesem Jahr wurde in dieser für die sozialwissenschaftliche Forschung höchstrelevanten Bevölkerungsumfrage ein Politik-Quiz abgefragt, das zur Messung von politischen Kenntnisse herangezogen werden kann.

Der Sammelband besteht aus sieben inhaltlichen Beiträgen, die vor ihrem Erscheinen in diesem Buch ein



Tausendpfund, Markus/Westle, Bettina (Hrsg.): Politisches Wissen in Deutschland. Empirische Analysen mit dem ALLBUS 2018. Wiesbaden 2020.

Springer VS

peer-review Verfahren durchlaufen haben. Diesen inhaltlichen Beiträgen ist zunächst ein Herausgeber- und Autorenverzeichnis vorangestellt, in dem die mitwirkenden Personen mit kurzen Darstellungen ihrer beruflichen Position und ihrer Forschungsinteressen charakterisiert werden. Auch geht den inhaltlichen Kapiteln ein einführender Beitrag der beiden Herausgebenden voran. In diesem erläutern sie, weshalb es für die sozialwissenschaftliche Forschung in

Sehr hilfreich für fachfremde Leser/-innen ist, dass eine Definition des Begriffs „Politisches Wissen“ vorgenommen wird, bei der auf das Konzept der „political sophistication“ eingegangen wird.

Deutschland von großer Bedeutung ist, dass im ALLBUS Fragen zum politischen Wissen enthalten sind. Anders als beispielsweise in den USA, gibt es in Deutschland einen Mangel an empirischen Befunden zum politischen Wissen der Bevölkerung. Sehr hilfreich für fachfremde Leser/-innen ist, dass in diesem Einführungsbeitrag eine Definition des Begriffs „Politisches Wissen“ vorgenommen wird, bei der insbesondere auf das Konzept der „political sophistication“ eingegangen wird. Von den zugehörigen drei Bereichen „political salience“, „political knowledge“ und „political conceptualization“ kann in einer großangelegten Bevölkerungsumfrage wie dem ALLBUS mit den aktuell verfügbaren Messinstrumenten nur politisches Faktenwissen erhoben werden. Dieses kann sowohl als abhängige als auch als erklärende Variable betrachtet werden. Am Ende des Einführungsbeitrags steht ein Überblick über die weiteren Beiträge des Sammelbands sowie ein Ausblick auf zukünftige Forschung.

Der erste inhaltliche Beitrag von Jessica G. Walter, Martina Wasmer und Michael Blohm befasst sich mit „D[er] Erfassung politischen Wissens in der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaft“. Zunächst wird auf den ALLBUS eingegangen, der seit 1980 in zweijährigem Turnus als „multithematische, replikative Querschnittserhebung zur Erfassung von Verhaltensweisen und Einstellungen sowie sozialstrukturellen Merkmalen der Bevölkerung

in Deutschland“ (S. 12) durchgeführt wird. Neben Einblicken in die Konstruktion der Befragung im Allgemeinen sowie des Fragebogens im Speziellen werden die Lesenden auch über die Durchführung der Befragung informiert. Der Bereich „Politisches Wissen“ gehört zu den Themen, die im ALLBUS in größeren Zeitabständen abgefragt werden. Das erste Mal wurde das Thema 2008 behandelt und fand 2018 erneut Einzug in den Fragebogen. Die Erfassung erfolgte dabei in beiden Jahren durch ein Wissensquiz zum politischen System und seiner institutionellen Ordnung sowie zu politischen Inhalten und politischen Akteuren. Der Beitrag geht detailliert darauf ein, welche Überlegungen in der Fragenbogenkonstruktion eine Rolle spielten und welche Pretests und Pilotstudien vor Fertigstellung der finalen Version der Fragen zum politischen Wissen durchgeführt wurden. Dadurch erhalten auch Interessierte, die bisher keine oder nur wenige Berührungspunkte mit der empirischen Sozialforschung hatten, einen Eindruck der Komplexität von Fragebogenentwicklung und -testung.

Auf diesen eher fragebogentheoretischen Beitrag folgt ein Artikel von Daniel Moosdorf, Christian Schaudt, Markus Tausendpfund und Bettina Westle zur „Messung politischen Wissens“. Ziel dieses Beitrags ist, eine valide Skala zur Messung von politischem Wissen zu entwickeln, denn die Qualität der empirischen Ergebnisse wird maßgeblich von der Qualität des Messinstruments bestimmt. Durch die Betrachtung der Häufigkeitsverteilungen zu den Wissensitems aus dem ALLBUS 2018 sowie

der Bearbeitungszeiten gewährt der Beitrag bereits einen ersten Einblick in das Antwortverhalten der Befragten und die Schwierigkeit der Fragen. Um die abgefragten Wissensitems zu einer oder mehreren verschiedenen Skalen zur Messung von politischem Wissen zusammenzufassen, verwenden die Forschenden die Methode der „Mokken-Analyse“. Die ausführliche Darstellung der Vorgehensweise zeugt von der methodischen Kenntnis der Autorenschaft. Es werden schließlich zwei Skalen gebildet, die in den folgenden empirischen Analysen des Sammelbands zur Messung von politischem Wissen eingesetzt werden. Eine deskriptive Analyse der beiden Skalen zeigt zudem, dass die im ALLBUS befragten Personen eine große Bandbreite an politischem Wissen aufweisen. „Das Wissensniveau kann einerseits als solide, andererseits aber auch als ausbaufähig charakterisiert werden“ (S. 83).

Die beiden Skalen zur Messung des politischen Wissens werden im Artikel von Markus Tausendpfund mit dem Titel „Niveau und Determinanten politischen Wissens“ als abhängige Variablen eingesetzt. Ausgangspunkt für seine Analyse ist, dass Demokratie als „anspruchsvolle Regierungsform“ (S. 89) ein aufgeklärtes Demokratieverständnis der Bürger voraussetzt. Da im Gegensatz zu den USA empirische Befunde bezüglich des Niveaus und der Verteilung politischen Wissens in Deutschland rar sind, möchte der Beitrag den politischen Kenntnisstand der Bevölkerung in Deutschland beschreiben und dessen Determinanten identifizieren. Zunächst ordnet der Autor basierend

auf theoretischen Betrachtungen die erklärenden Variablen in drei Gruppen – Fähigkeiten, Motivation und Gelegenheiten – ein. Unter Berücksichtigung und umfangreicher Darstellung aktueller empirischer Befunde werden Hypothesen zum erwarteten Einfluss der Variablen aufgestellt. Um diese Hypothesen zu überprüfen wird zunächst für jede Gruppe an erklärenden Variablen ein eigenes Regressionsmodell geschätzt, bevor alle Einflussfaktoren in einem Gesamtmodell überprüft werden. Nach Ansicht des Autors zeichnen die Ergebnisse hinsichtlich des Niveaus des politischen Wissens ein optimistischeres Bild als beispielsweise für die USA beschrieben wird. Allerdings ist der Wissensstand sehr ungleich verteilt. So zeigen „[d]ie empirischen Befunde (...) deutlich, dass die individuellen Ressourcen und Fähigkeiten (z. B. Bildung), die Motivation (z. B. politisches Interesse) und die Gelegenheiten (z. B. der Medienkonsum öffentlich-rechtlicher Nachrichtensendungen) die Wahrscheinlichkeit für den Erwerb politischen Wissens beeinflussen“ (S. 117). Zum Abschluss schlägt der Beitrag die Brücke zur Praxis und zeigt auf, was die Erkenntnisse des Artikels z.B. für die Schulbildung bedeuten können.

Im folgenden Artikel von Christian Schnaudt mit dem Titel „Politisches Wissen und politisches Vertrauen“ wird das politische Wissen dann als erklärende Variablen verwendet. Die Motivation für diesen Beitrag liegt darin begründet, dass politisches Wis-

Nach Ansicht des Autors zeichnen die Ergebnisse hinsichtlich des Wissensniveaus ein optimistischeres Bild als z.B. für die USA beschrieben wird. Allerdings ist der Wissensstand ungleich verteilt.

„Schützt politisches Wissen vor Populismus?“, fragt sich Bettina Westle. Die Motivation für ihre Untersuchung: In Deutschland hat sich eine politische Unzufriedenheit ausgebreitet.

sen und politisches Vertrauen zwar als elementare Bestandteile einer funktionierenden Demokratie betrachtet werden, aber über ihr Zusammenspiel nur relativ wenig bekannt ist. Aufbauend auf einer Diskussion des aktuellen Forschungsstands untersucht der Beitrag drei Szenarien: Aus theoretischer Sicht kann politisches Wissen strukturierende, direkte und moderierende Effekte auf politisches Vertrauen haben. Um den Effekt des politischen Wissens zu isolieren, wird eine Vielzahl an weiteren erklärenden

Variablen betrachtet, die ebenfalls auf das politische Vertrauen wirken können. Der Verfasser stellt überzeugend dar, dass in diesem Zusammenhang vor allem das Einbeziehen von Leistungsbewertungen bezüglich des Funktionierens von Staat und Wirtschaft wichtig ist. Für die Überprüfung der Hypothesen kommen unterschiedliche multivariate statistische Verfahren zum Einsatz. Eine Faktorenanalyse zeigt, dass die Struktur des politischen Vertrauens nicht vom Ausmaß des politischen Wissens abhängt. Regressionsanalysen offenbaren, dass sich die direkten Effekte von politischem Wissen auf politisches Vertrauen zwischen regulativen und repräsentativen Institutionen unterscheiden. Bei der Interpretation des Ergebnisses, dass ein höheres Maß an politischem Wissen mit einem geringen Vertrauen in repräsentative Institutionen einhergeht, weicht der Autor argumentativ überzeugend von bisherigen Interpretationsansätzen ab.

Daniel Moosdorf beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der Frage „Kritik an sozialer Ungleichheit – macht politisches Wissen den Unterschied?“. Im Gegensatz zu den anderen Beiträgen des Sammelbands hat dieser Aufsatz einen explorativen Charakter, da die Daten aus dem ALLBUS 2018 eine solche Analyse überhaupt erst ermöglichen. Der Ausgangspunkt für die Studie ist die Beobachtung, dass Bildung in einem positiven Zusammenhang mit der Kritik an sozialer Ungleichheit steht. Moosdorfs Vermutung ist dabei, dass insbesondere das mit höheren Bildung einhergehende höhere politische Wissen für diesen Zusammenhang ausschlaggebend ist. Nach einer ausführlichen Definition des Konzepts der „Sozialen Ungleichheit“ unter Berücksichtigung einer Werte- und einer Outputdimension, stellt der Autor Hypothesen zum Zusammenhang zwischen der sozialen Lage und kritischen Einstellungen sowie zum moderierenden Effekt von politischem Wissen auf. Um den Zusammenhang zwischen politischem Wissen und Kritik an sozialer Ungleichheit zu analysieren, werden sowohl Ergebnisse von bivariaten statistischen Verfahren, nämlich Korrelationskoeffizienten, präsentiert als auch Regressionsanalysen. „Die postulierte Wechselwirkung von politischem Wissen und der Position zur Ungleichheit erfährt anhand der durchgeführten Analysen allerdings kaum Unterstützung“ (S. 194).

„Schützt politisches Wissen vor Populismus?“, fragt sich Bettina Westle in ihrem Beitrag. Die Motivation für diese Untersuchung: In Deutschland hat sich – wie in vielen westlichen De-

mokratien – seit Jahrzehnten eine politische Unzufriedenheit ausgebreitet, die einerseits zu zunehmender politischer Apathie bestimmter Bevölkerungsteile geführt hat, andererseits zu einem Erstarken von rechtspopulistischen Parteien. Bei der Frage nach den Ursachen für Populismus stellt die Wissenschaftlerin das politische Wissen in den Vordergrund. Zunächst wird eine ausführliche Definition von „Populismus“ gegeben. Basierend auf bisherigen Erkenntnissen wird eine Reihe an Hypothesen aufgestellt. Dabei wird neben dem erwarteten negativen Zusammenhang zwischen dem Niveau von politischem Wissen und der Zustimmung zu Populismus auch auf Effekte anderer, bisher bereits ausführlicher erforschter Determinanten eingegangen. Die Operationalisierung von populistischen Einstellungen als abhängige Variable und der im Papier betrachteten Vielzahl an Determinanten wird verständlich und ausführlich unter Abbildung der Häufigkeitsverteilungen und weiterer Kennzahlen dargestellt. Der Ergebnisteil beginnt analog zu den vorherigen Beiträgen mit der Präsentation von Korrelationen hinsichtlich des interessierenden Zusammenhangs zwischen politischem Wissen und Populismus. Diese bivariaten Auswertungen zeigen in die erwartete Richtung. Mit multivariaten Schätzmodellen wird schließlich getestet, ob der negative Zusammenhang zwischen politischem Wissen und Populismus auch nach Einbeziehung der weiteren Determinanten bestehen bleibt. Die Ergebnisse zeigen, dass die Antwort auf die Eingangsfrage „Jein“ (S. 237) lautet. Überzeugend wird dargestellt,

dass politisches Wissen die Skepsis gegenüber Populismus erhöht, allerdings fühlen sich bestimmte Bevölkerungsgruppen durch die bestehende Regierungspolitik nicht repräsentiert. Der Beitrag schließt mit Implikationen für die Politik sowie konkreten Vorschlägen für zukünftige Forschung auf diesem Gebiet.

Den Abschluss des Sammelbands bildet ein Aufsatz von Bettina Westle und Pascal Anstötz, in dem sie untersuchen, ob politisches Wissen die Bereitschaft zu politischer Beteiligung fördert. Zunächst geben sie eine systematische Übersicht über Formen der politischen Teilhabe. Sie beschreiben detailliert, welcher Zusammenhang zwischen politischem Wissen und einzelnen Formen an politischer Beteiligung zu erwarten ist. Auch gibt der Beitrag einen Überblick über die klassischen Determinanten politischer Partizipation, die sich in die Bereiche „Ressourcen“, „Motivation“ und „Mobilisation durch Netzwerke“ einteilen lassen. Wie in vielen Beiträgen des Sammelbandes präsentieren die Forschenden zunächst bivariate Zusammenhänge, die zeigen, dass politisches Wissen mit fast allen betrachteten Partizipationsmöglichkeiten im erwarteten Zusammenhang steht. Allerdings ist die Größe der Effekte sowohl bivariat als auch in den geschätzten multivariaten Modellen eher schwach bis mäßig. „Die Befunde lassen (...) darauf schließen, dass politisches Wissen ein kleines, aber durchaus sichtbares Steinchen

Positiv ist hervorzuheben, dass in diesem Werk nicht nur die Forschungsergebnisse präsentiert werden, sondern auch detailliert geschildert wird, wie Forschungsdaten entstehen.

in einem höchst komplexen Mosaik von Erklärungsfaktoren politischer Partizipation darstellt“ (S. 279).

Zusammenfassend vermittelt die Lektüre dieses Sammelbands einen umfangreichen Einblick in die Forschung zum politischen Wissen in Deutschland. Gut strukturiert werden die Leser/innen von der Konstruktion des Erhebungsinstruments über die Datenerhebung hin zu den Forschungsergebnissen geleitet. Oft werden die Ergebnisse durch Graphiken veranschaulicht, was zur guten Verständlichkeit beiträgt. Zudem wird an relevanten Stellen der Bezug zur Praxis hergestellt und darauf eingegangen, welche Implikationen die Forschungsergebnisse für Politik und Gesellschaft haben. Auch werden mögliche Nachfolgestudien und die Grenzen der Forschung thematisiert. Ein Nachteil in diesem Zusammenhang ist, dass aufgrund des Querschnittscharakters der verwendeten Datengrundlage keine kausalen Effekte ermittelt werden können. Interessant wäre an einigen Stellen zudem

eine (ausführlichere) Einordnung der Ergebnisse in den internationalen Kontext. Anzumerken ist auch, dass der gewollt gleiche Aufbau der Artikel zwar eine gute Vergleichbarkeit der Papiere untereinander ermöglicht, die Lektüre aber etwas eintönig gestaltet.

Aus Sicht einer empirisch arbeitenden Sozialwissenschaftlerin ist positiv hervorzuheben, dass in diesem Werk nicht nur die Forschungsergebnisse präsentiert werden, sondern auch detailliert geschildert wird, wie Forschungsdaten entstehen und welche Arbeitsschritte für die Generierung qualitativ hochwertiger Forschungsdaten notwendig sind. Alles in allem umfasst das Buch ein breites Spektrum an Themenbereichen. Deshalb ist der Sammelband für ein breiteres (Fach-)Publikum und ebenso für Personen, die sich neu mit diesem Forschungsgebiet beschäftigen, empfehlenswert. Hierzu trägt darüber hinaus bei, dass alle enthaltenen Beiträge einen ausführlichen Literaturteil aufweisen, der jeweils den Einstieg in eine tiefer gehende Lektüre ermöglicht.

Dr. Veronika Hecht

Wissenschaftliche Mitarbeiterin des ZFG

Nach ihrem Studium war Veronika Hecht als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg tätig. Die Promotion zum Dr. rer. pol. erfolgte 2019 an der Universität Regensburg. Seit November 2019 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZFG. Zusammen mit Eva Vierring betreut sie hier die Familienfreundliche KU und ist Ansprechperson für Studierende und Mitarbeitende, die Fragen zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Studium oder Beruf haben. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt aktuell auf dem Zusammenhang zwischen den Interaktionen in der Familie und der politischen Einstellung von Jugendlichen.



Die Vertrauensfrage

Für eine neue Politik des Zusammenhalts

Wer mit Blick auf den Titel des Buches eine Auseinandersetzung mit Theorie und Praxis des Art. 68 GG erwartet hat, wird nicht finden, wonach er gesucht hat. Das Buch der Soziologin Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) und von Jan Wetzel, wissenschaftlicher Mitarbeiter dort, beschäftigt sich mit dem „Vertrauen als eine Beziehung, die gemeinsames Handeln erst ermöglicht“ (7f). Es geht also nicht um einen Rechtsbegriff, sondern um eine gesellschaftliche Ressource, durch die die Komplexität der Gesellschaft reduziert und diese dadurch stabilisiert werden kann.

In dieser Hinsicht sei die Situation in Deutschland durch eine schizophrene Situation geprägt. Den Diskursen über die Überforderung der parlamentarischen Demokratie in der globalisierten Welt, die Ungerechtigkeiten in der Marktwirtschaft oder die Unglaubwürdigkeit der Massenmedien stehen Befunde zum Alltagseben der Menschen gegenüber, die weit weniger spektakulär sind und auf ein weitgehend intaktes Vertrauen hindeuten (S. 7). Es lohnt sich also ein genauerer Blick



Allmendinger, Jutta/Wetzel, Jan:
Die Vertrauensfrage. Für eine neue
Politik des Zusammenhalts. Duden-
verlag 2020.

darauf, was den Menschen wichtig ist. Und die Daten deuten darauf, dass die „Vertrauensfrage“ für eine „Neudefinition der Verteilungsfrage“ stehe, in der es nicht mehr allein um die Verteilung von Gütern, sondern von „individuelle[n] Ressourcen zur Gestaltung des eigenen Lebens sowie des sozialen Miteinanders in

den Beziehungsgeflechten unserer Gesellschaft“ gehe (S. 9). Die Daten stammen einerseits aus einer repräsentativen Erhebung aus dem Jahr 2015, die bereits für die so genannte „Vermächtnisstudie“ verwendet wurden, die Allmendinger in dem 2017 erschienenen Buch „Das Land, in dem wir leben wollen“ vorgestellt hat, und aus einer Nacherhebung von 2018.

Die Daten liefern eine Erklärung für die oben skizzierte Schizophrenie, indem sie eine andere Schizophrenie offen legen. Die Mehrheit der Menschen teilt dieselben Werte, hält dieselben Dinge für wichtig und möchte sie ihren Kindern als Vermächtnis übergeben. Gleichzeitig schätzt die Mehrheit aber ein, mit dieser Auffassung zu einer Minderheit zu gehören. Man begegnet sich also mit gegenseitigem Misstrauen.

Mit anderen Worten: Objektiv sind die Voraussetzungen für gegenseitiges Vertrauen und gesellschaftlichen Zusammenhalt günstig, tatsächlich mangelt es aber genau daran. Es reicht aber nicht aus, moralische Appelle zu einem besseren gesellschaftlichen Zusammenhalt an das Publikum zu richten. Es bedarf einer Politik des Zusammenhalts, so die Forderung.

Ohne Vertrauen können weder der Alltag noch das Zusammenleben funktionieren. Das wird unter Bezugnahme auf die Forschungsergebnisse diverser wissenschaftlicher Disziplinen gezeigt. Zweitens stärkt Reziprozität das Vertrauen. Beides wird durch freiwillige Zusammenschlüsse wie Vereine unterstützt. All das ist für den gesellschaftlichen Zusammen-

halt von erheblicher Bedeutung (S. 18). Nicht minder bedeutsam sind der Sozialstaat (S. 19) und die Begegnung mit Menschen, die anderen Lebenswelten angehören (S. 23f).

Der empirische Teil hält eine Reihe interessanter Befunde darüber bereit, wie die Menschen in Deutschland die Welt und vor allem ihre Mitmenschen sehen. Das generelle Vertrauen ist eher mittelmäßig ausgeprägt, mit erheblichen Unterschieden allerdings je nach Bildungsstand. Je höher die Bildung, desto höher das Vertrauen. Das fügt sich in das generelle Bild, dass die Bildung Unterschiede in der Bewertung diverser Sachverhalte insgesamt stärker beeinflusst als Einkommen, Geschlecht oder Alter. „Bildungsarmut bedeutet auch immer Vertrauensarmut“ (S. 53). Es komme daher darauf an, „Menschen, die mit geringer formaler Bildung zurechtkommen müssen, wieder stärker in die Mitte unserer sozialen Kreise zurückzuholen“ (S. 54). Der Sozialstaat müsse daher nicht nur seine Zwecke erfüllen, Not zu lindern, Vorsorge zu treffen und für mehr Gleichheit zu sorgen. Er muss auch für „gegenseitigen Respekt, gegenseitige Achtung und Toleranz“ (S. 53) sorgen und dadurch, „Vertrauen schaff[en]“ (S. 94).

Es sei daher die „Aufgabe, eine Politik des Vertrauens“ (S. 74) zu machen, und hier wird es an der einen oder anderen Stelle ebenso konkret wie prinzipiell praktikabel, etwa bei der Forderung nach einem höheren Mindestlohn, oder, beinahe waghalsig, bei der beinahe beiläufig eingestreuten Aufforderung, „über

einen Höchstlohn nachdenken“ (S. 102) zu wollen.

Eine weitere Forderung zielt darauf, den Wohnort zu einem Raum zu machen, in dem Menschen mit unterschiedlichem sozialem Hintergrund zusammenleben, damit auch Menschen mit schlechteren Voraussetzungen weiterreichende Netzwerke knüpfen können. Raum-, Stadt- und Bauplanung wie auch der Wohnungsbau und die Verkehrspolitik werden aufgerufen, der Gentrifizierung und Segregation entgegenzuwirken (S. 77ff). Auf diese Weise könnten die Menschen erkennen, dass sich ihre Wertvorstellungen und Wünsche ungeachtet sich erheblich unterscheidender Lebensumstände weniger stark unterscheiden als vermutet.

In dem Bestreben, ein möglichst breites Spektrum an Themen zu berücksichtigen, geraten einige Passagen im Buch recht überblickartig und bleiben dann auch in ihren

Schlussfolgerungen eher vage. So folgt auf den berechtigten Hinweis, „dass Algorithmen eine zerstörerische Wirkung auf die demokratische Meinungsbildung entfalten“ (S. 94), die etwas schlappe Empfehlung, für die „Transparenz der Algorithmen“ zu sorgen und „die Betreiber zur Verantwortung“ zu ziehen (S. 94).

Das ändert aber nichts an dem Gesamturteil, das Buch den Entscheidungsträgern in Bund, Ländern und Kommunen zur Lektüre zu empfehlen. Das Argument, eine Maßnahme bringe doch eh nichts, lässt sich im Licht dieses Buchs jedenfalls oft nicht mehr überzeugend anbringen. Das heißt zwar nicht, dass die ökonomischen, politischen und (verfassungs-)rechtlichen Voraussetzungen für eine Politik, wie sie hier vorgeschlagen wird, immer gegeben sind. Diesen Fragen nachzugehen, wäre dann ein Desiderat der politikwissenschaftlichen Forschung.

Prof. Dr. Stefan Schieren

Professur für Politikwissenschaft

2003 Ruf an die Fakultät für Soziale Arbeit der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, Professur für Politikwissenschaft; 2005 Umhabilitation an die Geschichts- und Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.



Z | F G

**Zentralinstitut
für Ehe und Familie
in der Gesellschaft**
Center for marriage
and family in society

JAHRESBERICHT DES ZFG



KATHOLISCHE UNIVERSITÄT
EICHSTÄTT-INGOLSTADT

ZFG

Zentralinstitut
für Ehe und Familie
in der Gesellschaft
Center for marriage
and family in society

Familienleben unter
besonderen Bedingungen
Religion und Familienkultur
Wertewandel
Sozialpolitische Herausforderungen
Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Familienwissenschaft



**FORSCHUNG
AM ZFG**

www.ku.de/zfg

Familienbildungsprojekt Schwandorf

Lisa Hartmann, M.A.

Wissenschaftliche Mitarbeiterin des ZFG



Lisa Hartmann ist seit 2015 wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft der KU Eichstätt-Ingolstadt. Seit August 2016 ist sie zudem wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZFG. Schwerpunktmäßig beschäftigt sie sich derzeit mit der Evaluation von Familienbildungsmaßnahmen sowie der Interessenvertretung von Familien.

Mit der Geburt eines jeden Kindes beginnt für Eltern wie Kinder gleichermaßen eine Reise, die von prägenden und schönen Erfahrungen geprägt ist, aber auch mit Herausforderungen einhergeht: Für die Eltern im Zusammenhang mit der Erziehung ihrer Kinder, für die Kinder durch das Heranwachsen. Daher ist es wichtig, dass Familien auf dieser Reise begleitet werden und bei Fragen und Problemen Ansprechpartner haben. Diese Begleitung ist Aufgabe und Ziel von Familienbildung. Genauso vielfältig wie Familien sind, ist auch die Familienbildung. Dies gilt nicht nur für das thematische Spektrum, sondern auch für die Formate und die Anbieter, welche verschiedene Veranstaltungen zu Familienbildung bereitstellen.

Für eine wirkungsvolle und zielgruppenorientierte Gestaltung von Familienbildung, ist es notwendig, dass die jeweils Verantwortlichen zum einen die Bedürfnisse der Eltern in der jeweiligen Region kennen. Zum anderen ist es wichtig, zu wissen, welche Angebote es gibt, damit auf dieser Basis ggf. eine Anpassung der Angebote erfolgen kann.

Mit diesem Ziel entschied sich der Landkreis Schwandorf dazu, in Kooperation mit dem ZFG eine Studie zu Familienbildung durchzuführen. Damit durfte das ZFG zum vierten Mal eine derartige Studie konzipieren und durchführen. Dies ist für das ZFG aus verschiedenen Gründen erfreulich: Erstens zeigt dies, dass Forschung nicht nur in der Wissenschaftslandschaft von

Bedeutung ist, sondern darüber hinaus eine Dienstleistung für Partner in der Praxis ist. Auf diese Weise kann, zweitens, die Expertise eines Forschungsinstituts mit praktischen Erfahrungen kombiniert werden, was einen praxisorientierten Wissenstransfer ermöglicht.

Aufgrund der Corona-Pandemie konnten die Studienergebnisse bedauerlicherweise nicht im Rahmen einer geplanten Bildungskonferenz vorgestellt werden, sondern es musste eine Beschränkung auf die Präsentation während einer digitalen Pressekonferenz im November 2020 erfolgen. Die Studie steht jedoch wie immer digital (beispielsweise auch auf der ZFG-Homepage zum Abruf bereit).

Die Studie fußte auf zwei Pfeilern: Die Bestandsaufnahme (Anbieterbefragung) stellt den ersten und die Bedarfsanalyse (Elternbefragung) den zweiten Pfeiler dar.

298 Anbieter wurden für die Bestandsaufnahme kontaktiert. Davon beantworteten 98 den Fragebogen, woraus sich ein sehr hoher Rücklauf von 32,9 % ergab. Auf Basis der Antworten wurde analysiert, welche Familienbildungsangebote es im Landkreis Schwandorf bereits gibt und wie sich diese genau gestalten. 2018 wurden durch 64 (65,3 %) der befragten Träger Veranstaltungen zur Familienbildung durchgeführt.

Die vorhandenen Angebote sind sehr vielfältig und vor allem auch für die Zukunft gesichert: 67 Prozent der befragten Anbieter planen auch perspektivisch Angebote.

Zentrale Frage bei einer solchen Studie ist, ob die angebotenen Themen den Bedarfen der Eltern entsprechen, da vor allem über eine thematisch ansprechende Gestaltung die Aufmerksamkeit der Eltern gewonnen werden kann. Von den

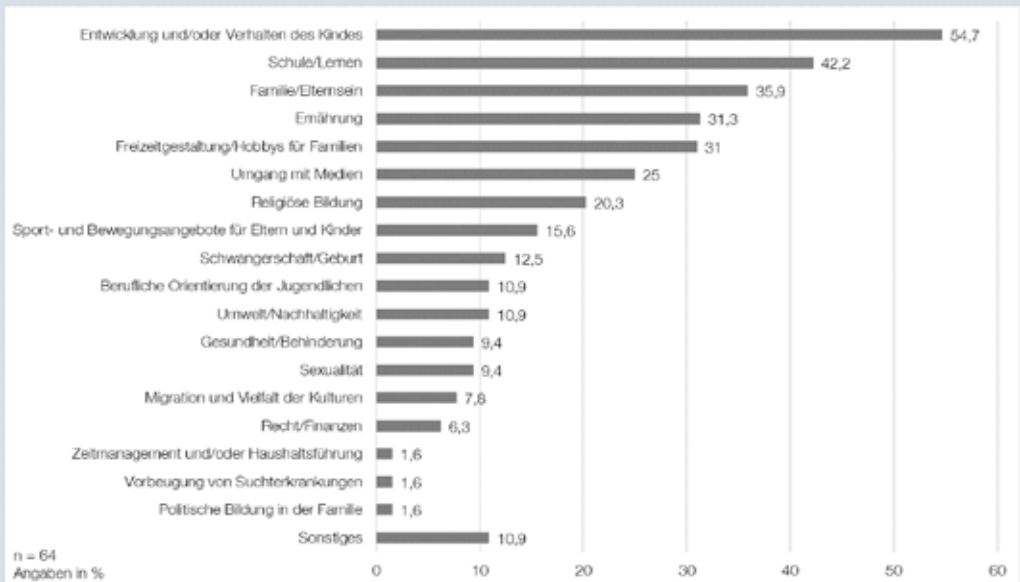


Abb. 1: Themen der angebotenen Veranstaltungen

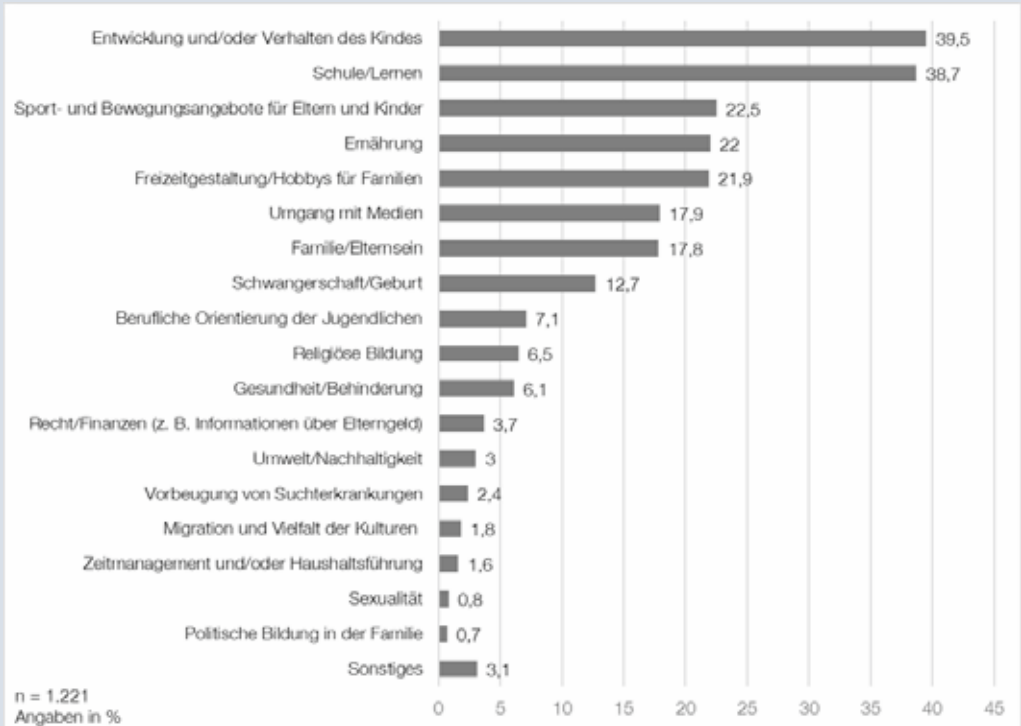


Abb.2: Themen der besuchten Veranstaltungen

Trägern am häufigsten angeboten wurden die Themen „Entwicklung und/oder Verhalten des Kindes“ (54,7 %) und „Schule/Lernen“ (42,2 %).

Zielgruppe der Angebote waren insbesondere Eltern mit Vorschulkindern (67,2 %), Eltern mit Schulkindern (64,1 %) sowie Eltern mit Kleinkindern und Säuglingen (57,8 %). In diesen Phasen ist der Bedarf der Eltern an Informationen besonders hoch – mit zunehmendem Alter der Kinder lässt er nach.

Sehr erfreulich ist, dass die Mehrheit (67,2 %) der Veranstaltungen kostenlos ist, da Teilnehmergebühren für die Eltern keinen Hinderungsgrund für die Teilnahme an einer Veranstaltung darstellen sollten.

Mit der Elternbefragung (Bedarfsanalyse) – als zweitem Pfeiler der Studie – wurde das Ziel verfolgt, zum einen das Nutzungsverhalten und zum anderen die Wünsche und Bedarfe der Eltern zu untersuchen. Dazu wurden 15.507 Fragebögen an die Eltern ausgegeben, von denen 4.746 ausgewertet werden konnten. Dies ergab einen sehr hohen Rücklauf von 30,6 Prozent. Knapp ein Drittel der befragten Eltern (30,7 %) hat schon einmal an Familienbildungsangeboten im Landkreis Schwandorf teilgenommen. Damit besteht noch Potential, perspektivisch noch mehr Eltern für die Angebote zu gewinnen.

Über die Frage hinaus, ob und wie viele Eltern bereits Familienbildung

genutzt haben, ist es ebenso wichtig, zu betrachten, ob es Familien gibt, die noch mehr angesprochen werden müssen. Die Studie brachte hierzu zwei wichtige Ergebnisse: Erstens sinkt die Teilnahme an Familienbildungsangeboten je geringer das Bildungsniveau der Haushalte ist: Während von Haushalten mit dem höchsten Bildungslevel 43,8 Prozent der Eltern bereits Familienbildungsangebote wahrgenommen hatten, trifft dies auf keinen Haushalt mit dem niedrigsten Bildungsniveau zu.

Zweitens ist zu erkennen, dass auch der Migrationshintergrund im Zusammenhang mit der Teilnahme an Familienbildung steht: Lediglich 17,3 Prozent der Haushalte, in denen beide Elternteile über einen Migrationshintergrund verfügen, haben an Familienbildungsveranstaltungen teilgenommen. Bei Haushalten ohne Migrationshintergrund liegt der Anteil bei 32,8 Prozent.

Betrachtet man, welche Themen bei den Eltern besonders beliebt waren, zeigt sich: Vor allem Veranstaltungen zu „Entwicklung und/oder Verhalten des Kindes“ (39,5 %) und „Schule/Lernen“ (38,7 %) waren sehr gefragt. Themen wie „Sexualität“ (0,8 %) und „Politische Bildung“ (0,7 %) hatten für Eltern in Bezug auf Familienbildung fast keine Bedeutung.

Wichtige Anhaltspunkte zur künftigen Planung der Familienbildungsangebote liefert insbesondere der Vergleich von Themen, die von den Anbietern künftig angeboten werden sollen und der Themenwünsche der Eltern: Liegt der Wert der Elternwünsche hier deutlich über dem der geplanten Themen, ist dies ein Hinweis

darauf, dass das Angebot vergrößert werden sollte. Eine Angebotsverweiterung ist vor allem für den Bereich „Sport- und Bewegungsangebote für Eltern und Kinder“ sinnvoll. Abbildung 3 zeigt eine erhebliche Diskrepanz zwischen geplantem Angebot und Themenwünschen. Darüber hinaus ist auch ein Ausbau der Angebote in den Bereichen „Zeitmanagement und/oder Haushaltsführung“ und „Berufliche Orientierung“ empfehlenswert.

Am häufigsten informieren sich die Eltern über Fragen zu Familie und Erziehung bei Freunden und Familie (54,4 %) und im Internet (51,4 %). Als Werbemittel sind vor allem die Bildungs- und Betreuungseinrichtungen von Bedeutung (46,2 %) und auch der Austausch mit Familie und Freunden spielt hier wieder eine Rolle (43,7 %). Das Internet als Werbemittel folgt mit 20,2 Prozent erst an vierter Stelle (vgl. Abb. 4).

Aus den Ergebnissen der Studie ergab sich die grundlegende Frage, wie noch mehr Eltern für den Besuch von Familienbildungsveranstaltungen gewonnen werden können, da wie beschrieben, hier durchaus noch Potential besteht. Dabei ist die Ausgangslage durchaus gut, denn 21,2 Prozent der Eltern haben sicher vor, künftig an Familienbildung teilzunehmen, weitere 61,4 Prozent können es sich zumindest vorstellen. Insbesondere nach der Durchführung und Veröffentlichung von Studien, wie dieser Familienbildungsstudie, an denen Eltern direkt beteiligt waren, ist ein guter Zeitpunkt zur Bekanntheitssteigerung und damit um mehr Eltern für eine Teilnahme zu gewinnen.

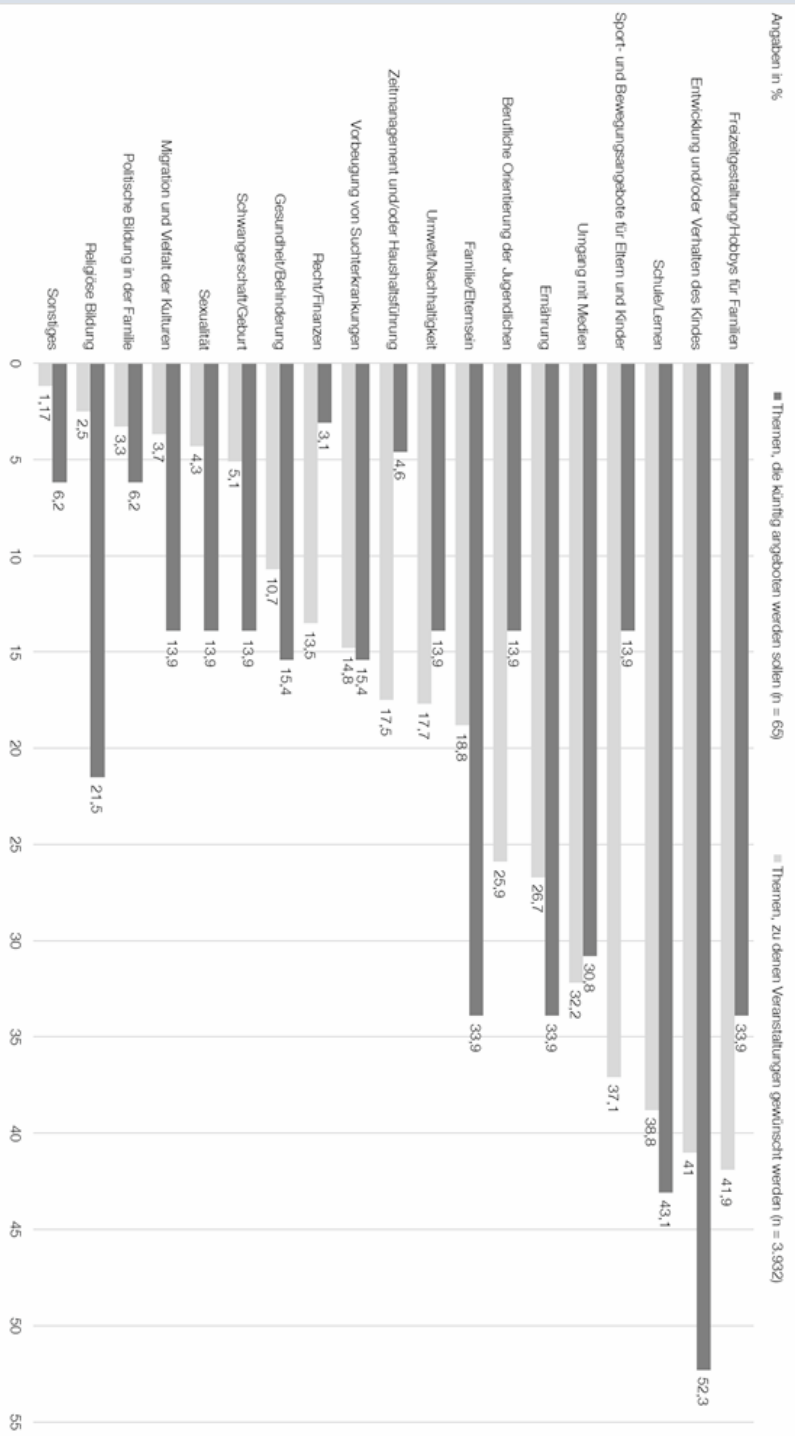


Abb.3: Vergleich von Themen der geplanten Veranstaltungen und Themenwünschen der Eltern

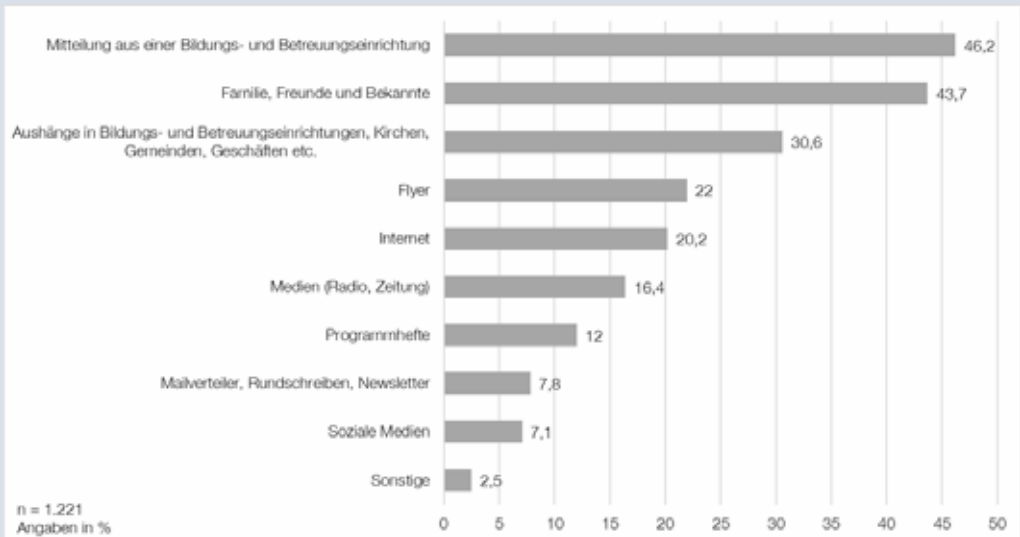


Abb.4: Werbemittel, über die Eltern von Familienbildungsangeboten erfahren

Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang die Hinderungsgründe für den Besuch einer Veranstaltung. Die Ergebnisse zu dieser Frage liefern den zentralen Ansatzpunkt. Der Hauptgrund ist für 70,7 Prozent, dass die Angebote nicht bekannt sind. Weitere Gründe (Zeitmangel, kein Interesse, Erreichbarkeit und Kosten der Angebote) spielen demgegenüber eine eher untergeordnete Rolle.

Damit ist es von großer Bedeutung, die Bekanntheit der Angebote zu steigern, damit mehr Eltern davon profitieren können (s. u.). Dies gilt einmal mehr, da festgestellt wurde, dass sich eine bisherige Teilnahme der Eltern positiv auf künftiges Nutzungsverhalten auswirkt und außerdem auch Eltern, die bereits Angebote wahrgenommen haben, sehr zufrieden damit sind: 56,1 Prozent drückten große Zufriedenheit aus, weitere 35,7 Prozent sind teilweise zufrieden.

Auf Basis der zahlreichen Einzelergebnisse und mit Hilfe der Gegen-

überstellung der Ergebnisse aus Bedarfs- und Bestandsanalyse wurden Schwerpunkte für die weitere Gestaltung der Familienbildungsangebote im Landkreis Schwandorf entwickelt. Diese dienen den Verantwortlichen als Orientierung für die Weiterentwicklung der Angebote.

Schwerpunkt Sensibilisierung und Bekanntheit

Ziel dieses ersten – und sehr grundlegenden Schwerpunkts ist es – Möglichkeiten zu finden, die Familienbildungsangebote bekannter zu machen. Dabei ist die Sensibilisierung der Eltern durch die Studie ein guter Ausgangspunkt. Empfehlenswert sind Veranstaltungen, bei denen Familienbildung erlebbar gemacht wird, wie etwa Familienbildungstage, Themenwochen etc. Durch solche Veranstaltungen haben Familien – begleitet von einem ansprechenden Rahmenprogramm – die Möglichkeit, kennenzulernen, was Familienbildung

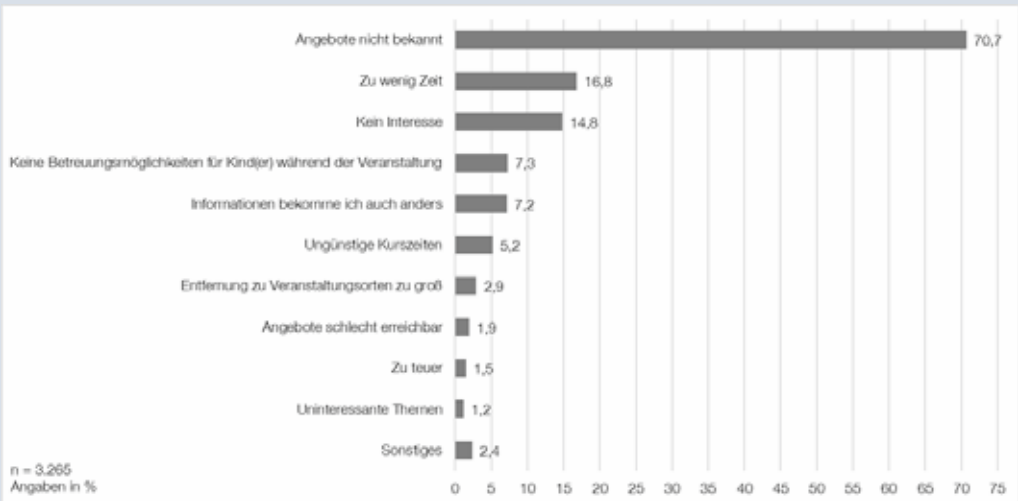


Abb.5: Hinderungsgründe der Eltern zu einer Teilnahme an Familienbildungsveranstaltungen

umfasst, welche Träger die Angebote machen und wer Ansprechpartner ist. Gerade in einem großen Landkreis wie Schwandorf sind solche Maßnahmen in verschiedenen Regionen sinnvoll. Darüber hinaus spielen für die Bekanntheitssteigerung Multiplikatoren wie Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sowie die Eltern, die bereits Angebote genutzt haben, eine große Rolle, die daher eng eingebunden werden sollten.

Schwerpunkt Zielgruppenerweiterung

Im Mittelpunkt dieses Schwerpunkts steht die Schaffung möglichst niedrigschwelliger Angebote, damit mehr Familien mit niedrigerem Bildungsniveau und mit Migrationshintergrund für Familienbildung gewonnen werden können. Wichtig ist dabei unter anderem eine möglichst direkte und persönliche Ansprache der Eltern (z.B. Hinweise zu Veranstaltungen über Bildungs- und Betreuungseinrichtun-

gen). Außerdem sind praktische und lebensnahe Angebote, wie Elterncafés und Freizeitaktivitäten gute Ansatzpunkte. Zur Gewinnung von Familien mit Migrationshintergrund ist ein erster grundlegender Schritt, dass wichtige Informationen mehrsprachig zur Verfügung gestellt werden. Denkbar sind weiterhin Angebote, die sich speziell an Familien mit Migrationshintergrund richten und so auf deren Bedürfnisse eingehen.

Schwerpunkt Angebote

Trotz einer insgesamt bereits recht gut passenden Angebots- und Nachfragesituation ist eine Nachjustierung erstrebenswert – vor allem im Bereich der Freizeitangebote.

Schwerpunkt Netzwerk

Nicht wenige Anpassungen sind leichter umzusetzen, wenn sie in Kooperation verschiedener Träger vorgenommen werden. Daher kann der Schwerpunkt Netzwerk auch

als Rahmenschwerpunkt betrachtet werden. Wichtig ist insbesondere die Vernetzung der Träger und Anbieter von Familienbildung untereinander und mit dem Landratsamt. Ein Netzwerkausbau kann für alle Beteiligten Vorteilen mit sich bringen – etwa bei der Bewerbung der Angebote und beim Aufbau eines Netzwerkes für die Eltern. Beides kann sich wiederum positiv auf die Bekanntheit auswirken. Auf dieser Basis können durch

die Verantwortlichen im Landkreis Schwandorf nun sukzessive Schritte eingeleitet werden, um die Familienbildungsmaßnahmen zu verbessern und so den Landkreis noch familienfreundlicher zu gestalten und so Familien auf ihrem Weg durch Erziehung und Erwachsenwerden zu begleiten.

Die komplette Studie kann auf der ZFG-Homepage abgerufen werden unter www.ku.de/zfg

Interaktion, Kommunikation und Verhalten innerhalb der Familie

Familienerleben und politische Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Dr. Veronika Hecht

Wissenschaftliche Mitarbeiterin des ZFG



Nach ihrem Studium war Veronika Hecht als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg tätig. Die Promotion zum Dr. rer. pol. erfolgte 2019 an der Universität Regensburg. Seit November 2019 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZFG. Zusammen mit Eva Vierring betreut sie hier die Familienfreundliche KU und ist Ansprechperson für Studierende und Mitarbeitende, die Fragen zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Studium oder Beruf haben. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt aktuell auf dem Zusammenhang zwischen den Interaktionen in der Familie und der politischen Einstellung von Jugendlichen.

Dieses Forschungsprojekt beschäftigt sich mit der Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen Kommunikation und Interaktion in der Familie und der politischen Einstellung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gibt. Diese Thematik ist angesichts der in jüngster Zeit in Deutschland und anderen Ländern zu beobachtenden Krisenerscheinungen demokratischer Verfassungsstaaten von hoher Relevanz. Bei der Frage nach den Faktoren, die Einfluss auf politische Einstellungen haben, rückt dieses Projekt die Familie – und dabei insbesondere die Interaktion und die Kommunikation in der Familie – in den Mittelpunkt.

Im Fokus des Projekts steht dabei die Annahme, dass sich bestimmte Freiheitsräume und Mitbestimmungsmöglichkeiten von Jugendlichen in der Familie positiv auf deren demokratische Einstellungen auswirken. Der Einfluss der Familie als Bildungsort für die Demokratiekompetenz künftiger Generationen wird nämlich oft unterschätzt. Die Familie als wichtigste Bildungsinstitution für Kinder und Jugendliche (vgl. Textor 2005) kann zum einen politisches Engagement und soziale Kompetenz fördern und zum anderen helfen, fundamentale demokratische Prinzipien zu verstehen. So wird beispielsweise im 16. Kinder- und Jugendbericht

die Familie als Bildungsraum politischer Bildung ausdrücklich thematisiert und es wird aufgezeigt, dass der „Austausch über Politik“ in der Familie von den familiären Konstellationen abhängt (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020).

Das Interesse unseres Vorhabens erweitert den Blick um die Frage, ob und in welcher Weise solche „Küchentisch-Gespräche“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020) auch dann von großer Relevanz für die Entwicklung politischer Einstellungen sind, wenn sie sich nicht um Politik drehen. Dem liegt die Vermutung zugrunde, dass Erfahrungen der Selbstwirksamkeit der Jugendlichen im familiären Alltag für diese Einstellungen ebenfalls prägend sind. Im Klartext: Werden demokratische Entscheidungsprozesse positiver gewertet, wenn Jugendliche die Erfahrung machen, bei Entscheidungen über den Urlaub einbezogen oder in der Verwendung des Taschengelds frei zu sein?

Um herauszufinden, ob es einen entsprechenden Zusammenhang zwischen Kommunikation und Interaktion in der Familie und der politischen Einstellung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gibt und in welcher Weise die Familieninteraktion und -kommunikation auf den Erwerb politischer Einstellungen wirken, ist eine eigene empirische Erhebung notwendig. Die Begründung dafür ist, dass die häufig in der sozialwissenschaftlichen Forschung verwendeten Datensätze wie etwa Mikrozensus, ALLBUS und SOEP nicht alle für diese Analyse erforderlichen Angaben enthalten.

Für diese Erhebung haben die Forschenden einen eigenen Fragebogen konzipiert. Im Befragungsblock „Interaktion und Kommunikation in der Familie“ werden dabei u. a. Informationen über die Arbeitsteilung innerhalb der Familie, über die Freizeitgestaltung der Jugendlichen, über Gespräche in der Familie und über das Konfliktverhalten erhoben. Der Block „Politische Einstellungen“ thematisiert beispielsweise die Einstellung zu unterschiedlichen Familienformen, zum Umgang mit Straftätern oder auch zur Demokratie als Regierungsform. Daneben werden in der Befragung Angaben zur Familiensituation und zur Soziodemografie erhoben.

Anfang 2021 wurde dieser Fragebogen qualitativen Pretests unterzogen. Ziel eines solchen Pretests ist es, herauszufinden, ob die Fragen für jeden verständlich formuliert sind, im Sinne der Forschenden interpretiert werden und ob die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten umfassend sind. Im Rahmen des Pretests wurde der Fragebogen mit Personen aus unterschiedlichen Bereichen besprochen. So wurde er einerseits Experten wie etwa Lehrkräften vorgelegt und andererseits Personen aus der Zielpopulation, also Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Im Anschluss an diese Gespräche wurde der Fragebogen noch einmal grundlegend überarbeitet, um die zu Tage getretenen Verständnisprobleme zu beseitigen. Das überarbeitete Erhebungsinstrument wurde dann in das Umfragetool Qualtrics eingegeben. Auch nach diesem Schritt fanden noch einmal Pretests statt. Wiederum wurden Personen mit unterschiedlichem Hintergrund – in diesem Fall

insbesondere Sozialwissenschaftler/-innen und Jugendliche – gebeten, den Fragebogen zu testen. Bei diesem zweiten Pretest lag der Fokus auf der Filterführung und der technischen Umsetzung. Die identifizierten Probleme wurden beseitigt und der Online-Fragebogen finalisiert.

Um erste Analysen hinsichtlich des erwarteten Zusammenhangs zwischen Familienleben und politischer Einstellung durchführen zu können und den eigens für diese Erhebung konzipierten Fragebogen umfänglich zu testen, führt das ZFG im Zeitraum von Mai bis August 2021 eine Vorstudie durch. An der Online-Umfrage können Jugendliche und junge Erwachsene aus ganz Deutschland teilnehmen. Um die Teilnahmebereitschaft zu erhöhen, werden unter den Teilnehmenden der Befragung mehrere Einkaufsgutscheine (wahlweise von Memolife oder Amazon) im Gesamtwert von 300€ verlost.

Die Daten aus dieser Pilotstudie sollen einen ersten Einblick in den erwarteten Zusammenhang zwischen Kommunikation und Interaktion in der Familie und der politischen Einstellung aufzeigen. Eine deskriptive Auswertung der erhobenen Daten soll zunächst einen Überblick über die beiden Bestandteile des Projekts – Interaktion in der Familie auf der einen und politische Einstellung auf der anderen Seite – geben. Letztere werden im Anschluss daran zu einer oder mehrerer Skalen zur Messung der politischen Einstellung zusammenge-

fasst. Für erste Analysen hinsichtlich eines möglichen Zusammenhangs zwischen Interaktion in der Familie und politischer Einstellung können multivariate statistische Verfahren, insbesondere lineare und logistische Regressionsanalysen, eingesetzt werden. Unter der Voraussetzung, dass die Daten aus der Vorstudie den erwarteten Zusammenhang zeigen, soll aufbauend auf den Ergebnissen eine größere Hauptstudie mit einer repräsentativen Stichprobe von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland durchgeführt werden.

Das Forschungsprojekt ist eine gemeinsame Initiative von drei Professoren der KU: Prof. Klaus Stüwe, Direktor des ZFG und Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft, Prof. Ulrich Kropač, Lehrstuhl für Didaktik der Religionslehre, für Katechetik und Religionspädagogik und Prof. Stefan Schieren, Professur für Sozialpolitik. Am Projekt beteiligt sind außerdem Dr. Veronika Hecht und Jasmin Gotschke, beide wissenschaftliche Mitarbeiterinnen am ZFG.

Literaturangaben

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. BT-Drs. 20/24400. Berlin 2020.

Textor, Martin: Die Familie als Co-Produzent von Bildungsprozessen. München 2005. Online verfügbar unter <http://www.eundc.de/pdf/42003.pdf>, zuletzt geprüft am 17.05.2021.

Zur Ehe berufen

Eine empirisch-theologische Analyse kirchlicher Ehevorbereitungsangebote

Dr. Veronika Hecht

Wissenschaftliche Mitarbeiterin des ZFG



Nach ihrem Studium war Veronika Hecht als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg tätig. Die Promotion zum Dr. rer. pol. erfolgte 2019 an der Universität Regensburg. Seit November 2019 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZFG. Zusammen mit Eva Vierring betreut sie hier die Familienfreundliche KU und ist Ansprechperson für Studierende und Mitarbeitende, die Fragen zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Studium oder Beruf haben. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt aktuell auf dem Zusammenhang zwischen den Interaktionen in der Familie und der politischen Einstellung von Jugendlichen.

Im Mittelpunkt des Forschungsprojekts „Zur Ehe berufen. Eine empirisch-theologische Analyse kirchlicher Ehevorbereitungsangebote“ stehen die Ehevorbereitungsangebote der katholischen Kirche. Mit diesen Programmen will die Kirche Paare auf ihrem Weg zur kirchlichen Trauung begleiten und unterstützen. Im Projekt wird analysiert, welche Fragen und Anliegen Paare bei der Vorbereitung auf die kirchliche Trauung und die Ehe beschäftigten und wie Ehevorbereitungskurse entsprechend gestaltet werden können. Dieses Thema wird exemplarisch für die deutschen Bistümern Regensburg, Passau und Eichstätt untersucht.

In diesem Forschungsprojekt kooperiert das ZFG mit dem Lehrstuhl für Moralthologie der Universität Regensburg (Prof. Dr. Rupert Scheule). Auftraggeber des Projekts sind die bayerischen Diözesen Regensburg, Passau und Eichstätt.

Datenerhebung in den Bistümern Regensburg, Passau und Eichstätt

Um einen Einblick in die Ehevorbereitungskurse und die Anliegen der Paare zu gewinnen, wird eine Kombination aus qualitativen und quantitativen Methoden der empirischen Sozialforschung angewandt. Qualitative Interviews mit Ehepaaren, die

ihre kirchliche Trauung planen, sollen aufzeigen, welche Vorstellungen und Gedanken die Paare im Vorfeld der Eheschließung beschäftigen. Der größere Teil des Projekts besteht aber aus quantitativen Erhebungen in den beteiligten Bistümern Regensburg, Passau und Eichstätt. Dieser quantitative Teil wurde hauptverant-

wortlich vom ZFG durchgeführt und wird deshalb an dieser Stelle ausführlicher dargestellt.

Um die Erwartungen der Paare vor der Teilnahme an einem Ehevorbereitungskurs und ihre rückblickende Einschätzung des Kurses zu analysieren, wurden die Paare zu drei Messzeitpunkten befragt (s. Abbildung 1).

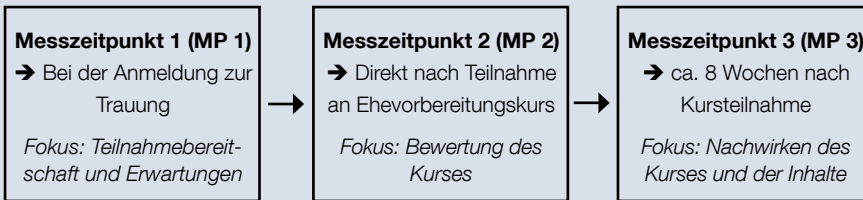


Abb.1: Übersicht über die drei Messzeitpunkte

Der erste Messzeitpunkt fand im Rahmen der Anmeldung zur Trauung statt. Hierzu wurden den Paaren im Pfarrbüro Papierfragebögen ausgehändigt, die sie zu Hause ausfüllen und per frankiertem Rückumschlag an das ZFG schicken sollten. Zudem bestand für die betreffenden Personen die Möglichkeit, den Fragebogen online auszufüllen. Dadurch wurden also sowohl Paare, die an einem Ehevorbereitungskurs teilnehmen wollten, als auch jene, die eine solche Kursteilnahme nicht geplant hatten, erreicht. Der Fokus der Befragung lag beim ersten Messzeitpunkt auf der Teilnahmebereitschaft und den Erwartungen, welche die Personen an einen Ehevorbereitungskurs haben.

Der zweite Messzeitpunkt war direkt nach Abschluss eines Ehevorbereitungskurses. Auch diese Erhebung erfolgte auf Basis eines Papierfragebogens. Diesen füllten die Teilnehmenden direkt nach Beendigung des

Ehevorbereitungskurses vor Ort aus. Auch von den Kursleitenden wurden beim zweiten Messzeitpunkt mit einem Papierfragebogen Angaben erhoben. Im Mittelpunkt dieser zweiten Befragung stand die Bewertung des Kurses, insbesondere hinsichtlich des Inhaltes, aber auch bezüglich verschiedener Rahmenbedingungen.

Die letzte Erhebung war schließlich ca. zwei Monate nach der Teilnahme am Ehevorbereitungskurs und erfolgte als Online-Befragung. Der Link zur Befragung wurde den Personen, die beim Ehevorbereitungskurs ihre Bereitschaft zur Teilnahme an dieser dritten Befragung per Unterschrift bestätigt hatten, per E-Mail zugesandt. Diese dritte Befragung hatte vor allem zum Ziel, Informationen darüber zu erheben, welche Themen die Personen im Nachgang des Kurses vorwiegend beschäftigt haben.

Die Befragung erfolgte im Zeitraum von Januar bis Oktober 2020. Aufgrund der Corona-Pandemie konnte

die Studie allerdings nicht wie geplant durchgeführt werden. Mit dem Lockdown Mitte März 2020 und den anschließenden strengen Kontaktvorschriften musste der Großteil der Ehevorbereitungskurse abgesagt bzw. verschoben werden. Dies hatte Auswirkungen auf die Zahl der Teilnehmenden. Insbesondere bei den Messzeitpunkten 1 und 3 ist diese hinter den Erwartungen zurückgeblieben, sodass hier nur in einem begrenzten Umfang Auswertungen für Untergruppen an Befragten erfolgen können. Generell können zum ersten Messzeitpunkt die Angaben von 295 Personen ausgewertet werden. Zum zweiten Messzeitpunkt, also direkt im Anschluss an die Teilnahme an einem Ehevorbereitungskurs, können die Aussagen von 1.150 Teilnehmenden untersucht werden. Zudem liegen zu diesem Messzeitpunkt Angaben von 89 Kursleitenden vor. Hinsichtlich der erreichten Fallzahlen hat der dritte Messzeitpunkt am meisten unter den Corona-Umständen gelitten. An dieser Online-Umfrage haben sich nur 122 Personen beteiligt.

Internationale Datenerhebung

Neben der Untersuchung der Ehevorbereitungsprogramme in den drei deutschen Bistümern wird im Rahmen des Projekts auch eine internationale Perspektive eingenommen. Durch den Vergleich der Ehevorbereitungsprogramme der deutschen Bistümer mit jenen von Bistümern in anderen Teilen der Welt sollen Gemeinsamkeiten und Unterschiede identifiziert und Entwicklungspotenziale aufgezeigt werden. Auch im internationalen Teil besteht

der empirische Ansatz aus einem Methodenmix. In einer quantitativen internationalen Umfrage werden allgemeine Daten über die Ehevorbereitungsprogramme der katholischen Kirche in verschiedenen Ländern der Welt erhoben. Darüber hinaus werden Experteninterviews mit Organisatoren/innen und Referierenden von Ehevorbereitungskursen in fünf Ländern einen tiefer gehenden Einblick ermöglichen.

Das ZFG hat in diesem internationalen Projektteil sowohl die Erstellung der Erhebungsinstrumente als auch die Datenerhebung koordiniert. Für die quantitative Umfrage wird das Umfragetool Qualtrics genutzt. Die Befragung und ein entsprechendes Anschreiben zur Verteilung des Umfragelinks wurden in fünf Sprachen, nämlich Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch und Ukrainisch, zur Verfügung gestellt. Die Verteilung des Umfragelinks erfolgte hauptverantwortlich vom Projektteam der Universität Regensburg. Die Datenerhebung soll im zweiten Halbjahr 2021 abgeschlossen werden. Für die Durchführung der Interviews konnten fünf Partneruniversitäten der KU gewonnen werden: die Australian Catholic University (Australien), die Catholic University of America (USA), die Pontificia Universidad Católica (Chile), die Sogang University (Südkorea) und die University of Makeni (Sierra Leone). Das ZFG hat für die Durchführung der Experteninterviews einen Interviewleitfaden, eine Interviewer-Anleitung, eine Einverständniserklärung und ein Anschreiben erstellt. Diese Dokumente wurden auf Englisch und Deutsch verfasst. Nach Durchführung der Interviews erhält

das ZFG die Audio-Aufnahmen der Interviews sowie die Transkriptionen in englischer oder deutscher Sprache. Der qualitative internationale Erhebungsteil soll planmäßig bis Ende August 2021 abgeschlossen sein. Dann kann mit der Auswertung der Daten begonnen werden.

Ausblick

Erste Auswertungen der quantitativen Datenerhebung in den Bistümern Regensburg, Passau und Eichstätt zeigen, dass die Teilnehmenden insgesamt betrachtet mit den Ehevorbereitungskursen zufrieden sind. Dies spiegelt sich auch

in einer guten durchschnittlichen Bewertung wider. Diese Ergebnisse wurden im April 2021 bei einem virtuellen Round Table-Workshop mit den Bischöfen der drei beteiligten Diözesen und Experten diskutiert und interpretiert.

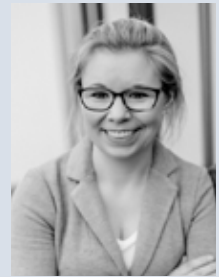
In einem weiteren Schritt müssen die Ergebnisse des quantitativen Erhebungsteils in Zusammenhang mit den Erkenntnissen aus dem qualitativen Befragungsteil des Projekts gestellt werden. Zudem wird nach Abschluss der internationalen Datenerhebung ein Vergleich mit Ehevorbereitungsangeboten der katholischen Kirche in anderen Teilen der Welt erfolgen.

Corona - und nichts ist mehr selbstverständlich

Folgebefragung zur Studie „Wertorientierungen und Einstellungen von Militärseelsorgern und Militärseelsorgerinnen

Alexandra Ressel, Peggy Puhl-Regler

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen des ZFG



Alexandra Ressel studierte Diplom-Pädagogik an der Universität Regensburg und der Universität Augsburg. Seit 2008 arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZFG. Peggy Puhl-Regler studierte Diplom-Pädagogik an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Seit 2010 ist sie am ZFG als wissenschaftliche Mitarbeiterin beschäftigt. Beide sind im Rahmen der Kooperation mit dem KMBA unter anderem verantwortlich für die hier präsentierte Längsschnittstudie und befassen sich zudem mit der Lebenswirklichkeit von Soldatenfamilien – insbesondere aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen.

Das Jahr 2020 war für alle ein besonderes Jahr. Die Corona-Pandemie hatte innerhalb weniger Wochen alles auf den Kopf gestellt, was bis dahin selbstverständlich war, z. B. ein geregeltes Alltagsleben, den Berufsalltag, unbegrenzte soziale Kontakte, die Verfügbarkeit medizinischer Behandlungen, die Freizeitgestaltung sowie Reisen. Sie stellte und stellt für viele eine bis dahin noch nie dagewesene Zäsur dar, die sowohl das private als auch das berufliche Leben vollumfänglich betrifft.

Mit dem ersten Lockdown im Frühjahr 2020, den darauffolgenden Einschränkungen bis in den Herbst hinein und schließlich dem zweiten Lockdown Ende 2020 bis weit ins Frühjahr 2021 musste vor allem auch die eigene Arbeit an die neuen Bedingungen anpassen werden. Veranstaltungen, Gottesdienste und Familienwochenenden beispielsweise waren auf einmal nicht mehr oder nur mit großem Aufwand sowie vielen Einschränkungen und Auflagen möglich. Die Pandemie lässt uns kreativ

werden in den Wegen, wie wir miteinander in Verbindung treten. Immer in der Hoffnung, dass das bald wieder „in gewohnter Weise“ möglich sein wird. Eine Hoffnung, die uns nunmehr schon seit über einem Jahr begleitet – mit einem offenen und ungewissen Ende. Die Dauer und Auswirkungen dieser Krise sind nach wie vor nicht absehbar.

Gerade diese Ereignisse und Umstände können das eigene Wertesystem – zumindest zeitweise – auf den Kopf stellen. Manche Werte verlieren ihren Stellenwert oder treten, vielleicht auch nur vorübergehend, eher in den Hintergrund. Andere jedoch verfestigen sich bzw. gewinnen an Bedeutung, obwohl sie bislang eher unwichtig für einen persönlich erschienen. Die Veränderungen des persönlichen Wertesystems beschäftigen uns am ZFG nun schon seit einigen Jahren im Rahmen der Kooperation mit dem Katholischen Militärbischofsamt in Berlin. Unter dem Titel „Wertorientierungen und Einstellungen von Militärseelsorgern und Militärseelsorgerinnen“ gehen wir seit 2014 der Frage nach, inwieweit sich die berufliche Tätigkeit in der Militärseelsorge auf die Wertorientierungen und Einstellungen der Seelsorger und Seelsorgerinnen auswirkt.

Mit der Befragung zwischen November 2020 und Anfang Januar 2021 nahmen wir die Pandemie als eine einschneidende Wegmarkierung und Momentaufnahme in unsere Arbeit mit auf. Sie war und ist ein Ereignis, das alle betrifft – ohne Ausnahme. Ihre Einschränkungen und Auswirkungen können sich zwar individuell unterscheiden, aber es ist eine Sache, der sich keiner entziehen

kann. Und von der wir glauben, dass sie etwas in Bewegung gesetzt hat sowie weiterhin bewegen wird.

Anhand des Fragebogens zur Corona-Krise im Rahmen der Studie „Wertorientierungen und Einstellungen von Militärseelsorgern und Militärseelsorgerinnen“ wurden die Themenbereiche Corona-Pandemie, Wertorientierungen/Einstellungen und Lebenszufriedenheit abgefragt sowie einige wenige soziodemografische Daten wie die Berufsbezeichnung und die Dauer der Dienstzeit. Die erhobenen Daten wurden deskriptiv ausgewertet.

Mit Blick auf die Grundgesamtheit ergab sich eine beachtliche Rücklaufquote von 66 Prozent.

Auswertung und Ergebnisse

Zunächst galt es einen Überblick über das (Er)Leben der Seelsorger/innen in dieser herausfordernden Zeit zu erhalten. Es war uns wichtig zu erfahren, wie die Seelsorger/innen die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie wahrgenommen haben, ebenso welche Veränderungen der beruflichen Tätigkeit auftraten. Interessiert hat auch die Frage, inwieweit sich die Pandemie sowohl positiv als auch negativ, beruflich wie privat ausgewirkt hat.

Von besonderem Interesse für das langfristig angelegte Forschungsprojekt „Wertorientierungen und Einstellungen von Militärseelsorgern und Militärseelsorgerinnen“ war, inwieweit sich diese möglicherweise verändern und die Frage nach deren Bedeutung. Um eine vergleichbare Basis zu schaffen, wurden in der ersten Interviewwelle (2015/16), die folgenden sog.

„Orientierungstypen“ in Anlehnung an die Wertetypen von Schwartz erstellt: Glaube, Spiritualität, Leistung, Benevolenz, Hedonismus, Stimulation, Selbstbestimmung, Universalismus, Sicherheit, Macht und Konformität. Diese Orientierungstypen dienen – wie der Begriff bereits vermittelt – der Orientierung und sind durch zugehörige, vorab definierte Einzelwerte definiert.

Basierend auf der Annahme, dass sich Wertorientierungen vor allem dann ändern, wenn individuelle Erfahrungen und Erlebnisse, die Umwelt und die aktuellen Lebensbedingungen sowie eine stete Adaption dies fordern, gehen wir davon aus, dass die Corona-Pandemie die Wertorientierungen beeinflussen kann.

Hinweise darauf können sein, dass die befragten Militärseelsorger und Militärseelsorgerinnen die Relevanz einzelner Werte als überdurchschnittlich wichtig bewertet haben. Außerdem äußerten sie zum Großteil, dass einige Werte vor allem im Verlauf der Corona-Pandemie an Bedeutung gewonnen haben. Dabei war zu erkennen, dass in diesem Kontext insbesondere die Hoffnung, die Demut, die Selbstfürsorge, das Verantwortungsbewusstsein, die Zurückhaltung sowie Selbstdisziplin an Bedeutung zugenommen haben.

Wie nachhaltig sich Wertorientierungen ändern und welches Verhalten dieser Umstand möglicherweise nach

sich zieht, wird sich in Zukunft zeigen. Genauso ist es denkbar, dass in manchen Bereichen langfristig eine Umorientierung stattgefunden hat. Ebenso wie mancher Bedeutungsgewinn oder die Betonung der Wichtigkeit mit dem Abflauen und Verschwinden der Pandemie wieder in den Hintergrund rückt. Die Bedeutung von Werten und Wertorientierungen zeigt sich dann ganz besonders, wenn die äußeren Lebensumstände so gravierend anders sind, dass die persönliche Auseinandersetzung damit unumgänglich ist.

In den weiteren Interviews im Rahmen der Studie „Wertorientierungen und Einstellungen von Militärseelsorgern und Militärseelsorgerinnen“ werden die in diesem Bericht aufgeführten Entwicklungen berücksichtigt werden bzw. miteinfließen. Des Weiteren gilt es zu analysieren, inwieweit sich die Bewertung und Bedeutung von Werten für das eigene Leben, die individuelle Zufriedenheit sowie die berufliche Tätigkeit langfristig verändern oder manifestieren.

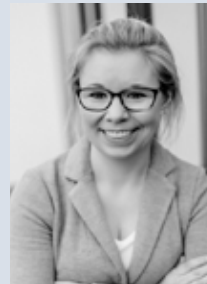
Für den jetzigen Zeitpunkt, im Frühjahr 2021, lässt sich mit der dargestellten Befragung eine Momentaufnahme festhalten. Basierend auf diesen Ergebnissen sollen in weiteren Interviews, einer weiteren schriftlichen Befragung aller beschäftigten Militärseelsorger und Militärseelsorgerinnen weitere Erkenntnisse gewonnen werden.

Die Kinderbuchreihe des ZFG für Soldatenfamilien

Warum Bilderbücher für Kinder und Erwachsene hilfreich sein können

Alexandra Ressel, Peggy Puhl-Regler
Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen des ZFG

Alexandra Ressel studierte Diplom-Pädagogik an der Universität Regensburg und der Universität Augsburg. Seit 2008 arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZFG. Peggy Puhl-Regler studierte Diplom-Pädagogik an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Seit 2010 ist sie am ZFG als wissenschaftliche Mitarbeiterin beschäftigt. Beide sind im Rahmen der Kooperation mit dem KMBA unter anderem verantwortlich für die Längsschnittstudie „Wertorientierungen und Einstellungen von Militärseelsorgern und Militärseelsorgerinnen“ und befassen sich zudem mit der Lebenswirklichkeit von Soldatenfamilien – insbesondere aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen.



Kinder sind besonders verletzbare Familienmitglieder. Insbesondere Kindergarten- und Grundschulkin- der befinden sich in einer Lebens- phase, in der neuartige, unbekannte oder belastende Situationen noch überwiegend emotional verarbeitet werden. Sie erleben ihre Umwelt stark visualisiert – also in Bildern – und haben noch keinen bzw. einen eingeschränkten Zeitbegriff. Ab etwa dem siebten Lebensjahr ist ein Kind überhaupt erst in der Lage zuneh- mend abstrakt, global und vorher-

sehbar zu denken. Wie also können einem kleinen Kind die Herausforde- rungen, die der Soldatenberuf seiner Mutter bzw. seines Vaters mit sich bringt, verständlich „vor Augen“ ge- führt werden? Wie können zugleich Hilfestellungen angeboten werden, die für das Kind nachvollziehbar und eine echte Unterstützung sind?

Kinder mit etwa drei Jahren be- ginnen sich für Handlungsabläu- fen zu interessieren, die auf Bildern darge- stellt sind. Vor allem Szenen aus dem eigenen kindlichen Alltag

wecken ihr Interesse und regen zum Erzählen und Nachfragen an. Hier bieten sich besonders Kinderbücher an, die durch ihre bunten, detaillierten Bilder unterhalten und zugleich zu einem bestimmten Thema „informieren“. Erzählende Bilderbücher gehen noch einen Schritt weiter, denn sie enthalten neben den Bildern auch kurze Texte zum Vorlesen. Da Kinder in diesem Alter in der Regel noch nicht lesen können, sind diese Bücher einerseits ausgelegt zum gemeinsamen (wiederholten) Lesen und Betrachten mit einem Erwachsenen. Andererseits können sie später auch vom Kind alleine durchgeblättert und „gelesen“ werden, da die Bilder häufig auch für sich stehen können.

Bilderbücher sind in der Familie eine bedeutende Vermittlungsinstanz. Zusammen als Elternteil oder Angehöriger mit einem Kind ein Buch (vor) zu lesen, bedeutet neben der kognitiven Förderung, auch eine Erweiterung der emotionalen Kompetenz. Für die Vorlesenden eröffnet sich hier die Möglichkeit, mit dem Kind ins Gespräch zu kommen.

Dabei ist zu beachten, dass sich der Erwachsene zurückhält, zuhört und auf das eingeht, was das Kind erzählen möchte und was es beschäftigt. Dadurch sind Einblicke in die kindliche Gefühls- und Gedankenwelt sowie eventuelle Ängste und Sorgen leichter zu erkennen und nachzuvollziehen. Zudem hilft es Kindern, wenn sie sich mit einem anderen Kind identifizieren können, welches ähnliche oder sogar gleiche Dinge erlebt, wie sie selbst. Es kann so zum einen eine schwierige, belastende Situationen im Bild erkennen und nachvollziehen. Zum anderen bekommt es auch mit, wie ein anderes Kind damit umgeht und diese Situation bewältigt.

Hintergründe zur Kinderbuchreihe des ZFG für Soldatenfamilien

Für beinahe alle Soldatenfamilien gehört es zum Familienalltag zumindest zeitweise eine Fern- und Wochenendbeziehung zu führen. Die Gründe hierfür liegen im Soldatenberuf selbst, der hohe Mobilitätsanforderungen an die Soldatinnen und



die Soldaten stellt. Truppenübungen, Aus- und Fortbildungen, aber auch Versetzungen machen es oft notwendig, dass die Mutter oder der Vater vorübergehend – manchmal auch über einen längeren Zeitraum hinweg – an einem anderen Ort als die restliche Familie leben muss. Ein besondere Herausforderungen stellen hierbei insbesondere die Auslandseinsätze, Manöver sowie einsatzähnliche Verwendungen dar. Diese können neben der räumlichen Trennung über mehrere Wochen und Monate auch eine Gefahr für Leib und Seele der Soldatinnen und Soldaten mit sich bringen.

Aktuell drei Bände verfügbar

Vor diesem Hintergrund startete 2019 die Kinderbuchreihe des ZF mit dem ersten Bilderbuch Jonas wartet aufs Wochenende (Bd. 1). Im August 2021 sind nun die beiden neuen Bücher Lena und Mamas Auslandseinsatz (Bd. 2) sowie Lena und Papas Auslandseinsatz (Bd. 3) erschienen. Alle drei Bücher sind zeitlos. Sie können immer wieder vorgelesen, aber auch selbstständig vom Kind einfach und schnell durchgeblättert werden. Übrigens unabhängig davon, ob dieses schon in der Lage ist selbst zu lesen. Anhand der Bilder kann es nachempfinden, was Jonas oder Lena gerade erfahren – vielleicht das selbe, was es gerade auch erlebt. Mit Hilfe der interaktiven Fragen auf den jeweiligen Zwischenseiten können die Vorlesenden mit dem Kind ins Gespräch kommen. Dadurch ermöglichen sie diesem, kreativ die individuelle Situation und das eigene

Erleben einzuordnen. Einfache Symbole im Buch helfen zusätzlich beim Zuordnen, in welcher Phase der Wochenendbeziehung bzw. des Einsatzes es sich befindet.

Mutmachbücher aus Kinderperspektive erzählt

Wie der Untertitel der Bilderbücher bereits betont, handelt es sich bei den Büchern um sogenannte Mutmachbücher für Soldatenfamilien. Aus Kinderperspektive wird erzählt, wie Kinder die Zeit der Wochenendbeziehung bzw. des Auslandseinsatzes erleben: Was bis Mamas oder Papas Abreise und nach dem Abschied zu Hause, mit Freunden, im Kindergarten oder in der Schule passieren kann. Bis es dann endlich Zeit ist und Mama bzw. Papa wieder nach Hause kommt. Es wird erzählt, wie sich das alles für Lena und Jonas anfühlt. Und auch, wie schön es ist, wenn die Familie wieder zusammen sein kann, z.B. daheim oder im Urlaub. Dass es sich bei der Familie im Buch um eine „Bilderbuch-Familie“ handelt, die in idealisierter Form eine Wochenendbeziehung lebt



bzw. einen Einsatz meistert, ist dabei nicht entscheidend. Kindern hilft die Orientierung und es entsteht Sicherheit, wenn sie sich identifizieren können und beispielsweise sagen können: „Bei Jonas/Lena ist es wie bei mir!“

Alle Bücher aus der Kinderbuchreihe des ZFG können kostenlos beim Katholischen Militärpfarramt an den Bundeswehrstandorten bezogen werden.

Literaturangaben

Englert, S.: Handbuch für Kinder- und Jugendbuchautoren. Bilderbuch Kinderbuch Jugendroman Sachbuch, Berlin 2020.

Konrad, F.-M./Schutheis, K.: Kindheit. Eine pädagogische Einführung, Stuttgart 2008.

Puhl-Regler, P.: Ängste von Kindern aus Soldatenfamilien. Präventive und begleitende Maßnahmen für Einsatzzeiten und Grundbetrieb. Eichstätt, 2016.

Weinkauff, G./Glasenapp/G.: Kinder- und Jugendliteratur, Paderborn 2017.

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen



Prof. Dr. Klaus Stüwe
Direktor des ZFG



Dr. Peter Wendl
Wiss. Projektleiter



Dr. Veronika Hecht
Wiss. Mitarbeiterin



Jasmin Gotschke, M.Sc.
Wiss. Mitarbeiterin



Lisa Hartmann, M. A.
Wiss. Mitarbeiterin



**Dipl. Päd.
Peggy Puhl-Regler**
Wiss. Mitarbeiterin



**Dipl. Päd.
Alexandra Ressel**
Wiss. Mitarbeiterin



Eva Vierring
Sekretariat



**Prof. em. Dr. Bernhard
Sutor**
Ehrendirektor des ZFG

Vorträge und Aktivitäten des ZFG

Juli 2020 bis August 2021

- 7.10.2020 Young Researchers Day an der KU, Vorstellung „Familienfreundliche KU“ (Hecht)
- 14.10.2020 Klausursitzung der Bayerischen Regional-KODA , Bamberg, Referentin (Gotschke)
- 11.11.2020 Digitale Bildungskonferenz, Vorstellung Projekt Familienbildung im Landkreis Schwandorf (Stüwe, Hartmann)
- 17.11.2020 Fortbildung „Schwierige Gespräche führen“ (Hecht)
- 19./20.11.2020 Arbeitstreffen Verein „Familie in der Hochschule“, digital (Hecht, Vierring)
- 19.1.2021 Workshop „Altersvorsorge nach Maß – die richtige Strategie“, Organisation, digital (Hecht, Vierring)
- 18./19.3.2021 Workshop des CHE: „Der Weg zur familienorientierten Hochschule – Lessons learned aus der Corona-Pandemie“, digital (Hecht)
- 13.4.2021 Tagung bayerische Familienservicestellen, digital (Hecht, Vierring)
- 17.4.2021 Tag der offenen Türe der KU, digital (Hecht)
- 14.4.2021 Workshop Projekt „Zur Ehe berufen“, digital (Gotschke, Hecht, Stüwe)
- 7./8.6.2021 Jahrestagung Verein „Familie in der Hochschule“, digital (Hecht, Vierring)
- 9.6.2021 Arbeitstreffen Verein „Familie in der Hochschule“, digital (Hecht, Vierring)
- 5.7.2021 Fortbildung „Analyse qualitativer Daten mit MAXQDA: Grundlagen“, digital (Hecht)
- Teilnahme an den Treffen der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der KU (Hecht)

Auf Grund der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen und Veranstaltungsabsagen fanden diverse Besprechungen und Präsentationen auf virtuellen Plattformen statt.

Familienfreundliche KU



Dr. Veronika Hecht,

Wiss. Mitarbeiterin des ZFG

Eva Vierring

Sekretariat

Dr. Veronika Hecht und Eva Vierring sind Ansprechpersonen am ZFG für alle familienrelevanten Fragen an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.



Die Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt (KU) setzt sich intensiv für die Vereinbarkeit von Familie und Universität als Studien- und Arbeitsort ein. Das ZFG koordiniert dabei die Angebote der Familienfreundlichen KU und ist die zentrale Anlaufstation für Studierende und Beschäftigte, die Fragen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Studium haben. Aufgrund der Corona-Pandemie fanden diese Beratungen in den letzten Monaten entweder telefonisch, per zoom oder über das neu eingerichtete E-Mail-Postfach familie@ku.de statt.

Trotz der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie gab es seit Mitte 2020 einige Neuerungen im Bereich der Familienfreundlichen KU. Vorrangig mit Mitteln aus dem Professorinnenprogramm des Bundes und der Länder konnten vorhan-

dene Angebote ausgebaut und neue Maßnahmen geschaffen werden.

So soll zukünftig in allen Ferien, die in der Vorlesungszeit liegen, ein Ferienprogramm für Kinder von KU-Angehörigen angeboten werden. Dieses hat in der Herbstferien 2020 zum ersten Mal stattgefunden. Trotz kurzfristiger Programmänderungen aufgrund des „Lockdown light“ konnten die Kinder eine schöne Ferienwoche erleben. Sie durften mit Mitarbeiterinnen des Stadtmuseums Ingolstadt einen Vormittag bei den Römern erleben, konnten in der Jugendherberge Eichstätt Fossilien fälschen und bei einer Exkursion in den Wald erkunden, wie sich die Tiere auf den Winter vorbereiten. Natürlich kam auch Basteln und Spielen nicht zu kurz. Betreut wurden die Kinder dabei von Betreuerinnen des Vereins „Mobile Familie e.V.“. Die für den

Buß- und Betttag geplante Uni-Rallye musste wegen steigender Corona-Zahlen dann leider ausfallen – soll aber im Herbst 2021, wenn es die Pandemielage zulässt, nachgeholt werden.

Spielecke und Babysitter-Zuschuss

Um Wissenschaftlerinnen und Studentinnen, die aufgrund der Schul- und Kitaschließungen während der Corona-Zeit in Betreuungsengpässe geraten sind, zu unterstützen, wurde mit Mitteln aus dem Professorinnenprogramm ein Zuschuss zu Babysitterkosten angeboten. Die Abwicklung erfolgte über das ZFG, allerdings war die Nachfrage sehr gering. Wissenschaftlerinnen mit pandemiebedingten Engpässen in der Kinderbetreuung konnten zudem eine Unterstützung durch studentische Hilfskräfte beantragen. Die Antragstellung und -genehmigung erfolgte direkt über die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der KU, Prof. Dr. Kathrin Schlemmer.

Eine weitere Neuerung im Bereich der Familienfreundlichen KU ist die Spielecke in der Mensa. Seit Juli 2021 können in einem durch große Spielsteine abgegrenzten Bereich Kleinkinder spielen, während ihre Eltern in der Mensa essen. Das ZFG hat hierfür die Einrichtung und die Spielsachen ausgewählt. Auch wurden alle Wickelmöglichkeiten auf dem Campus mit einer Notfallausstattung (Feuchttücher und Ersatzwindeln) versehen. Zudem gibt es eine neue Wickelmöglichkeit im Gebäude „Marktplatz 7“.

Die Veranstaltungen an der KU, bei denen das ZFG die Maßnahmen

der Familienfreundlichen KU normalerweise vorstellt, sind im Berichtszeitraum entweder ausgefallen oder fanden in Form von Online-Formaten statt. Im Rahmen des virtuellen Tags der offenen Tür 2021 war die Familienfreundliche KU wie schon im Vorjahr mit einem Erklärvideo vertreten. Zudem gab es beim Young Researchers Day 2020 einen Slot zu „Frauenförderung und Familienfreundlichkeit“, den das ZFG zusammen mit der Frauen- und Gleichstellungsbefragten der KU gestaltet hat.

Die KU ist Mitglied im Best-Practice-Club „Familie in der Hochschule e.V.“ Die Jahrestagung dieses Hochschulnetzwerks hätte 2020 eigentlich in Zürich stattfinden sollen, wurde wegen der Corona-Pandemie verschoben und fand schließlich im Juni 2021 virtuell in Zürich statt. Unter dem Motto „Social Responsibility – Welche gesellschaftliche Verantwortung trägt die Hochschule im Hinblick auf Familienorientierung?“ gab es interessante Denkanstöße von namhaften Wissenschaftlerinnen und einen regen Austausch im Rahmen des anschließenden Arbeitstreffens des Vereins. Bei der Veranstaltung wurde auch der Leitfaden „Beratung“ vorgestellt, an dessen Gestaltung Eva Vierring im Rahmen der „AG Beratung“ maßgeblich beteiligt war. Ein weiteres Arbeitstreffen des Vereins mit einem intensiverem Austausch in den einzelnen AGs fand bereits im Herbst 2020 ebenfalls digital statt. Hierbei standen die Auswirkungen der Corona-Krise für die Familienorientierung der Hochschulen und die Lehren, die aus der Krise gezogen werden können, im Fokus. Dieses Thema hat auch

ein Online-Forum des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) zum Thema „Bewährungsprobe Pandemie: Welche Lerneffekte nehmen die Hochschulen aus der Corona-Krise für Studium, Lehre und Management mit?“, an dem Veronika Hecht im März 2021 teilgenommen hat, noch einmal aufgegriffen. Zudem haben die beiden Ansprechpersonen der Familienfreundlichen KU am digitalen Netzwerktreffen der bayerischen Familienservice-Stellen im April 2021 teilgenommen.

Vortragsreihe und Newsletter

Um ihren Mitgliedern die Suche nach einem Kinderbetreuungsplatz zu erleichtern, kooperiert die KU mit mehreren Betreuungseinrichtungen in der Region. Im Berichtszeitraum dieser Prisma-Ausgabe fand ein Treffen mit dem Pädagogischen Zentrum Ingolstadt, bei dem die KU über Kontingenzplätze verfügt, statt. Hierbei wurde insbesondere das Vorgehen für die Vergabe von Betreuungsplätzen an KU-Angehörige neu strukturiert. Außerdem haben die Kinder des Uni-Kinderhauses wieder Kartons für den „Willkommensgruß“ bemalt, den „frisch gebackene“ Eltern, die an der KU arbeiten oder studieren, vom ZFG erhalten.

Im Juni 2021 hat die „AG Familienfreundliche KU“ nach längerer Pause wieder getagt. Nach einer Vorstellung der Neuerungen im Bereich der Familienfreundlichen KU wurde ein Papier von CHE und Familie in der Hochschule e.V. zum Thema „Lessons learnt aus der Corona-Pandemie“ präsentiert. Die anschließende Diskussion zeigte, dass viele der für

eine gelingende Familienorientierung an Hochschulen relevanten Punkte an der KU bereits umgesetzt sind. Ein wichtiger Vorschlag zur Erweiterung des Angebots der Familienfreundlichen KU war der Aufbau einer Börse für Nachhilfe und Hausaufgabenbetreuung. Diese Idee hat das ZFG aufgegriffen und es existiert nun ein Bereich auf der Lernplattform ILIAS, um Studierende, die Nachhilfe anbieten, und KU-angehörige Eltern, die ein entsprechendes Angebot für ihr Kind(er) suchen, zusammenzubringen.

Im Januar 2021 hat das ZFG zusammen mit der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten des wissenschaftsunterstützenden Personals einen Online-Vortrag der Verbraucherzentrale München organisiert. Unter dem Titel „Altersvorsorge nach Maß – die richtige Strategie“ konnten sich insbesondere Frauen über geeignete Altersvorsorgemöglichkeiten informieren. Die zunächst für das Wintersemester 2020/21, dann für das Sommersemester 2021 geplante öffentliche Mini-Vortragsreihe zu „Gefahren im Internet“ soll, wenn es die Pandemielage zulässt, im Wintersemester 2021/22 nachgeholt werden.

Erwähnenswert ist außerdem, dass der Internetauftritt der Familienfreundlichen KU im letzten Jahr im Zuge des Website-Relaunches überarbeitet und neu strukturiert wurde. Die Informationen sind nun zielgruppengerecht aufbereitet, was die Nutzung für den jeweiligen Personenkreis vereinfachen soll. Für die Zukunft ist zudem ein Newsletter „Familienfreundliche KU“ geplant, der im Herbst 2021 zum ersten Mal erscheinen wird.

Projektmitarbeiter und Projektmitarbeiterinnen KMBA – ZFG



Dr. Peter Wendl
Wiss. Projektleiter



Dipl.-Päd. Peggy Puhl-Regler
Wiss. Mitarbeiterin



Dipl.-Päd. Alexandra Ressel
Wiss. Mitarbeiterin



Eva Vierring
Sekretariat

Vorträge und Aktivitäten in Kooperation KMBA – ZFG

Juli 2020 bis Juli 2021 (Auswahl)

- 25./26.07.20 Besprechung Verlag Herder, Freiburg i. Breisgau (Wendl)
- 8.09.20 Tagung „Psychosoziales Netzwerk der Bundeswehr“ (Wendl)
- 14.09.-16.09.20 Vortrag und Seminar: Nachbereitung Auslandseinsatz für die Bundeswehr (Wendl)
- 6.10.-8.10.20 Besprechung KMBA, Berlin (Wendl)
- 9.10.-11.10.20 Bayernkonferenz, Katholische Ehreferate der bayerischen Bistümer, München (Wendl)
- 9.06.-11.06.21 Dienstbesprechung KMBA, Berlin (Wendl)
- 29./30.06.21 Vortrag und Workshop Einführungslehrgang Pfarrhelfer im Katholischen Militärbischofsamt, Berlin (Wendl)
- 4./5.07.21 Vortrag und Workshops am Zentrum innere Führung, Koblenz (Wendl)
- 15./16.07.21 Vortrag KEB, Augsburg (Wendl)
- 19.07.-21.07.21 Seminar für Polizei in Zusammenarbeit mit der Polizei-seelsorge, Plankstetten (Wendl)
- 26.07.-28.07.21 Projektentwicklung Kinderbuch für Kinder psychisch belasteter Eltern, Hamburg (Wendl)

Darüber hinaus wurden von Dr. Peter Wendl mehrere Einsatzvor- und Nachbereitungsseminare für die Deutsche Bundeswehr bzw. in Zusammenarbeit mit der Katholischen Militärseelsorge durchgeführt, sowie

- diverse Dienstbesprechungen in Berlin
- vier Tagungen mit dem Sachausschuss „Ehe-Familie-Bildung, Landeskomitee der Katholiken in München
- ein Vortrag für die Deutsche Bischofskonferenz/Kommission XI, Auswirkungen der Corona-Krise auf Partnerschaft, Singles, Familie und Erziehung

